

Kim Otto, Andreas Köhler¹

Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise

Studie im Auftrag des
Instituts für Makroökonomie und
Konjunkturforschung (IMK) der
Hans-Böckler-Stiftung

Die Studie untersucht die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 in der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel bundesweiter Tageszeitungen sowie der Onlineplattform „Spiegel Online“. Mittels quantitativer Inhaltsanalyse der Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden Berichterstattungsintensität, Anlässe, Akteure, Inhalte, Themen und Wertungen erfasst. Dies erlaubt Aussagen über deren Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Tiefe sowie das Ausmaß der Europäisierung. Es zeigt sich, dass die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise sehr stark regierungsgeprägt, mehrheitlich meinungsorientiert und wertend ist. Dabei wird die deutsche Regierung in den Artikeln viel weniger gewertet als die griechische. Es werden erheblich häufiger Aussagen über die griechische Regierung gemacht, als dass diese zu Wort kommt und in 26 Prozent der Artikel gehen Meinungen und Wertungen direkt von Journalisten aus, welche die Artikel verfasst haben. Insgesamt erfüllt die Berichterstattung nicht die erforderlichen Qualitätsstandards.

¹ Prof. Dr. Kim Otto & Andreas Köhler, M.A., Professur für Wirtschaftsjournalismus,
Universität Würzburg
Email: Kim.Otto@Uni-Wuerzburg.de, Andreas.Koehler1@Uni-Wuerzburg.de



Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise

Studie im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und
Konjunkturforschung (IMK)

Prof. Dr. Kim Otto & Andreas Köhler, M.A.
Professur für Wirtschaftsjournalismus
Universität Würzburg

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Stand der Forschung.....	9
3. Qualität in der Wirtschaftsberichterstattung	12
3.1. Meinungsorientierter Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Ausgewogenheit und Neutralität	13
3.2. Darstellung von Akteuren im Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Hintergründe und der Vielfalt	15
3.3. Themenauswahl im Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Vielfalt und des Hintergrunds	19
4. Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise als Ausdruck einer europäisierten Öffentlichkeit?	22
5. Fragestellungen	25
6. Methodisches Vorgehen	27
6.1. Untersuchungszeitraum	27
6.2. Untersuchungsobjekte und Fallauswahl	27
6.3. Methode und Durchführung.....	28
6.4. Kategoriensystem	29
7. Untersuchungsergebnisse.....	31
7.1. Intensität der Berichterstattung	31
7.2. Akteursorientierung der Berichterstattung	34
7.2.1. Akteure als Berichterstattungsanlässe	35
7.2.2. Akteursfokus in der Berichterstattung	38
7.2.3. Bezüge auf griechische und deutsche Akteure	41
7.2.4. Attributionssender und -empfänger	43
7.2.5. Zitatgeber	47
7.3. Meinungsorientierung der Berichterstattung.....	49
7.3.1. Wertungen der griechischen und der deutschen Regierung ...	49

7.3.2. Bewertungen durch Akteure	55
7.3.3. Wertungen durch Journalisten	57
7.4. Die Reformagenda in der Berichterstattung	58
7.4.1. Befassung mit Politikfeldern der griechischen Reformpolitik ..	59
7.4.2. Befassung mit konkreten Reformvorschlägen	62
7.4.3. Befassung mit allgemeinen und reform-fremden Themen	66
7.4.4. Der Grexit als Folgeszenario	68
7.5. Entkopplung	70
8. Fazit	72
9. Literatur	80
10. Anhang	86

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Variablenblöcke	30
Abbildung 2: Berichterstattungsintensität Januar bis März 2015.....	32
Abbildung 3: Berichterstattungsintensität April bis Juni 2015	33
Abbildung 4: Berichterstattungsanlässe.....	35
Abbildung 5: Berichterstattungsanlässe im Vergleich zwischen den Medien	37
Abbildung 6: Attributionssender und -empfänger	44
Abbildung 7: Akteurskonstellationen im Zeitverlauf	45
Abbildung 8: Zitatgeber im Vergleich zwischen den Medien.....	48
Abbildung 9: Wertung der griechischen und der deutschen Regierung im Vergleich zwischen den Medien	50
Abbildung 10: Wertungen in Darstellungsformen.....	52
Abbildung 11: Wertung nach Berichterstattungsanlässen.....	53
Abbildung 12: Wertungen nach Attributionssendern	54
Abbildung 13: Ausrichtung von Text und zitierten Akteuren	56
Abbildung 14: Thematisierung von Politikfeldern im zeitlichen Verlauf	59
Abbildung 15: Reformvorschläge und Bewertung der griechischen Regierung	63
Abbildung 16: Thematisierung eines Grexit	69

1. Einleitung

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise wanken nicht nur Banken, sondern mit der europäischen Staatsschuldenkrise auch ganze Staaten. In Zeiten des Umbruchs entsteht große Verunsicherung. Die Akteure des Wirtschaftssystems, insbesondere aus der Finanzwirtschaft, und die Akteure aus dem politischen System verlieren an Vertrauen in der Bevölkerung. Die Bürger fühlen sich schlecht informiert, das Misstrauen wächst (Mast 2012: 16ff.). In dieser Situation kommt es auf einen qualitativ hochwertigen Wirtschaftsjournalismus an. Journalistische Qualität ist in der Kommunikationswissenschaft eines der wichtigsten und zugleich komplexesten Konstrukte. Aus den Funktionen des Journalismus, demokratischen Werten und Publikumserwartungen lassen sich zahlreiche Qualitätskriterien ableiten. Zentral sind u.a. Vielfalt, Neutralität, Hintergrund und Ausgewogenheit in der Berichterstattung (vgl. Arnold 2008). Dies gilt für den Wirtschaftsjournalismus in besonderem Maße: Dort wo Verunsicherung herrscht, muss er umfassend, ausgewogen, hintergründig, vielfältig und neutral über relevante Aspekte und Vorgänge informieren, um seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen (Mast 2012: 22).

Kompetente Wirtschaftsberichterstattung – und dabei insbesondere wirtschafts*politische* Berichterstattung – gewinnt in Zeiten globaler Märkte und zunehmender Komplexität in den Wirtschaftssystemen zunehmend an Bedeutung. So hat insbesondere die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre deutlich zum Ausdruck gebracht, dass viele Journalisten nicht mehr in der Lage sind, die hoch vernetzten ökonomischen Zusammenhänge angemessen zu verarbeiten (vgl. u.a. Schranz/Eisenegger 2010; Arlt/Storz 2010).

In der europäischen Staatsschuldenkrise wird diese Komplexität erhöht. Es sind zahlreiche Regierungen und Institutionen an Problemlösungen beteiligt. Wenn immer mehr politische Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden und europäische Entwicklungen eine hohe Relevanz haben, bedarf es auf dieser Ebene auch der Herstellung einer Öffentlichkeit. Eine europäische Öffentlichkeit und europäische Diskurse stärken das Verständnis für europäische Entscheidungen. Ein europäisches Öffentlichkeitsdefizit schafft hingegen Misstrauen bei der Bevölkerung und verringert die Legitimation europäischer Entscheidungen, Institutionen und Akteure (vgl. Gerhards 2002). Vertrauen der europäischen Bevölkerung in Staaten, Regierungen und europäische Institutionen ist insbesondere dann erforderlich, wenn Staaten füreinander mit großen Summen aus Steuergeldern haften.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der öffentliche Diskurs über die griechische Staatsschuldenkrise diesen Ansprüchen an Qualität und Europäisierung im Wirtschaftsjournalismus gerecht wird.

Am 25. Januar 2015 wurden in Griechenland ein neues Parlament und eine neue Regierung gewählt. Das Linksbündnis Syriza um Parteichef Alexis Tsipras gewann die Wahl. Alexis Tsipras wollte sich von der Politik der Vorgänger-Regierungen absetzen. Er kündigte an, die Sparauflagen der internationalen Geldgeber zu lockern, die Austeritätspolitik zu beenden, Privatisierungen zu stoppen und die Kreditvereinbarungen neu zu verhandeln (Kotius 2015: 82). In einer Grundsatzrede, die einem Wahlprogramm entspricht, kündigte Alexis Tsipras außerdem die Verabschiedung eines zwei Milliarden Euro umfassenden Sozialprogramms, eine Erhöhung des auf Betreiben der Troika (EU, EZB, IWF) gesenkten Mindestlohns, ein (aus EU-Mitteln zu finanzierendes) Fünf-Milliarden-Euro-Paket zur Stimulierung der griechischen Wirtschaft, eine Rücknahme der Kürzungen von Renten und Beamtenbezügen sowie einen (in Verhandlungen mit den Geldgebern zu erreichenden) Erlass des größten Teils der griechischen Schulden an. Die Regierung in Athen musste sich jedoch, um Ende Februar 2015 weitere bereits eingeplante Kredite aus dem zweiten Griechenland-Hilfspaket zu bekommen, zu Spar- und Reformauflagen sowie zur weiteren Zusammenarbeit mit Europäischer Union (EU), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) bekennen. Am 24. Februar überreichte die griechische Regierung dem Präsidenten der Eurogruppe eine Liste mit Reformen. Die Eurogruppe sagte daraufhin weitere Kreditauszahlungen bis Ende Juni zu. Die griechische Regierung verpflichtete sich u.a. zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, zu Privatisierungen, zur Modernisierung der Finanzverwaltung und zur Beseitigung von Steuerprivilegien. Bis dahin musste die griechische Regierung die Regierungen der EU-Staaten und den IWF davon überzeugen, auch die letzte Tranche des zweiten Hilfspakets an Griechenland auszuzahlen. Fällige Kreditraten Griechenlands an internationale Geldgeber, allen voran den IWF, hätten ohne die erneuten Kredite aus dem zweiten Hilfspaket nicht hätten bedient werden können. So waren 200 Millionen Euro am 1. Mai 2015 und 770 Millionen Euro am 12. Mai 2015 an den IWF fällig. Zwischen 12. Juni und 20. Juli 2015 musste Griechenland 13 Milliarden Euro an seine Geldgeber zurückzahlen. Eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands stand somit im ersten Halbjahr 2015 mehrfach im Raum und auch deren Folgen, z.B. ein griechischer Euro-Austritt – der sogenannte Grexit –, wurden diskutiert. Die Erwartungen an die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung, der EU-Kommission, der EZB, der Eurogruppe und dem IWF waren daher groß.

Deutschland nahm als größter Geldgeber innerhalb der Eurogruppe eine besondere Rolle im Konflikt mit Griechenland ein. Im zweiten Hilfspaket wurden 142,7 Milliarden Euro an Griechenland ausgezahlt. 11,8 Milliarden davon kamen vom IWF, die restlichen 130,9 Milliarden vom dem europäischen

Rettungsschirm. Nachdem Griechenland, Irland und Portugal als Bürgen ausfielen, stieg der deutsche Anteil auf etwa 29 Prozent – im Fall des zweiten Griechenland-Pakets entspricht das knapp 38 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2015).

In den Verhandlungen trat die deutsche Regierung hart für eine Reduzierung der Staatsverschuldung durch Einsparungen, Privatisierungen und Steuererhöhungen ein. Finanzminister Schäuble drohte zeitweise mit einem Euro-Austritt auf Zeit. Die Mehrheit der Eurostaaten im Ministerrat folgte der politischen Linie der deutschen Regierung, die zur Lösung der Staatsschuldenkrise auf Austeritätspolitik setzte. Die EU-Kommission und auch die französische Regierung wollten Griechenland auf jeden Fall im Euro halten und waren dementsprechend stärker zu Zugeständnissen bereit. Der IWF trat hart und streng gegenüber der griechischen Regierung auf und forderte weitreichende Strukturreformen als Grundlage für weitere Kredite.

Während der Verhandlungen konnte ein Meinungsumschwung in der deutschen Bevölkerung beobachtet werden. Waren im Januar 2015 55 Prozent der Deutschen für einen Verbleib Griechenlands im Euro und 33 Prozent dagegen, so wollten im Juni 2015 nur noch 41 Prozent, dass Griechenland den Euro behält, 51 Prozent waren dagegen. Diesen Meinungsumschwung zeigen Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen 2015). 70 Prozent der Befragten waren im Juni 2015 gegen weitere Zugeständnisse der EU an Griechenland. Betrachtet man Demoskopie als Messinstrument der öffentlichen Meinung (vgl. Otto 2001: 59; Raupp 2007: 53), so ist während des ersten Halbjahres die Zustimmung zu finanziellen Hilfen gegenüber Griechenland in der öffentlichen Meinung stark zurückgegangen. Was ist in diesem Zeitraum in der deutschen Öffentlichkeit passiert? Massenmedien wird ein maßgeblicher Einfluss auf die öffentliche Meinung zugesprochen – für Luhmann sind Presse und Rundfunk die Formgeber der öffentlichen Meinung (vgl. Jäckel 1999: S. 227). Haben die Massenmedien, durch eine Griechenland-kritische Berichterstattung die öffentliche Meinung beeinflusst?

Es gibt Anhaltspunkte, dass Journalisten statt sachlich sehr meinungsbetont berichteten und Griechenland sowie griechische politische Akteure stark negativ darstellten. Nicht zu übersehen war beispielsweise eine Kampagne der „Bild“, die am 26.2.2015 zu einer Selfie-Aktion gegen Griechenlands Regierung aufrief (in früheren Artikeln der „Bild“ war mehrfach von „Pleite-Griechen“ die Rede) und titelte „Nein! Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen!“. Griechenland wird mit negativen Adjektiven beschrieben, Interviewpartner mit einer kritischen Sichtweise gegenüber Griechenland kommen zu Wort, Wertungen sind in allen Darstellungsformen vorzufinden. Die Kampagne wurde von vielen Seiten stark kritisiert, auch vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV) und vom Deutschen Presserat, der eine Missbilligung aussprach.

Der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken kritisierte, dass eine Kampagne, die direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wolle, mit der beschreibenden Aufgabe des Journalismus nicht vereinbar sei (DJV 2015). Auch in der deutschen Bevölkerung wird generell die Griechenlandberichterstattung kritisch gesehen. Eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut „infratest dimap“ im Auftrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 4. bis 6. Mai 2015 durchführte, zeigte, dass nur 35 Prozent der befragten Rezipienten Vertrauen in die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise haben, 63 Prozent haben wenig bis gar kein Vertrauen (Infratest Dimap 2015). Die Mehrheit der Bevölkerung steht der Berichterstattung deutscher Medien zur griechischen Staatsschuldenkrise demnach kritisch gegenüber.

Zu fragen ist, ob diese Kampagne der „Bild“ für die gesamte Berichterstattung in der griechischen Staatsschuldenkrise symptomatisch ist. Dabei interessiert insbesondere, ob diese starke Meinungsorientierung, der vorzufindende Negativismus, die kritische Darstellung der griechischen Regierung durch negativ wertende Adjektive und das Heranziehen Griechenland-kritischer Experten als Zitatgeber auch in anderen Medien vorzufinden sind.

Auch die Auswahl der in den deutschen Medien betrachteten Reformen kann kritisch hinterfragt werden. Liest man die griechischen Reformvorschläge, wie sie von Yanis Varoufakis am 24.2.2015 an die EU übermittelt oder kurz zuvor von Alexis Tsipras als Regierungsprogramm im griechischen Parlament formuliert wurden, so sind in der deutschen Berichterstattung auf einen ersten Blick nur wenige Teile davon betrachtet worden.

Dieses Forschungsprojekt untersucht daher die Darstellung der Reformpolitik der Regierung Alexis Tsipras im ersten Halbjahr 2015 in der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel der deutschen Tageszeitungen „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Tageszeitung“ sowie der Onlineplattform „Spiegel Online“. Mittels quantitativer Inhaltsanalyse der Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise werden Berichterstattungsintensität, Anlässe, Akteure, Inhalte, Themen und Wertungen erfasst. Ziel des Projektes ist es auch, Aufschluss über den Umfang und die Tiefe der Befassung mit griechischer Reformpolitik in der deutschen Berichterstattung zu gewinnen. So kann ein umfassendes Bild über Meinungsorientierung und Berichterstattungstiefe in der griechischen Staatsschuldenkrise in den oben genannten Medien gezeichnet werden. Damit sollen Aussagen über die Qualität der Berichterstattung und die Europäisierung der hergestellten Öffentlichkeit getroffen werden.

Dieser Ergebnisbericht führt zunächst in den Stand der Forschung zur Wirtschaftsberichterstattung in der Finanz- und europäischen Staatsschuldenkrise ein. Anschließend werden zentrale Qualitätskriterien des Wirtschaftsjournalismus benannt und die Bedeutung einer europäisierten Öffentlichkeit beschrieben. Es werden Merkmale benannt, an denen die Qualität und

das Ausmaß der Europäisierung der Wirtschaftsberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise erkennbar sind. Darauf aufbauend folgen im nächsten Abschnitt die zentrale Fragestellung und spezifische Unterfragen.

Im darauffolgenden Kapitel wird das Untersuchungsdesign der Studie erläutert. Den größten Teil dieses Forschungsberichts nimmt die Darstellung der Untersuchungsergebnisse ein. Beschrieben werden die Intensität der Berichterstattung in den untersuchten Medien, Darstellungsformen und Zeiträumen und die Rolle, die Akteure in dieser Berichterstattung einnehmen, ihre Konstellation und ihr Einsatz als Zitatgeber. Anschließend werden die Bewertungen der Regierungen Griechenlands und Deutschlands sowie Wertungen durch Akteure und Journalisten ausgewertet. Die Tiefe der Berichterstattung wird im nächsten Abschnitt analysiert, in dem es um die behandelten Reformen geht. Dabei werden zunächst die Berichterstattung über die Politikfelder der Reformen und schließlich die Thematisierung einzelner Reformvorschläge in den untersuchten Medien dargestellt. Auch das Ausmaß der Berichterstattung über Themen, die nicht im Zusammenhang mit den Reformvorschlägen der Regierung Alexis Tsipras standen, wird dargestellt. Im abschließenden Fazit werden die Erkenntnisse hinsichtlich der Fragestellungen systematisch zusammengefasst und die Bedeutung der Ergebnisse interpretiert und diskutiert.

2. Stand der Forschung

Bisher gibt es vereinzelte wissenschaftliche Untersuchungen zur medialen Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen in der deutschen Öffentlichkeit aus verschiedenen Perspektiven. Die meisten Erhebungen bezogen sich auf die Eurokrise 2010 oder die Finanzkrise in davor liegenden Jahren (vgl. Schlosser 2013; Schranz/Eisenegger 2012; Seifert/Fähnrich 2012). Für diese Studie relevant sind insbesondere Erkenntnisse zur Qualität und zur Europäisierung der Berichterstattung, die im Folgenden vorgestellt werden. Diese Aspekte finden sich kaum in den zentralen Fragestellungen bisheriger Studien, werden jedoch in einigen Untersuchungen mit aufgegriffen.

Drei Studien gingen teilweise auf Qualitätsmerkmale des Wirtschaftsjournalismus ein und lieferten Erkenntnisse zu Ausgewogenheit und Vielfalt in der Wirtschaftsberichterstattung zu Finanz- und Staatsschuldenkrisen. Bach, Weber und Quiring (2012) untersuchten Deutungsmuster in der Finanzkrise 2008 in deutschen Tageszeitungen mittels qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse. Im Untersuchungszeitraum wurden mehrere Hauptdeutungsmuster für die Finanzkrise identifiziert, von denen sich das Muster der Systembedrohung als Leitinterpretation durchsetzt. Die traditionellen Qualitätszeitungen (vor allem FAZ und SZ) orientierten sich dabei wechselseitig an der Krisendeutung der jeweils anderen. Zudem wurde gezeigt, dass die Wirtschaftspresse keinen erkennbaren Einfluss auf die Berichterstattung anderer Medien ausüben konnte. Die Finanzkrise wurde wesentlich stärker unter den Vorzeichen einer (wirtschafts-)politischen Debatte behandelt, denn als ein wirtschaftliches Fachthema. Den hier erkannten Trends einer Politisierung des Wirtschaftsjournalismus und einer Themenhomogenität, die Ausdruck mangelnder Hintergrundberichterstattung ist, soll in dieser Studie nachgegangen werden. Die Ergebnisse lassen erwarten, dass auch die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise diesen Trends folgt.

Schlosser (2013) befasste sich mit der Berichterstattung in der Eurokrise 2010 und fragte u.a. nach dem Ausmaß der Bezüge zu Griechenland. Sie stellte fest, dass Griechenland die Berichterstattung in der Eurokrise auch in den Qualitätsmedien dominierte. Die Schuldigen für die Eurokrise wurden in Griechenland gesucht. Dem SPIEGEL konnte Schlosser eine Einseitigkeit der Berichterstattung und somit einen Mangel an Ausgewogenheit nachweisen. Das Ausmaß an Ausgewogenheit soll daher in dieser Studie zur Berichterstattung in der griechischen Staatsschuldenkrise 2015 erfasst werden, um eine Entwicklung erkennen zu können. Es wird erwartet, dass auch andere Qualitätsmedien Mängel in der Ausgewogenheit aufweisen.

Ebenfalls um Ausgewogenheit und Vielfalt ging es in einer Studie von Arlt und Storz (2010). Sie untersuchten die Berichterstattung vor und während der globalen Finanzkrise von 2007 bis 2010 anhand 16 verschiedener Einzelereignisse – vom Rücktritt Oskar Lafontaines als Finanzminister im März 1999 bis zum G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 – und befassten sich auch mit Qualitätsmerkmalen. Sie zeigten, dass die tagesaktuellen Massenmedien über Jahre hinweg die Gefahren durch die ignoriert haben und damit ihrer Rolle als Frühwarnsystem der Gesellschaft nicht gerecht wurden. Der Wirtschafts- und in diesem Fall Finanzjournalismus hat sich meist intensiv um die Perspektive der Anbieter und Anleger/Nachfrager gekümmert. Die kritische Darstellung der neuen Finanzbranche und kritisches Wissen zu Prozessen der Finanzmärkte waren kein Thema. Die Studie zeigt, dass Redaktionen perspektivenarm arbeiteten, sich also weitestgehend auf Regierungen und Bankenvertreter fokussierten. Perspektivenvielfalt und Ausgewogenheit sind Merkmale eines Qualitätsjournalismus, dessen Fehlen die Studie bemängelte. In dieser Untersuchung der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 soll es deshalb auch darum gehen, Bezüge auf Akteure der Wirtschaftspolitik festzustellen und deren Ausgewogenheit zu prüfen. Bisherige Ergebnisse lassen fehlende Ausgewogenheit erwarten.

Eine Studie zur europäischen Staatsschuldenkrise befasst sich mit Aspekten der Europäisierung der Öffentlichkeit. Fähnrich und Seiffert (2013) untersuchten die paneuropäische Medienberichterstattung in vier europäischen Onlinemedien mit Blick auf die Bewertung der Position der deutschen Bundesregierung in einer europäischen Öffentlichkeit. Dabei wurden 121 Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise ausgewertet. Die Positionierung der Bundesregierung wurde eng mit der Entwicklung der Eurozone und der Entwicklung der Europäischen Union insgesamt verknüpft. Sie wurde häufiger negativ als positiv konnotiert, insgesamt jedoch weitgehend neutral. Die Untersuchung zeigt, dass die Vergemeinschaftung von Schulden das wichtigste Thema war. Die Zukunft der Union wurde in der Berichterstattung häufig mit diesem Thema und der Krise verbunden. Daran zeigt sich, dass die untersuchten paneuropäischen Medien auch europäische Fragestellungen in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellen. Angesichts dieser Erkenntnis eröffnet sich die Frage, wie und ob sich nationale Medien in der europäischen Staatsschuldenkrise mit Europa und europäischen Institutionen befassen. Dies soll anhand der hier vorgenommenen Analyse der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise untersucht werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Qualität der Wirtschaftsberichterstattung und die Europäisierung der Medienöffentlichkeit in bisherigen Studien zur Finanz- und Eurokrise aufgegriffen wurden und

sich daraus offene Fragen ergeben. Daher soll auch in dieser Studie im Hinblick auf die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise eine vertiefte empirische Untersuchung dieser Aspekte erfolgen. Die aus bisheriger Forschung erkannten Qualitätsmängel hinsichtlich Vielfalt, Ausgewogenheit und Hintergrundberichterstattung sowie das geringe Ausmaß an Europäisierung der Öffentlichkeit sollen dabei auf die aktuelle Berichterstattung bezogen und verifiziert werden. Denn eine weiterführende Analyse zum weiteren Verlauf der europäischen Staatsschuldenkrise und dem Umgang mit Qualität und Europäisierung stehen bisher aus. Die hier vorgenommene Untersuchung soll diese Forschungslücke schließen.

3. Qualität in der Wirtschaftsberichterstattung

In diesem Kapitel sollen relevante Merkmale für Qualität in der Wirtschaftsberichterstattung benannt und erläutert werden. Es wird gezeigt, auf welchen Ebenen der Wirtschaftsberichterstattung Qualität relevant ist und wodurch sie gefährdet wird. Daran lassen sich Erwartungen hinsichtlich der Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise ableiten. Die deutsche Wirtschaftsberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise wird anschließend auf diese Erwartungen bezüglich der aufgestellten Qualitätskriterien hin überprüft.

Qualität wird definiert als die Gesamtheit von Merkmalen einer Einheit, z.B. eines Produkts, bezüglich deren Eignung festgelegte Erfordernisse zu erfüllen sind (Fabris/Renger 2003: 81). Im Journalismus ist eine Qualitätsdefinition abhängig von der gewählten Perspektive. Qualitätsmaßstäbe sind vom Medium, dem Genre, der Periodizität, der Funktion des journalistischen Produkts, dem Selbstverständnis der Journalisten und der Zielgruppe determiniert (vgl. Ruß-Mohl 1992: 85). Aus jeder Perspektive ergeben sich andere Erwartungen und Forderungen an den Journalismus.

Die Gründe für die intensive Qualitätsdiskussion in den Kommunikationswissenschaften seit den 1990er Jahren finden sich in den Strukturumbrüchen im Medienbereich in den letzten drei Jahrzehnten (vgl. Schatz/Schulz 1992; Arnold 2012: 77). Arnold (2008) fasst die Bewertung journalistischer Produkte im theoretischen Qualitätsdiskurs auf drei Ebenen in einem integrativen Konzept zusammen: einer funktional-systemorientierten, einer normativ-demokratieorientierten und einer publikumsbezogenen-handlungsorientierten Ebene. Anhand von festgelegten Qualitätskriterien lassen sich in diesen Ebenen die Leistungen des Journalismus beschreiben:

- Auf einer funktional-systemorientierten Ebene von Qualität stehen die Funktionen und professionellen Aufgaben des Journalismus im Mittelpunkt. Der Journalismus soll auf einer Makroebene der Gesellschaft eine Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglichen. Dies erfolgt durch die Reduzierung von Komplexität und die Übertragung von Erfahrungswissen in offene Sphären, die für jedermann zugänglich sind (vgl. Pöttker 2000: 378). Daraus können die Qualitätsmerkmale Vielfalt, Aktualität, Relevanz, Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Recherche, Kritik, Zugänglichkeit, Hintergrundberichterstattung sowie regionaler/lokaler Bezug abgeleitet werden (Arnold 2012: 79; Arnold 2008: 502).
- Auf der normativ-demokratiethoretischen Ebene werden die Funktionen des Journalismus durch seine Rolle in der Demokratie abgeleitet. Qualitätskriterien werden hier also nicht durch eine Funktion begründet, die durch ein gesellschaftliches Problem entstanden ist,

sondern mit fundamentalen Werten einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Grundlage sind medienrelevante normative Regelungen, wie Kodizes oder Gesetze, in denen gesellschaftliche Normen festgelegt sind. Ausgewogenheit, Neutralität/Trennung von Nachrichten und Meinung und Achtung der Persönlichkeit sind Qualitätskriterien, die sich daraus ergeben (Arnold 2008: 502f.).

- In einer dritten Ebene, der publikumsbezogenen-handlungsorientierten Ebene, geht es darum, dass journalistische Produkte, die funktional sind und den Werten der demokratischen Gesellschaft entsprechen, auch für das Publikum nutzbar sind. Unterhaltsamkeit, Anwendbarkeit und Gestaltung werden hier als Qualitätskriterien zugeordnet (Arnold 2008: 503). Die Qualitätsvorstellungen des Publikums bestimmen auch über den Markterfolg eines journalistischen Produkts und geben so zentrale Leitlinien vor (Arnold 2012: 80).

Andere Akteure nennen weitere Merkmale journalistischer Qualität, die jedoch den Ebenen Arnolds zugeordnet werden können (vgl. Schatz/Schulz 1992; Neuberger 2013; Wellbrock und Klein 2014).

In der hier vorgenommenen Studie soll die wirtschaftspolitische Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise auf ausgewählte journalistische Qualitätskriterien hin überprüft werden. Diese ergeben sich aus besonderen Anforderungen an den Wirtschaftsjournalismus: Gerade mit der europäischen Staatsschuldenkrise entstehen in der Bevölkerung große Verunsicherungen. Insbesondere wenn Staaten mit Milliarden Bürgschaften für andere Staaten eintreten. Vor diesem Hintergrund kommt den Wirtschaftsjournalisten eine besondere Aufgabe zu: Sie sollen sachlich, ausgewogen und vielfältig berichten und Hintergründe zu den Vorgängen liefern, damit sich die Bevölkerung ein angemessenes Bild von dem wirtschaftspolitischen Diskurs zur griechischen Staatsschuldenkrise machen kann.

Im Folgenden werden die für den Wirtschaftsjournalismus zentralen Qualitätskriterien Ausgewogenheit, Neutralität, Vielfalt und Hintergrundberichterstattung dargestellt und aufgezeigt inwiefern sie zur Disposition gestellt werden können.

3.1. Meinungsorientierter Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Ausgewogenheit und Neutralität

Das Ziel mit seiner Meinung den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen, wird für Journalisten in den Wirtschaftsredaktionen immer wichtiger, das zeigte eine Redaktionsbefragung von Heinrich und Moss (2006) in Form einer Längsschnittstudie in den Jahren 1990 und 2004. Während 1990 nur 24 Prozent der Wirtschaftsjournalisten angaben die Meinung der Rezipienten beeinflussen zu wollen, verfolgen 2004 drei Viertel aller Journalisten in den

Wirtschaftsredaktionen (74 Prozent) dieses Ziel (Heinrich/Moss 2006: 29). Geht es um die Darstellung von Meinung in wirtschaftspolitischen Medienberichten, so sind die Qualitätskriterien der Ausgewogenheit und der Neutralität von besonderer Bedeutung, wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird.

Ausgewogenheit ist eines der zentralen Qualitätskriterien des Journalismus auf normativ-demokratiethoretischer Ebene: Bei Kontroversen sollen Befürworter und Gegner, bzw. ihre Positionen, in etwa in einem ausgewogenen Verhältnis zu Wort kommen. Dieses Gebot geht aus dem Rundfunkstaatsvertrag (§11) und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hervor. Der Gesetzgeber strebt hier eine breite, vollständige und ausgewogene Berichterstattung an (vgl. Schatz/Schulz 1992: 693). Das Bundesverfassungsgericht nutzt dafür auch den Begriff der „gleichgewichtigen Vielfalt“. Die Vielfalt an Meinungen und Interessen muss gleichgewichtig zum Ausdruck kommen. Auch wenn es gesetzliche Regelungen für die Presse hinsichtlich der Ausgewogenheit nicht gibt, so sollten auch hier in der Gesamtheit der Berichterstattung gegensätzliche Positionen in einem ähnlichen Verhältnis berücksichtigt werden, um die öffentliche Meinung nicht ungleichgewichtig zu beeinflussen (vgl. Arnold 2009: 195f.). Damit ist nicht gemeint, dass alle möglichen Positionen, Gruppen und Akteure genannt werden müssen, jedoch mindestens zwei zentrale gegensätzliche Richtungen und Positionen (vgl. Arnold 2009: 196).

In der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise heißt die Forderung nach Ausgewogenheit, dass die zentralen unterschiedlichen Positionen und die wichtigsten sie vertretenden Akteure in diesem aktuellen Konflikt gleichgewichtig in der Gesamtberichterstattung vorkommen sollten. Hierzu zählt auf der einen Seite eine angebotsorientierte Position, die eine Verringerung der Staatsverschuldung fordert und insbesondere von der deutschen Regierung in der griechischen Staatsschuldenkrise vertreten wurde, und auf der anderen Seite eine nachfrageorientierte Position, die höhere Staatsausgaben zur Belebung der Wirtschaft in der Krise vorsieht und von der griechischen Regierung vertreten wurde.

Insgesamt soll das Kriterium der Ausgewogenheit in dieser Untersuchung nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel mit den anderen zu untersuchenden Kriterien analysiert werden. So wird bei der Untersuchung der auftretenden Akteure, Zitatgeber und Meinungen jeweils die Frage nach der Ausgewogenheit aufgegriffen.

Damit Meinungen für die Leser nachvollziehbar als solche zu erkennen sind, ist die *Neutralität/Trennung von Nachricht und Meinung* ein wichtiges Kriterium für journalistische Qualität. Die Trennung von neutralen und wertfreien Nachrichten von journalistischen Wertungen resultiert ebenso wie die Ausgewogenheit aus den rundfunkrechtlichen Regelungen und hat sich

nach 1945 auch in der Presse etabliert, auch wenn sie hier nicht explizit gesetzlich fixiert ist (vgl. Arnold 2009: 197). Hier wird sie mit den vielfältigen Funktionszuschreibungen an den Journalismus begründet. An dieser Stelle sind zwei besonders relevant: Auf der einen Seite steht die Informations- und Chronistenfunktion, auf der anderen Seite die Mitwirkung an der Meinungsbildung. Arnold (2009: 198) versteht unter Neutralität den Verzicht auf explizite Wertungen und Spekulationen in nachrichtlichen Textformen.

In den Medien hat sich mit dem politischen Kommentar jedoch ein Genre ausdifferenziert, in dem Meinungsäußerung legitim und erwünscht ist (Eilders/Lüter 1998: 2). Wenn Nachrichten und Meinungen eindeutig gekennzeichnet sind, wisse der Leser, welcher Interpretationsrahmen angemessen ist. So könne der Verdacht einer verdeckten Einflussnahme zerstreut werden (vgl. Neuberger 2013: 135).

Für Schatz und Schulz (1992) gilt das Trennungsgebot von Nachricht und Meinung als Kennzeichen journalistischer Professionalität. Zwischen verschiedenen Medientypen gibt es Unterschiede im Umgang mit diesem Trennungsgebot. Die fehlende Trennung von Meinung und Nachricht ist bei Boulevardmedien häufig zu finden (Beck et al. 2012: 136). Renger (2008: 208) hält fest: „Unmittelbarkeit und Nähe wird in der politischen Berichterstattung der Boulevardblätter u.a. durch starke Wertungen und Meinungs-Sedimente in – nach außen hin – objektive journalistische Darstellungsformen eingebettet.“ Die hier vorzunehmende Untersuchung soll zeigen, ob sich dieses Phänomen auf Boulevardmedien beschränkt oder auch aufgrund von Popularisierungstendenzen von anderen Medien übernommen wird.

Es kann festgehalten werden, dass meinungsorientierter Wirtschaftsjournalismus Einfluss auf die Qualitätskriterien Ausgewogenheit und Neutralität hat. Dabei interessiert besonders in welchem Maße selbst in primär objektiven journalistischen Darstellungsformen offen Bewertungen und politische Stellungnahmen einfließen – und zwar ohne dass dazu ein Rückgriff auf die Darstellungsform Kommentar erfolgt. Außerdem ist im Hinblick auf die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zu klären, ob unterschiedliche Meinungen und Positionen zu Wort kommen oder ob die Berichterstattung einseitig ist und somit das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit nicht erfüllt wird. Insbesondere bei Boulevardmedien wird dies angenommen.

3.2. Darstellung von Akteuren im Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Hintergründe und der Vielfalt

Über die Frage nach der Meinungsorientierung hinaus ergeben sich aus dem Trend zur Politisierung des Wirtschaftsjournalismus Auswirkungen auf

die journalistischen Qualitätskriterien der Vielfalt und des Hintergrunds, wie im Folgenden gezeigt wird.

Hintergrundberichterstattung bezeichnet Arnold (2008: 181f.) als gattungsspezifisches Qualitätsmerkmal des Zeitungsjournalismus. Die Zeitung habe im Gegensatz zu Fernsehen und Hörfunk die Möglichkeit und Pflicht, neben der Ordnung und Reduzierung der Informationsfülle, zu differenzieren und über Hintergründe zu berichten. Da die Zeitung im Gegensatz zu anderen Medien wie Internet, Hörfunk und Fernsehen auf Grund der täglichen Erscheinungsweise nicht so aktuell sein könne, müsse sie sich bei der Darstellung von Ereignissen und Sachverhalten auf schwierige und zeitaufwendig zu ermittelnde Sachverhalte konzentrieren. Die Inhalte werden in aufwendigeren und erläuternden Darstellungsformen, wie Hintergrundberichten und Reportagen, aufbereitet (vgl. Arnold 2008: 184).

Mast (2014: 262) sieht es als eine wesentliche Aufgabe des Wirtschaftsjournalismus an Hintergrundwissen an die Rezipienten zu vermitteln. Das Qualitätskriterium Hintergrundberichterstattung trifft also auf den Wirtschaftsjournalismus in besonderem Maße zu. Verdrängt wird die Hintergrundberichterstattung jedoch durch eine zunehmende Personalisierung, die aus einer Politisierung des Wirtschaftsjournalismus resultiert, wie im Folgenden erläutert wird. Um die Auswirkungen der Politisierung des Wirtschaftsjournalismus darzustellen, sollen zunächst die unterschiedlichen Grundlogiken vorgestellt werden.

Arlt und Storz (2010) postulieren einen grundlegenden Unterschied zwischen Politik- und Wirtschaftsjournalismus: Die Relevanz der Öffentlichkeit. Politische Akteure haben ein sehr großes Interesse an Öffentlichkeit, da die für die Legitimation relevante Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung maßgeblich über die Massenmedien erfolgt. Im Politikjournalismus beobachten die Journalisten vor allem die Protagonisten der politischen Bühne. Die Rede ist von einem „Tunnelblick auf politische Akteure“ (Schulz 2011: 68). Die Journalisten orientieren sich hier an Status, Macht und Prominenz.

Für die Akteure des Wirtschaftssystems hingegen ist die durch Journalisten hergestellte Öffentlichkeit nicht maßgeblich:

„Die primäre Informations- und Orientierungsfunktion für die Wirtschaft hat der Markt, nicht der Journalismus. Deshalb hat für Wirtschaftsakteure der Journalismus inzwischen zwar eine gestiegene, aber im Prinzip nur sekundäre Bedeutung. Das ist für die Politik anders: Dort hat der Journalismus als zentraler Leistungsträger der veröffentlichten Meinung eine herausragende Funktion.“ (Arlt/Storz 2010: 40)

Dementsprechend eingeschränkt ist der Zugang von Journalisten zu den Akteuren des Wirtschaftssystems. Anders als die politischen Prozesse spielen sich ökonomische Vorgänge hauptsächlich in nicht-öffentlichen Bereichen ab – in geschlossenen Zirkeln und privaten Versammlungen (Mast

2012: 74). Wirtschaftsjournalismus hat daher nur begrenzten Einblick in Entscheidungen einzelner Akteure. Er arbeitet im Wesentlichen ereignisorientiert und wissenszentriert und schafft so Hintergrundwissen und Nutzwert (Mast 2012: 90). Das Personalisieren der Berichterstattung auf zentrale Handlungsträger ist für den Wirtschaftsjournalismus unüblich (Heinrich/Moss 2006: 14).

Wenn es um wirtschaftspolitische Themen geht, wie z.B. Konjunktur-, Wettbewerbs- oder Steuerpolitik werden nun das Wirtschafts- und das Politiksystem zu einem Berichterstattungsgegenstand verbunden. Hierbei vereinigen sich auch die unterschiedlichen Arbeitsweisen von Politik- und Wirtschaftsjournalismus. Die Themen- und Sachorientierung des Wirtschaftsjournalismus wird mit der Akteursorientierung des Politikjournalismus verknüpft.

Die Rede ist in diesem Zusammenhang auch von einem „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Imhof 2009: 10). Die Interpretations- und Selektionsregeln der politischen Berichterstattung greifen zunehmend auch in der Wirtschaftsberichterstattung. An die Stelle der „Problematisierung von Zuständen“ rücke die „Skandalisierung von Personen“.

Zurückzuführen ist eine solche Personalisierung auch auf einen Trend zur Popularisierung in den deutschen Medien. Diese Entwicklung lässt sich mit den spezifischen Mechanismen besonderer Medientypen erklären. Mast (2012: 108) beschreibt im Hinblick auf Boulevardmedien:

„Wenn Wirtschaft in Boulevardmedien auftaucht, geht es entweder um Unterhaltung und Befriedigung der Neugier oder um Nutzwert und Service. Wirtschaftsthemen durchlaufen in diesen Fällen die speziellen Selektionsmuster des Boulevardjournalismus und werden auf eine spezifische Art und Weise präsentiert. Personalisierung, Emotionalisierung und ‚Sensationalismus‘ zeichnen ein einseitiges Bild der Wirtschaft bzw. dessen, was an ökonomischen Themen die Veröffentlichungsschwelle überwinden kann.“

Was im deutschsprachigen Raum als Boulevardjournalismus bezeichnet wird, trage in der angloamerikanischen Kommunikationswissenschaft die Bezeichnung „populärer Journalismus“ und sei nicht an einen bestimmten Medientypus fixiert, erklärt Pürer (2014: 167f.). Die Rede ist vielfach von einem Boulevardisierungstrend (vgl. Donsbach/Büttner 2005; Esser 1999). Die Entwicklung im Medien- und Politiksystem Deutschlands zeige einen Trend zur teilweisen Übernahme populärer Elemente. Man spricht von einer Popularisierung des Journalismus, und vom Boulevardisierungsprozess als Phänomen politischer Kommunikation (vgl. Lünenborg 2009). Luhmann (1996: 20) erklärte, Massenmedien seien heute generell „auf Popularisierung verpflichtet“. Das heißt, dass auch Qualitätsmedien die Mechanismen des populären Journalismus einsetzen. In einer Untersuchung der Bericht-

erstattung zur Finanzkrise 2010 belegen Arlt und Storz bereits einen verstärkt unsachlichen und desorientierten Umgang der Journalisten mit der Finanzkrise auch bei den Qualitätszeitungen und erwarteten für die sich anbahnende Eurokrise eine Zunahme der Personalisierung in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung (Arlt/Storz 2010: 35, 37, 41).

Zu erwarten ist daher eine stärkere Personen- als Hintergrundorientierung in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung zur Staatsschuldenkrise, die verstärkt bei der Boulevardzeitung „Bild“ aufzufinden sein wird, aber aufgrund der Verknüpfung von Mechanismen der politischen Kommunikation mit der Wirtschaftskommunikation auch in Qualitätszeitungen auftreten wird.

Es ist daher anzunehmen, dass in der griechischen Staatsschuldenkrise Personalisierung in der Berichterstattung ein großes Gewicht hat und vor allem politische Akteure im Mittelpunkt stehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn politische Entscheidungen und Ereignisse, wie Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, anstehen. Die Hintergrundberichterstattung wird dann von akteurszentrierter Berichterstattung verdrängt.

Trifft die Meinungsorientierung im Wirtschaftsjournalismus mit der zunehmenden Personalisierung zusammen, treffen Wertungen zunehmend auch Akteure (Beck et al. 2012: 136f.). Diese Bewertungen können durch die Journalisten selbst erfolgen. Diese schreiben dann anderen Akteuren Attribute zu. In Kommentaren ist dies üblich, in Nachrichten und Berichten ist es nicht vorgesehen. In der Wirtschaftsberichterstattung arbeiten Journalisten aber immer öfter auch in den objektiven journalistischen Darstellungsformen mit unangemessen moralischen Kategorien (vgl. Imhof 2009: 10f.).

In Nachricht und Bericht werden diese Attributionszuschreibungen jedoch üblicherweise nicht von den Journalisten selbst vorgenommen, sondern durch andere Akteure. Es werden also Akteure herangezogen, die sich über andere Akteure äußern und diesen Attribute zuschreiben. Durch die Kombination von Akteuren, die sich attribuieren, können auch in objektiven Darstellungsformen Akteursbewertungen erfolgen. Durch die Kombinationen von Thema, Akteur und Akteurskonstellationen schreiben Journalisten indirekt Akteuren Verantwortungen und Rollen zu (Iyengar/Kinder 1987: 84f; vgl. auch Iyengar 1991). Sie nehmen diese Attribuierung also nicht direkt vor durch eigene Aussagen, sondern bedienen sich an den Aussagen anderer.

Diese indirekte Attribution erfolgt im Wesentlichen durch das Einholen von Zitaten. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsberichterstattung. Zitatgeber geben ihre Meinung wieder, kommentieren ein Ereignis aus ihrer Perspektive oder senden Attribute an einen anderen Akteur. Zitate werden von Journalisten beim Aufbau eines Berichts instrumentalisiert (Häusermann 1996: 91). Sie werden bewusst eingesetzt, um die eigene Argumentation zu stützen.

Hagen (1992: 449) spricht in diesem Zusammenhang von „opportunen Zeugen“, Kepplinger (1994) von einer instrumentalisierten Quellennutzung. Beide konnten in Studien einen Konstruktionsmechanismus feststellen, bei dem Journalisten aus allen Argumenten und Akteuren diejenigen für ihre Berichterstattung auswählen, deren Richtung der redaktionellen Linie des Blattes entspricht.

Relevant ist hierbei die Frage nach der Vielfältigkeit der dargestellten Positionen: Wird einer Position eines Zitatgebers eine Alternativposition eines anderen Zitatgebers oder eines Arguments gegenüber gestellt, kann von einer ausgewogenen Berichterstattung gesprochen werden. Ist hingegen erkennbar, dass einzelne Akteure häufiger als andere zu Wort kommen oder die Wertungen des Textes und die Position eines unwidersprochenen Zitates kongruent ist, so kann davon ausgegangen werden, dass Zitate bewusst eingesetzt werden, um Meinung zu transportieren und meinungsorientiert zu berichten.

Die Einbindung von „opportunen Zeugen“ in die Wirtschaftsberichterstattung, die der Blattlinie zugeordnet werden können und die Ausgrenzung anderer Positionen aus der Berichterstattung widerspricht dem Qualitätskriterium der Vielfalt. Das Qualitätskriterium der *Vielfalt* bezieht sich für Arnold auf unterschiedliche Themen, Argument, Quellen oder Personen mit einem hohen Inklusionsgrad in der Bevölkerung, die in der Medienöffentlichkeit darzustellen sind (Arnold 2009: 168). Eine Offenheit bezüglich unterschiedlicher Akteure, Positionen und Themen erhöht dabei das Ausmaß der Wirklichkeitskonstruktion. Es ist wichtig, „nicht immer nur die gleichen Personen mit ihren Positionen und Themen zu Wort kommen zu lassen, sondern auch neue und ungewöhnliche Personen aktiv einzubeziehen“ (Arnold 2009: 168).

So kann zusammengefasst werden, dass die Trends zur Personalisierung und Popularisierung im Wirtschaftsjournalismus Auswirkungen auf das Qualitätskriterium der Hintergrundberichterstattung und der Vielfalt haben können. Akteure spielen eine wichtigere Rolle im Wirtschaftsjournalismus, kommen häufiger zu Wort. Sie werden jedoch so eingesetzt, dass es keine Vielfalt an Personen und Positionen gibt, so die Erwartung.

3.3. Themenauswahl im Wirtschaftsjournalismus: Eine Frage der Vielfalt und des Hintergrunds

Die bereits beschriebenen Qualitätskriterien der Vielfalt und der *Hintergrundberichterstattung* können auch auf die Darstellung von Themen im

Wirtschaftsjournalismus bezogen werden. Eine differenzierte Hintergrundberichterstattung, wie sie Arnold (2009: 184) beschreibt, geht über eine flüchtige Befassung mit Themen hinaus. Sie ist aufwendig recherchiert und ausführlich.

Versuchen die Journalisten in der Hintergrundberichterstattung die Reformbemühungen der griechischen Regierung in der griechischen Staatsschuldenkrise einzuordnen, so sollten sie die Reforminitiativen nennen und beschreiben. Das Merkmal der *Vielfalt* kann darauf bezogen werden, dass nicht nur auf einige wenige Reformaspekte, z.B. die Rentenpolitik, eingegangen wird, sondern verschiedene Bereiche, in denen relevante Reforminitiativen vorliegen, beachtet werden.

In der Analyse der Wirtschaftsberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise geht es daher vor allem darum festzustellen, welche Reformvorschläge dargestellt wurden und welche nicht. Daran kann abgelesen werden, in welchem Ausmaß Hintergrundberichterstattung über die griechischen Reforminitiativen betrieben wird und wie vielfältig diese ist. Dies zeigt sich an der Berichterstattungsintensität und der Berichterstattungstiefe. Diese ist somit Ausdruck der Qualitätskriterien Vielfalt und Hintergrund.

Eine geringe Themenorientierung durch zunehmende Akteurszentrierung wird dabei auch Einfluss auf die Tiefe der Berichterstattung haben. Es gehört zu den Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus, das Publikum über alle relevanten Aspekte eines Themas zu informieren. Die Tiefe der Themenbehandlung im Journalismus ist ein Merkmal, welches einem professionellen qualitätsorientierten Journalismus zugeordnet wird, sowohl von Rezipienten als auch von Journalisten selbst (vgl. Sehl/Steinbrecher 2014: 184). Die Tiefe kann empirisch über die Länge der Artikel, aber vor allem über die Erfassung aller relevanten Aspekte gemessen werden. Werden alle relevanten Aspekte eines Themas erfasst, z.B. der griechischen Reformpolitik, erfüllt der Wirtschaftsjournalismus seine Informationsfunktion. Mit der Tendenz zur Popularisierung wird auch erwartet, dass die Komplexität wirtschaftspolitischer Zusammenhänge und Themen nicht mehr ausreichend dargestellt wird. Erwartet wird daher eine Verkürzung der Berichterstattung, die sich nur auf wenige Aspekte beschränkt und so dem Qualitätskriterium einer ausführlichen und aufwendigen Hintergrundberichterstattung nicht gerecht wird.

In diesem Zusammenhang werden auch Entkopplungen erwartet. Gemeint ist damit die Loslösung eines singulären Aspekts – etwa der Schuldenstand von Griechenland – aus dem Berichterstattungsgegenstand von relevanten Zusammenhängen. Dies kann ein Beispiel oder auch nur eine Zahl sein, die nicht in einen Zusammenhang eingeordnet sondern unabhängig davon bewertet wird. Castendyk und Wellbrock (2013) verweisen darauf, dass dies

ein sich ausbreitenden Trend im Wirtschaftsjournalismus sei: „Die Wirtschaftsberichterstattung fokussiert sich auf wenige selektive Komponenten – z.B. Arbeitslosenzahlen – und entkoppelt diese von komplexen kausalen Zusammenhängen.“

Zusammenfassend ist in Hinblick auf die Frage nach dem Qualitätsjournalismus in der Wirtschaftsberichterstattung zur Staatsschuldenkrise in Griechenland erforderlich zu klären, wie stark meinungsorientiert berichtet wird. Dabei soll zunächst die Tonalität, also die Wertung, von Meinung ermittelt werden und überprüft werden, ob Wertungen auch in vermeintlich objektiven Darstellungsformen wie Nachricht und Bericht aufgefunden werden können. Dadurch können Aussagen über das Qualitätskriterium der Neutralität in der Berichterstattung getroffen werden. Es soll zudem untersucht werden, ob Meinungen von Journalisten oder Akteuren ausgehen, wen sie betreffen, ob ihnen alternative Positionen gegenüber gestellt werden und wie stark sie den Tenor eines Textes dominieren, um Aussagen über den Grad der Meinungsorientierung in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zu treffen. Zudem soll geklärt werden, ob diese Aussagen auf Boulevard- und Qualitätsmedien in gleichem oder unterschiedlichem Maße zutreffen, um Aussagen über die Popularisierung der Qualitätsmedien in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise treffen zu können. Die Untersuchung der Darstellung von Akteuren soll die Qualitätsmerkmale der Vielfalt und der Ausgewogenheit beschreiben. Anhand der Befassung mit einzelnen Reformzielen kann die Tiefe der themenorientierten Berichterstattung abgelesen werden und so Aussagen über die Qualitätskriterien Vielfalt und Hintergrund der Berichterstattung getroffen werden. Erwartet wird angesichts der dargestellten Trends eine wirtschaftspolitische Berichterstattung, die nur einzelne Aspekte selektiv aufgreift oder entkoppelt dargestellt.

Diese Fragestellungen sind auch relevant vor dem Hintergrund, dass es sich bei der griechischen Staatsschuldenkrise um eine europäische Krise handelt. Eine Einbettung der Berichterstattung in Modelle europäischer Öffentlichkeit wird im nächsten Kapitel beschrieben.

4. Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise als Ausdruck einer europäisierten Öffentlichkeit?

Die Berichterstattung deutscher Medien über die Staatsschuldenkrise in Griechenland und die Bemühungen europäischer Staaten sowie europäischer und internationaler Institutionen bei der Lösung dieser Staatsschuldenkrise ist ein geeigneter Kontext, um die Europäisierung der medialen Öffentlichkeit zu hinterfragen. Konkret kann erfasst werden, wie nationale Massenmedien im Zuge dieser Berichterstattung europäische Themen und Akteure darstellen und somit eine europäisierte nationale Öffentlichkeit repräsentieren.

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften befassen sich erst seit etwa zwei Dekaden mit einer europäisierten Öffentlichkeit und ihre Systematisierung. Damit handelt es sich noch um ein sehr junges Forschungsfeld (vgl. Risse 2002). Die Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit gewann erst nach der Entwicklung einer europäisierten Politik an Bedeutung. Nachdem die europäische Integration in den 90er-Jahren an Zustimmung in der Bevölkerung verlor, wurde eine unterentwickelte europäische Berichterstattung und damit einhergehend ein fehlender öffentlicher Diskurs mit entsprechender Meinungsbildung über europäische Themen als eines der dafür zugrunde liegenden Probleme ermittelt. Diagnostiziert wurde ein europäisches Öffentlichkeitsdefizit (vgl. Gerhards 2002).

Eine europäische Öffentlichkeit ist relevant für die Legitimation politischer Entscheidungen. Da die Europäische Kommission nicht direkt durch das europäische Volk über Wahlen legitimiert ist, ihre Entscheidungen jedoch die Bürger der EU direkt betreffen – insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich gehen inzwischen über 80 Prozent der Gesetzgebung auf die EU-Kommission zurück – hat sie ein besonderes Interesse an der Herstellung von Legitimation, um Zustimmung in der Bevölkerung zu erhalten. Fehlende Zustimmung und Legitimation führen langfristig zu einer Ablehnung der Institutionen und gefährden damit auch die Europäische Union. Durch einen öffentlichen Diskurs können, einem deliberativen Demokratiemodell folgend, Entscheidungen in Europa legitimiert werden. Eine europäische Öffentlichkeit ist demnach Voraussetzung einer legitimen europäischen Politik (vgl. Offerhaus 2008: 4053ff.).

Theoretische Grundlage sind drei unterschiedliche Modelle von europäischer Öffentlichkeit. Sie folgen im Wesentlichen einem repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsansatz, bei dem Bürger die Positionen ihrer gewählten Vertreter und deren Konkurrenten über Medien beobachten und sich so

4. Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise als Ausdruck einer europäisierten Öffentlichkeit?

eine Meinung bilden können, welche über Wahlen in den politischen Prozess eingeht (vgl. Gerhards 2002):

Im ersten Modell, einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit (vgl. Scharnow 2005), wird Europa als politische Gemeinschaft gesehen, in der politische Akteure über einheitliche Massenmedien mit den Bürgern kommunizieren. Die Grundvoraussetzungen für dieses Konzept existieren in der Realität und in naher Zukunft jedoch nicht (vgl. Gerhards 2000). So fehlt es an europäischen Massenmedien sowie einem europäischen Volk mit eigener Identität und eigener Sprache (vgl. Eilders/Voltmer 2003; Scharnow 2005).

Als zweiter Ansatz und Alternativmodell hat sich die Idee einer segmentierten transnationalen Themenöffentlichkeit verbreitet (vgl. Eder 2000; Scharnow 2005). Es geht davon aus, dass sich aufgrund der spezifischen Strukturen europäischer Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten im Mehrebenensystem Europa themenbezogene Kommunikationsgemeinschaften von konkret betroffenen Akteuren bilden. Sie kommunizieren nicht über Massenmedien, sondern über direkte Gespräche und Fachmedien miteinander. Auch wenn dieser Vorgang einige reale Kommunikationsprozesse gut abbildet, ist er jedoch nur eingeschränkt öffentlich. Durch den Verzicht auf einen massenmedialen Diskurs werde ein großer Teil der Bevölkerung ausgeschlossen (vgl. Eilders und Voltmer 2003: 253).

Ein drittes Modell hat sich angesichts der Defizite der oben beschriebenen Ansätze in der Forschung durchgesetzt. Dieses geht nicht mehr von einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit aus, sondern fokussiert auf eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten (vgl. Scharnow 2005). Da politische Akteure und zahlreiche Strukturen in der EU eine nationale Orientierung haben und funktionierende nationale Öffentlichkeiten in den einzelnen Staaten der EU existieren, kann auf der Grundlage dieses Modells untersucht werden, inwieweit sich nationale Massenmedien europäischen Themen und Akteuren zuwenden. Gemessen wird hier also der Grad der Europäisiertheit der nationalen Berichterstattung (vgl. Scharnow 2005). Europäisierung meint in diesem Zusammenhang die Thematisierung europäischer Themen und Akteure sowie die Bewertung dieser Themen und Akteure unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive (vgl. Gerhards 2000: 293). Besonders die zweite Perspektive wird jedoch vielfach als zu restriktiv und nicht plausibel angesehen und sollte deshalb verworfen werden (vgl. Koopmans/Erbe 2003; Risse 2002). Eine allgemeine gemeinsame europäische Perspektive kann es aufgrund segmentierter Interessen im Bund von Nationalstaaten nicht geben.

4. Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise als Ausdruck einer europäisierten Öffentlichkeit?

Eilders und Voltmer (2003) analysierten Zeitungskommentare. Sie stellten fest, dass sich nur wenige Zeitungskommentare auf das Europäische Parlament bezogen. Der Beachtungsgrad des Europäischen Parlaments in Zeitungskommentaren liegt im Promillebereich (Eilders und Voltmer 2003: 261). Und Koopmans (2010) untersuchte mittels Medieninhaltsanalyse ob europapolitische Debatten von der supranationalen Organisation EU und ihren Akteuren oder den nationalen Regierungen dominiert werden und konnte feststellen, dass die EU zwar präsent ist in den Medien, aber Regierungspolitiker der Nationalstaaten ein erheblich größeres Gewicht in der Berichterstattung haben.

Machill, Beiler und Fischer (2006) werteten anhand von 17 bereits durchgeführten medieninhaltsanalytischen Studien aus mehreren europäischen Ländern die empirische Forschung seit Beginn der 90er Jahre in deutscher, englischer und französischer Sprache systematisch aus. Die Metaanalyse ergab, dass in den 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vor der Erweiterung von 2004 unterschiedlich ausgeprägte Entwicklungstendenzen hin zu einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten erkennbar waren. Sie unterschieden zwischen einem hohen, einem mittleren und einem geringen Europäisierungsgrad hinsichtlich der Befassung mit EU-Akteuren, europäischen Themen und anderen Staaten der EU. Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Schweden und Finnland können einem hohen Europäisierungsgrad zugeordnet werden, Spanien, Frankreich und Österreich einem mittleren, Großbritannien, Belgien, Irland und Italien weisen einen geringen Europäisierungsgrad auf. Insgesamt machen EU-Themen nur einen geringen Anteil an der Gesamtberichterstattung in allen Staaten aus. Auch Akteure der EU-Ebene spielten gegenüber nationalen Handlungsträgern eine untergeordnete Rolle.

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Ausmaß der Europäisierung, insbesondere hinsichtlich Themen und Akteuren, in bisherigen Untersuchungen als gering beurteilt wurde.

Vor diesem Hintergrund wird in dieser Studie auch untersucht, inwieweit während der griechischen Staatsschuldenkrise auf europäische Ereignisse und Akteure in der nationalen Medienberichterstattung Bezug genommen wurde. Auf diese Weise kann festgestellt werden, ob die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise einen rein nationalen Charakter hat oder durch europäische Bezüge eine europäisierte massenmediale Debatte erkennbar ist, die auch Ausdruck einer europäisierten nationalen Medien-Öffentlichkeit ist. Es wird daher in der folgenden Untersuchung von Themen, Anlässen und Akteuren ein zusätzlicher Blick auf den Grad der Europäisierung geworfen.

5. Fragestellungen

Wirtschaftspolitik ist durch ein hohes Maß an Komplexität gekennzeichnet, wie sich auch in der griechischen Staatsschuldenkrise zeigt. Hier ist eine Vielzahl an nationalen, europäischen und internationalen politischen Akteuren an Verhandlungen und Entscheidungen beteiligt. Die europäischen Staaten und Bürger haften mit Milliardenbeträgen füreinander. 851 Milliarden Euro wurden bereits für die Rettung europäischer Krisenstaaten ausgezahlt, weitere 944 Milliarden Euro wurden zugesagt. Kompetenter Wirtschaftsjournalismus muss diese komplexen und vernetzten Zusammenhänge erklären. Dafür muss er Kriterien journalistischer Qualität einhalten, damit in dieser griechischen Staatsschuldenkrise in der Bevölkerung keine Verunsicherung entsteht. Wirtschaftsjournalismus muss daher umfassend, ausgewogen, hintergründig, vielfältig und neutral über relevante Aspekte und Vorgänge informieren, um seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen.

Angesichts der Bedeutung europäischer Institutionen und Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik ist eine europäische Perspektive im Wirtschaftsjournalismus von besonderer Relevanz. Dies gilt insbesondere in der griechischen Staatsschuldenkrise, in der politische Entscheidungen über die Finanzhilfen aus Steuergeldern der europäischen Bürger für die Rettung Griechenlands von europäischen Institutionen, wie der Europäischen Kommission, der EZB oder der Eurogruppe, getroffen werden. Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit trägt wesentlich zum Verständnis europäischer Entscheidungen und so zu deren Legitimität bei.

Dieses Forschungsprojekt hat daher zwei Zielrichtungen. Es soll erstens erfasst werden, ob die Wirtschaftsberichterstattung in der griechischen Staatsschuldenkrise den Anforderungen an Qualitätsjournalismus entsprochen hat. Zweitens soll untersucht werden, ob in der deutschen Wirtschaftsberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise eine europäisierte Öffentlichkeit hergestellt wurde.

Untersuchungsgegenstand sind alle Artikel der überregionalen Tageszeitungen „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Tageszeitung“ sowie das Online-Nachrichtenmagazin „Spiegel Online“ zu Griechenland im Untersuchungszeitraum. Dies erlaubt die Rekonstruktion der Themenagenden und Meinungen im Vergleich zwischen verschiedenen zeitlichen Phasen der griechischen Staatsschuldenkrise, zwischen verschiedenen Medien und Darstellungsformen.

Um die beiden zentralen Forschungsfragen zu beantworten, wird das Ausmaß der Befassung mit Akteuren, des Umgangs mit Meinungen und die Intensität der inhaltlichen Befassung mit der griechischen Reformpolitik während der griechischen Staatsschuldenkrise im öffentlichen Diskurs in deutschen Tageszeitungen und einem Onlineportal beschrieben und analysiert.

Um eine systematische Analyse dieser Aspekte zu ermöglichen, sollen die zentralen Fragestellungen in zehn Unterfragen aufgegliedert werden:

1. Wie intensiv wird über die griechische Reformagenda und ihre Umsetzung in den deutschen Medien berichtet?
2. Welche Rolle spielen europäische Akteure und Berichterstattungsanlässe?
3. Ist die Berichterstattung akteursorientiert oder eher themenorientiert?
4. Welche Akteure stehen im Fokus der Berichterstattung?
5. Welche Akteurskonstellationen werden in der Berichterstattung aufgebaut?
6. Erfolgt diese Berichterstattung sachlich oder meinungsorientiert?
7. Wie intensiv und in welcher Tonalität erfolgt meinungsorientierte Berichterstattung?
8. Findet eine ausgewogene Berichterstattung hinsichtlich der zentralen Akteure und Positionen statt?
9. Gibt es Unterschiede zwischen Boulevard-, Online- und Qualitätsmedien?
10. Welche Aspekte und Politikfelder werden betrachtet, welche werden ausgelassen?

So würde eine rationaler öffentlicher Diskurs in der Phase zwischen der Einreichung der Reformliste durch die Regierung von Alexis Tsipras und dem Ende des letzten Hilfspaketes doch vor allem kritisch und sachlich prüfen, wie die angekündigten Reformvorhaben wirtschaftswissenschaftlich zu bewerten sind und wie sie von der griechischen Regierung umgesetzt wurden.

Erwartet wird angesichts des Stimmungswandels jedoch kein rationaler Diskurs, sondern eine wirtschaftspolitische Berichterstattung, die diese sachliche Ebene verlässt. Die Beurteilung der griechischen Reformen erfolgt dann nicht sachlich auf Basis der Reformagenda, sondern entgegen einem qualitätsorientierten Wirtschaftsjournalismus sehr emotional. Ein rationales Abwägen der Argumente findet nicht statt, stattdessen beziehen Journalisten offen Position. Die deutschen Medien berichten meinungsorientiert über die griechische Staatsschuldenkrise und lassen dabei Teile der Reformbemühungen oder gleich die gesamte Reformagenda außen vor. Und sie personalisieren stark auf die zentralen Handlungsträger, was für den Wirtschaftsjournalismus nicht angemessen ist (vgl. Heinrich/Moss 2006: 14).

6. Methodisches Vorgehen

Die Fragestellungen hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes, der Berichterstattung deutscher Medien zur griechischen Staatsschuldenkrise, sollen durch die Methode der Inhaltsanalyse beantwortet und geprüft werden. Im Folgenden werden der Untersuchungszeitraum, die Untersuchungsobjekte und die Fallauswahl sowie die gewählte Methode und das Vorgehen sowie das aufgestellte Kategoriensystem weiter ausgeführt.

6.1. Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum reicht von der Formierung der neuen griechischen Regierung unter Alexis Tsipras am 28.01.2015 bis zum Auslaufen des Rettungsprogramms am 30.06.2015. Die Untersuchung zielt damit bewusst auf die wirtschaftspolitische Berichterstattung über die Regierung Alexis Tsipras und ihre Arbeit während des zweiten Griechenland-Hilfsprogrammes.

6.2. Untersuchungsobjekte und Fallauswahl

Untersuchungsobjekte dieser Studie sind journalistische Artikel in der deutschen Tagesberichterstattung. Die Auswertung beschränkt sich nicht allein auf Printmedien, sondern bezieht auch ein relevantes Onlinemedium mit ein. Erfasst werden die überregionalen Tageszeitungen „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Tageszeitung“ sowie das Online-Nachrichtenmagazin „Spiegel Online“. Die Auswahl erfolgte bewusst anhand der Positionierung im politischen Rechts-Links-Spektrum und der Vorgabe, dass Boulevardzeitung, Qualitätszeitungen und ein Online-Nachrichtenportal vertreten sein sollten, um unterschiedliche Medientypen abzudecken. Die „Bild“ ist die auflagenstärkste Zeitung in Deutschland, im Untersuchungszeitraum erreichte sie eine durchschnittliche tägliche Auflage von 2.818.163 Exemplaren. Es handelt sich hierbei um eine Boulevardzeitung. Die zum gleichen Konzern (Springer) gehörende konservative Tageszeitung „Die Welt“ erreichte im gleichen Zeitraum eine tägliche Auflage von 226.967 Exemplaren. Die auflagenstärkste überregionale Qualitätszeitung ist die „Süddeutsche Zeitung“ mit einer durchschnittlichen täglichen Auflage von 448.200 Exemplaren im Untersuchungszeitraum, sie ist links-liberal im politischen Spektrum einzuordnen. Es folgt die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit einer Auflage von 324.617 Exemplaren. Eine auflagenschwächere, aber im politischen

Spektrum stark links angesiedelte Tageszeitung, ist „Die Tageszeitung“ mit einer durchschnittlichen täglichen Auflage von 63.240 Exemplaren im Untersuchungszeitraum. Insgesamt erreichen die untersuchten Tageszeitungen im Untersuchungszeitraum eine gedruckte Auflage von 3,88 Millionen Exemplaren. Nach „Bild.de“ ist das untersuchte Nachrichtenportal „Spiegel Online“ das zweitstärkste Nachrichtenportal in Deutschland. Es erreichte im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 3,656 Milliarden Zugriffe durch deutschsprachige Nutzer (Page-Impressions). Das entspricht durchschnittlich 20 Millionen Zugriffen pro Tag im Untersuchungszeitraum (alle Daten: IVW 2015).

Die Auswahl der Zeitungsartikel zur griechischen Staatsschuldenkrise erfolgte durch die Datenbank „ARD Pressearchiv“. Die Datenbank speichert vollständig alle Artikel der untersuchten Zeitung. Hier wurden alle Zeitungsartikel dieser Zeitungen ermittelt, die einen thematischen Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise haben und unter dem Suchwort „Griechenland“ zu finden waren. Bei „Spiegel Online“ wurden im Online-Archiv alle Artikel ermittelt, die im Untersuchungszeitraum mit dem Suchwort „Griechenland“ aufgefunden werden konnten. Einzelne Artikel, die einen reinen Bezug zu sportlichen Ereignissen hatten, wurden nicht weiter einbezogen. Ansonsten handelt es sich um eine Vollerhebung aller Artikel in den genannten Zeitungen und „Spiegel Online“ für den Untersuchungszeitraum. Die ermittelten Artikel aller Medien wurden im PDF-Format gespeichert. Diese Dateien dienten als Analysegrundlage.

6.3. Methode und Durchführung

Die Analyse erfolgt durch eine quantitative Inhaltsanalyse (vgl. Kromrey 2009). Die zu analysierenden Merkmale werden in einem Kategoriensystem festgehalten. Für jeden Artikel werden anhand eines vorgegeben Codebuchs neben Daten zur Lokalisation Themenfrequenzanalysen und Wertanalysen (vgl. Merten 1995: 146ff., 190ff.) vorgenommen und in einem Codebogen quantifiziert.

Die Codierung erfolgt durch sechs geschulte Codierer im Juli 2015.¹ Durch gemeinsame Codier-Sitzungen der Codierer mit der Projektleitung in den ersten Phasen der Erhebung konnten Zweifelsfälle hinsichtlich des Codebuchs besprochen und der Umgang mit diesen Variablen verbindlich festgelegt werden. Die Codieranweisungen wurden so weiter konkretisiert. Zudem konnte durch mehrere Abgabezeiträume, in denen die Zwischenergeb-

¹ Wir bedanken uns bei Jan Schüßler, Katrin Mertens, Timo Müller, David Patrick Hahn, Tim Kronner und Stefan Titze.

nisse geprüft wurden, die Sorgfältigkeit der Codierung sichergestellt werden. Ein Reliabilitätstest zu Beginn der Auswertungsphase zeigte einen guten Wert. Es wurde die Auswertung von 20 Artikeln über alle zu untersuchenden Merkmale auf Übereinstimmungen geprüft. Dabei konnte ein Reliabilitätsmaß nach Holsti (1969) mit einem Wert von $CR=.79$ ermittelt werden. Durch weitere Absprachen im Rahmen der Codier-Sitzungen konnten Codieranweisungen in Variablen, bei denen hohe Abweichungen auftraten, präzisiert werden.

Die Daten wurden anschließend statistisch durch Frequenz- und Kontingenzanalysen ausgewertet.

6.4. Kategoriensystem

In der Anlage des Kategoriensystems folgt diese Studie Untersuchungsanlagen von Eilders und Lüter (1998) zur Erfassung von Themen und Meinungen in Pressekommentaren, deren Operationalisierung der Basiskategorien, der Befassung mit Reformvorschlägen in einzelnen Politikfelder und der Einordnung der Akteurs- und Themenorientierung hier aufgegriffen wurde sowie von Gerhards et al. (2004) zur Einordnung von massenmedialen Attributionsen im europäischen Vergleich, deren Operationalisierung von Attributionsendungen und Akteurskonstellationen hier weitestgehend übernommen wurde.

Das Kategoriensystem orientiert sich an den zu beantwortenden Fragestellungen. Zu jedem Artikel wurden vier Variablenblöcke bearbeitet. Zunächst ging es um formale Kategorien, wie Medium, Datum, Artikellänge und Darstellungsform. Es wurde anschließend die inhaltlichen Kategorien also die Befassung mit Politikfeldern der griechischen Reformpolitik und nach diesen allgemeinen Kategorien die spezifischen Reformvorschläge erfasst. Die zu erfassenden Reformvorschläge und Politikfelder wurden anhand von drei zentralen Dokumenten ausgewählt:

1. Reformliste der griechischen Regierung vom 24.02.2015,
2. griechisches Regierungsprogramm
3. Fortschrittsbericht der EU

Diese lagen in deutscher Übersetzung vor (Deutscher Bundestag 2015; Ernst 2015). Nach einem Pretest an 200 Artikeln wurden das Kategoriensystem erweitert, weil weitere Diskussionen, die am Rande der Reformpolitik und der Staatsschuldenkrise auftauchten, ebenfalls erfasst werden sollten, wie die Diskussion um einen Grexit, um Reparationszahlungen oder das Privatleben von Yanis Varoufakis und Alexis Tsipras.



Abbildung 1: Variablenblöcke

Ein dritter Variablenblock untersuchte die Nennung von Akteuren von deutscher, griechischer, europäischer und internationaler Seite, ihr Auftreten als Anlass einer Berichterstattung und die im Artikel angelegte Akteurskonstellation. Dabei wurde auf das von Gerhards et al. (2004) entworfene Modell von Attributionssendern und -empfängern zurückgegriffen. Schließlich ging es in einem vierten Variablenblock um Meinungsorientierung und Wertungen. Erfasst wurden Positionen von Attributssendern, wertende Adjektive gegenüber der griechischen und der deutschen Regierung und die Positionen von Zitatgebern. Diese Wertungen können später über Kreuztabellen zwischen Medien, Darstellungsformen, Zitatgebern, Akteuren und im zeitlichen Verlauf verglichen werden.

7. Untersuchungsergebnisse

In den folgenden Kapiteln werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse hinsichtlich der Berichterstattungsintensität, der Akteursorientierung, der Meinungsorientierung und der Befassung mit der griechischen Reformagenda dargestellt. Die Erkenntnisse werden jeweils am Ende eines Abschnitts zusammengefasst.

7.1. Intensität der Berichterstattung

Insgesamt konnten im Untersuchungszeitraum 1442 Artikel mit einem Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise in den untersuchten Medien „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), „Süddeutsche Zeitung“, „Die Tageszeitung“ („taz“) und „Spiegel Online“ ermittelt werden.

Im zeitlichen Verlauf zeigten sich Phasen mit einer sehr intensiven Berichterstattung mit 20 Artikeln pro Tag kurz nach der Amtsübernahme der Regierung von Alexis Tsipras und den sich anschließenden Verhandlungen um weitere Auszahlungen aus dem zweiten Griechenland-Hilfspaket im Februar 2015 (vgl. Abbildung 2). Danach verlor die Berichterstattung an Intensität im März bis in den Mai 2015 und steigerte sich mit den erneuten Verhandlungen im Juni 2015 bis zu deren Abbruch am 27. Juni 2015 auf über 50 Artikel pro Tag (vgl. Abbildung 3).

In den meisten Fällen ließen sich Spitzenwerte der Berichterstattungsintensität auf einzelne Ereignisse zurückführen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Treffen der Eurogruppe, der Euro-Finanzminister oder der Staats- und Regierungschefs der EU. Insbesondere die Treffen vor Auslaufen einer Stufe des Hilfspaketes im Februar und im Juni 2015 zogen große Aufmerksamkeit der Journalisten auf sich und verstärkten die Berichterstattung. Dazu zählten insbesondere Treffen der Euro-Finanzminister. Am 11. und 20. Februar sowie am 18. und 24. Juni 2015 waren diese Treffen Anlass für eine sehr intensive Berichterstattung. Am 9.3.2015 oder am 24.4.2015 war die Resonanz weit weniger stark ausgeprägt. Auch die Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs folgten diesem Muster und waren am 12.2.2015 und am 21.6.2015 Anlass für intensive Berichterstattung. Diese Gipfel standen bei ablaufenden Fristen in engem zeitlichem Zusammenhang mit intensiver Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise. Nach der Vorlage einer Reformliste durch den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis am 24.2.2015 und der Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung des zweiten Hilfspaketes am 27.2.2015 verlor das Thema an Relevanz für die wirtschaftspolitische Berichterstattung. Die stärkste Berichterstattung in dieser Phase mit einer geringeren Berichterstattungsintensität bis

Mitte Juni 2015 konnte auf den Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras in Berlin zurückgeführt werden.

Das Scheitern der Verhandlungen über eine letzte Auszahlung aus dem zweiten Hilfspaket und die Ankündigung eines Referendums durch den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras sorgte Ende Juni 2015 für einen massiven Anstieg der Berichterstattungsintensität. Am 30. Juni 2015, dem letzten Tag des Untersuchungszeitraums, wurden in den untersuchten Medien 57 Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise veröffentlicht.

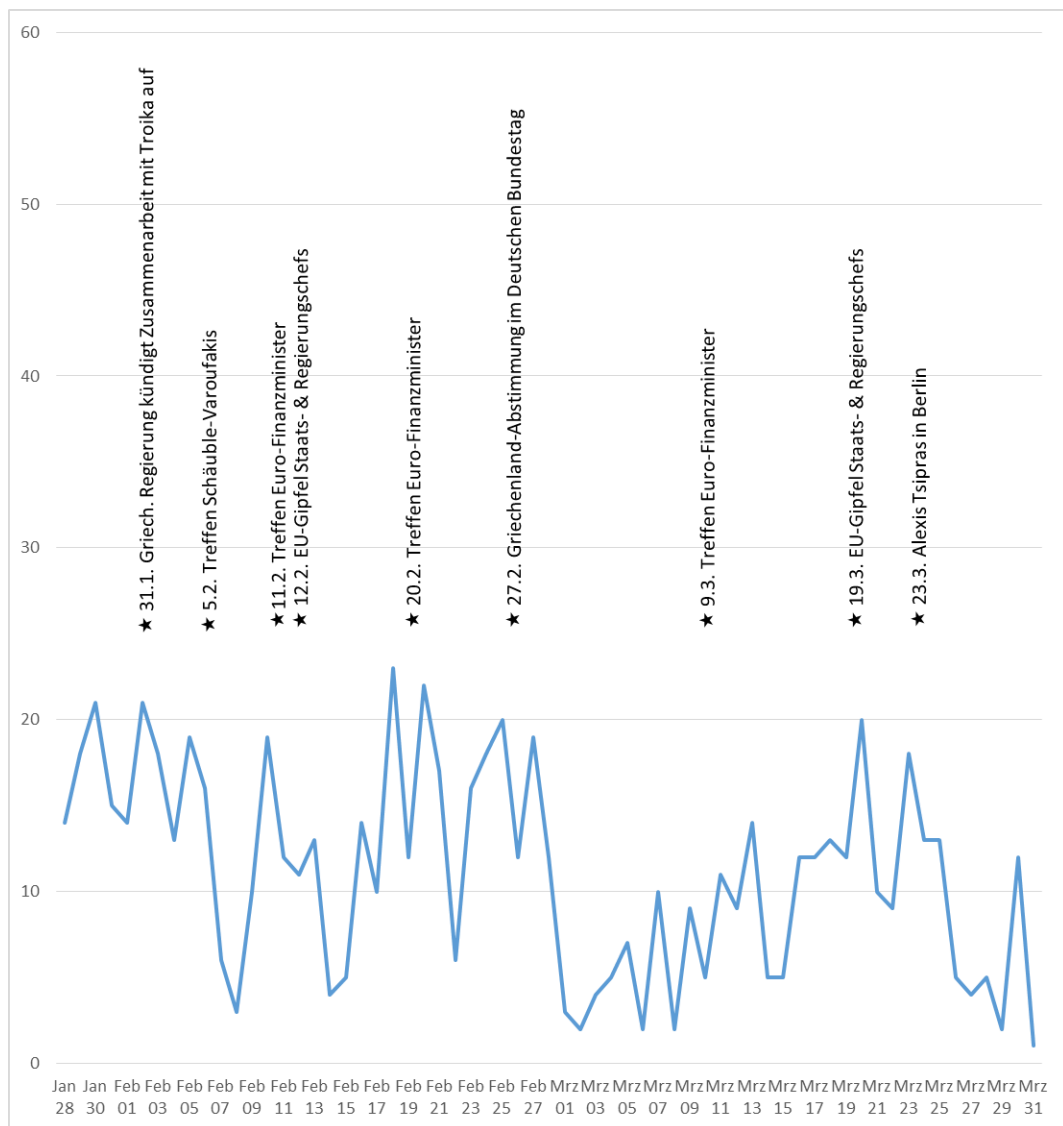


Abbildung 2: Berichterstattungsintensität Januar bis März 2015

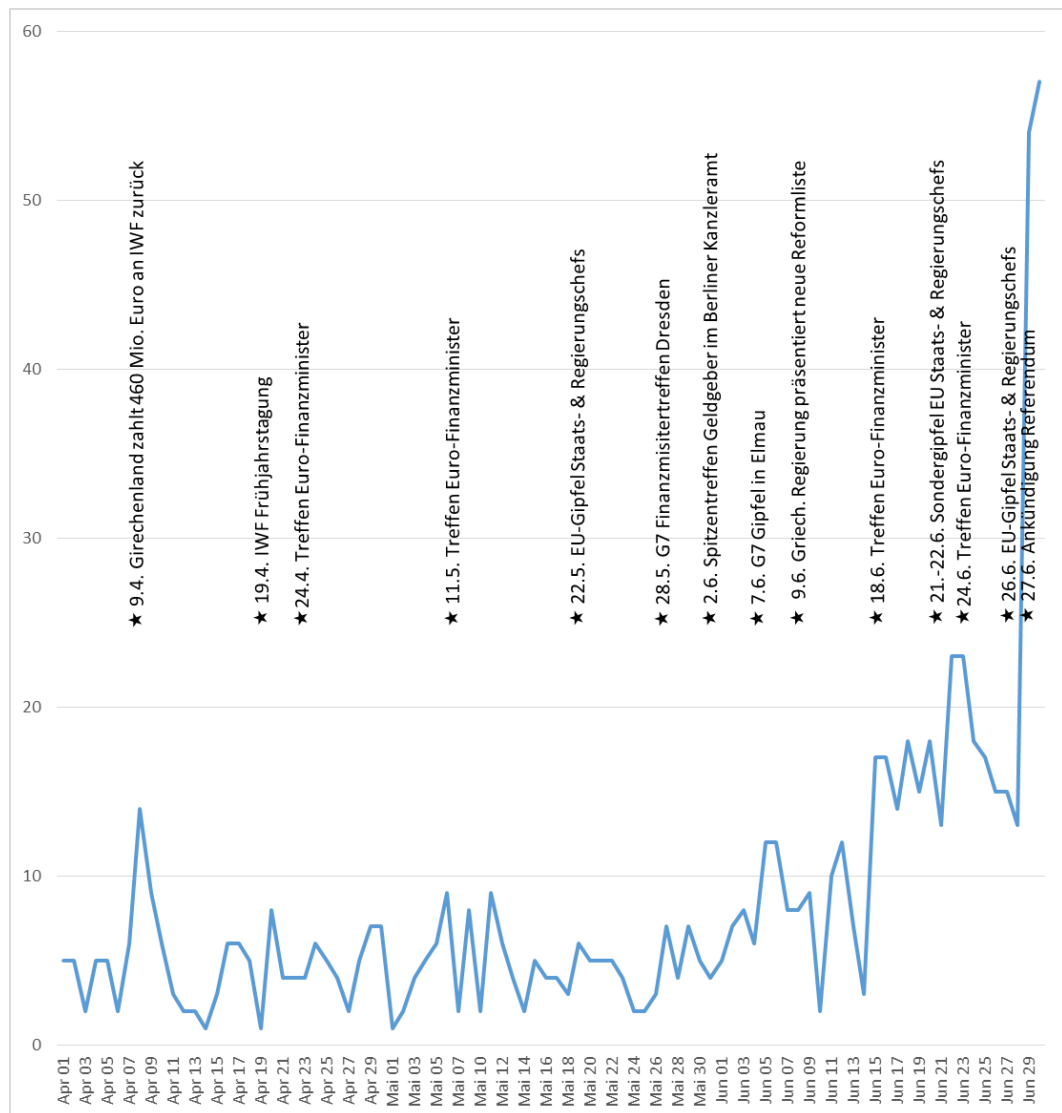


Abbildung 3: Berichterstattungsintensität April bis Juni 2015

Zwischen den Medien gab es ebenfalls erhebliche Unterschiede in der Berichterstattungsintensität. Während die „Bild“ im Untersuchungszeitraum nur 85 Artikel veröffentlichte, waren es bei der „Welt“ (101) nur wenige mehr. Die „Süddeutsche Zeitung“ (208) und die „taz“ (139) lagen im Mittelfeld. Die „FAZ“ war mit 354 Artikeln unter den Printmedien die Zeitung, die am intensivsten über die griechische Staatsschuldenkrise berichtete. Das Internetportal „Spiegel Online“ veröffentlichte im gleichen Zeitraum mit 555 Artikeln erheblich mehr Artikel als die untersuchten Printmedien. Insgesamt 38,5 Prozent aller untersuchten Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden auf „Spiegel Online“ veröffentlicht (vgl. Anhang 1).

Insgesamt überwogen bei allen Medien Nachrichten und kurze Berichte (760, 53,1 Prozent) unter den Darstellungsformen der Berichterstattung. 14,0 Prozent (201) aller Artikel waren längere Berichte und Hintergrundberichte, 15,4 Prozent (221) der Artikel waren Reportagen. Darüber hinaus konnten 68 Interviews (4,8 Prozent) und 181 Kommentare (12,6 Prozent) gezählt werden. Dieser Verteilung entsprachen im Wesentlichen alle untersuchten Medien. Auffällig war, dass bei der „Süddeutschen Zeitung“ und der „taz“ der Anteil der Kommentare mit 16,3 bzw. 18,2 Prozent erkennbar über dem Durchschnitt lag und bei der „Bild“ vergleichsweise häufig, in 18,8 Prozent der Artikel, Interviews als Darstellungsform eingesetzt wurden. Die Artikel haben eine durchschnittliche Länge von 679 Wörtern, wobei die „Welt“ mit durchschnittlich 1009 Wörtern die längsten Artikel hat und „Spiegel Online“ mit 549 Wörtern die kürzesten. Dies ist zurückzuführen auf den unterschiedlichen Einsatz der journalistischen Darstellungsformen: Nur 31,7 Prozent der Artikel in der „Welt“ waren Nachrichten, überdurchschnittlich oft wurden Hintergrundberichte (18,8 Prozent) und Reportagen (24,8 Prozent) eingesetzt. „Spiegel Online“ als Internet-Nachrichtenportal nutzte die kürzeren Darstellungsformen erheblich häufiger. Hier waren 58,1 Prozent der Artikel Nachrichten und kurze Berichte (vgl. Anhang 2, Anhang 3).

Unter den untersuchten Zeitungen fiel zudem auf, dass „Bild“ die griechische Staatsschuldenkrise besonders häufig auf der Titelseite positionierte. 22,4 Prozent der Artikel fanden sich hier. Bei den anderen Zeitungen konnten nur zwischen vier und elf Prozent der Artikel auf der Titelseite verortet werden (vgl. Anhang 4). Dies mag auch damit zusammenhängen, dass diese im Gegensatz zur „Bild“ ein separates Ressort Wirtschaft haben, in dem dieses Themenfeld positioniert wurde.

Zusammenfassend lässt sich im zeitlichen Verlauf der Berichterstattungsintensität erkennen, dass insbesondere politische Ereignisse, wie Treffen, Deadlines und Abstimmungen die mediale Befassung mit der griechischen Staatsschuldenkrise in ihrer Intensität und Terminierung bestimmten. Das Online-Portal „Spiegel Online“ wies dabei eine besonders hohe Intensität im Vergleich zu den Zeitungen auf. Die technische Möglichkeit zur ständigen Aktualisierung über das Internet, aber auch die hohen Erwartungen der Rezipienten an stetige Aktualisierung und direkte Weitergabe von Informationen können hierfür als Ursache benannt werden.

7.2. Akteursorientierung der Berichterstattung

Akteure spielten in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise eine große Rolle. Sie fungierten als Anlassgeber für die wirtschaftspolitische Berichterstattung, sendeten über die Medien Positionen über andere Akteure aus, wurden als Zitatgeber herangezogen

und verleiteten die Journalisten zu einer personenbezogenen wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Wie stark die wirtschaftspolitische Berichterstattung Akteure in diesen Rollen einsetzte und über welche Akteure berichtet wurde, soll in diesem Kapitel gezeigt werden.

7.2.1. Akteure als Berichterstattungsanlässe

Nahezu alle untersuchten Artikel bezogen sich auf einen oder mehrere individuelle oder kollektive Akteure. In lediglich 404 Artikeln (28 Prozent) konnte kein Akteur als Anlassgeber für den Artikel ermittelt werden. Teilweise ging es in diesen Artikeln um reine Börsenzahlen, teilweise auch um einzelne Unternehmen oder es traten Akteure als Anlassgeber auf, die nicht Teil der Tagespolitik waren, wie zum Beispiel der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, oder Medienvertreter wie Günther Jauch und Jan Böhmermann. Als Berichterstattungsanlass wurden Akteure ausgewählt, wenn eine Aussage von Ihnen erkennbar Grund des Artikels war. Das gleiche gilt für Besuche, Treffen, Reden und Ereignisse, die auf Akteure zurückzuführen waren.

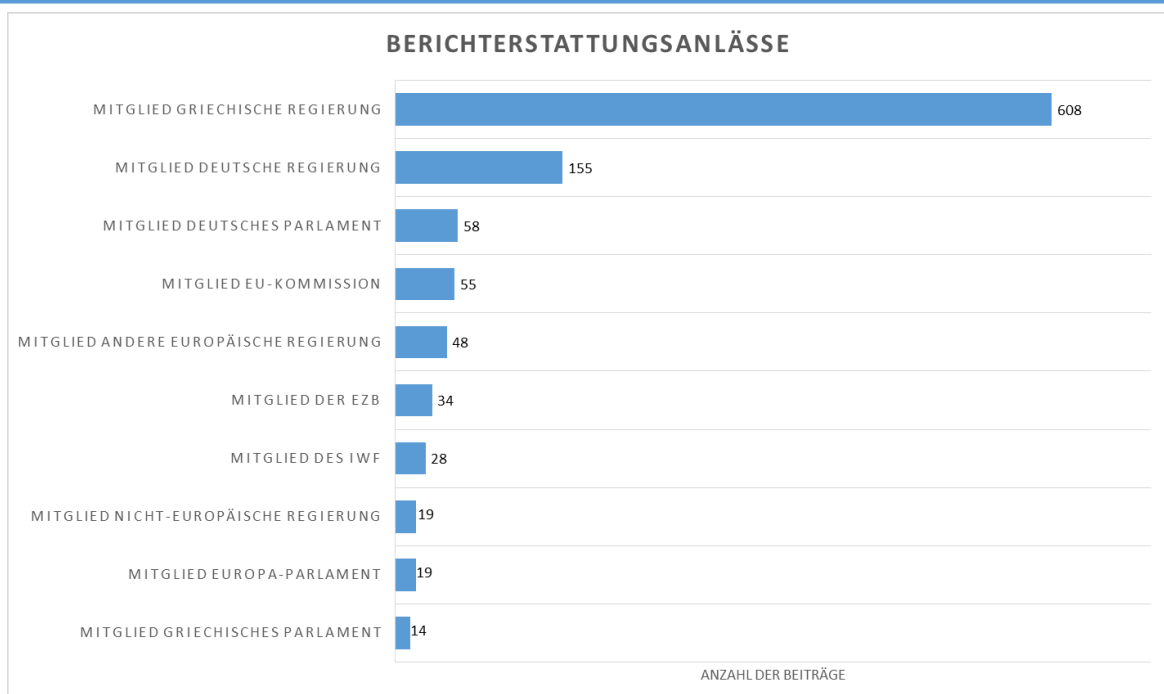


Abbildung 4: Berichterstattungsanlässe

Anlass für die meisten Artikel waren Aussagen und Aktivitäten der griechischen Regierung, in den meisten Fällen von Finanzminister Yanis Varoufakis

und Premierminister Alexis Tsipras. 58,6 Prozent der Artikel mit Akteuren als Berichterstattungsanlass waren erkennbar auf sie zurückzuführen. An zweiter Stelle standen Mitglieder der deutschen Regierung mit 14,9 Prozent der Artikel (eine Differenzierung der Personen aus der deutschen und der griechischen Regierung, die Aussagen trafen, erfolgt in Kap. 7.2.4.).

Mitglieder anderer europäischer Regierungen, zu denen z.B. die Euro-Finanzminister gezählt wurden, traten in nur 4,6 Prozent der Artikel als Berichterstattungsanlass auf. Am häufigsten traten in dieser Gruppe der Eurogruppen-Vorsitzende und niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, der britische Premierminister David Cameron und der französische Präsident François Hollande als Anlassgeber auf. Häufiger schlossen sich Artikel an Aussagen und Aktivitäten von Mitgliedern der EU-Kommission an, dies war in 5,3 Prozent der Artikel der Fall. Am häufigsten genannt wurde hier EU-Kommissionspräsident Jean Claude Jucker und mit großem Abstand Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici. In 5,6 Prozent der Fälle gaben Mitglieder des Bundestages Anlass zur Berichterstattung. Hier traten am häufigsten die CDU und ihr Fraktionschef Volker Kauder, der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach sowie die Linken-Politikerin Sarah Wagenknecht auf. Erheblich seltener bezogen sich die Artikel auf Mitglieder des griechischen Parlaments (1,3 Prozent) oder des Europäischen Parlaments (1,8 Prozent). Auch die beiden in der griechischen Staatsschuldenkrise neben der EU zentralen Institutionen Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) waren nur äußerst selten Anlass für die Berichterstattung in den untersuchten Medien. 3,3 Prozent der Artikel hatten Aktivitäten oder Äußerungen der EZB als Anlass, nur 2,7 Prozent den IWF (vgl. Abbildung 4).

Dies zeigt zum einen, dass die Berichterstattung sehr stark regierungsgeprägt war. 79,9 Prozent der Artikel bezogen sich auf Aussagen und Aktivitäten von Regierungen, nur 8,7 auf parlamentarische Akteure. Europäische Akteure und zentrale Organisationen wie EZB und IWF waren entgegen ihrer Rolle in der griechischen Staatsschuldenkrise stark unterrepräsentiert. Zwei nationale Akteure, die griechische und die deutsche Regierung, standen erkennbar im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Die untersuchten Medien stellten durch ihre bi-nationale Berichterstattung einen bi-nationalen Konflikt dar. Von einer europäisierten Öffentlichkeit kann angesichts der von den Medien gewählten Berichterstattungsanlässe kaum gesprochen werden.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Medien zeigte sich diese bi-nationale Darstellung besonders stark bei der „Bild“, die mit 23,6 Prozent ihrer Artikel auch am häufigsten auf die deutsche Regierung rekurrierte. Die beiden Springer-Titel „Bild“ und „Welt“ bezogen sich auch mit 9,7 bzw. 10,7 Prozent ihrer Artikel am häufigsten auf Mitglieder des Deutschen Bundesta-

ges. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wurden Aussagen und Aktivitäten der deutschen Regierung am seltensten zum Anlass für Berichterstattung genommen. „Die Welt“ bezog sich unter den untersuchten Medien noch am häufigsten auf internationale und europäische Akteure, wie EU-Kommission, EZB und IWF (vgl. Abbildung 5).

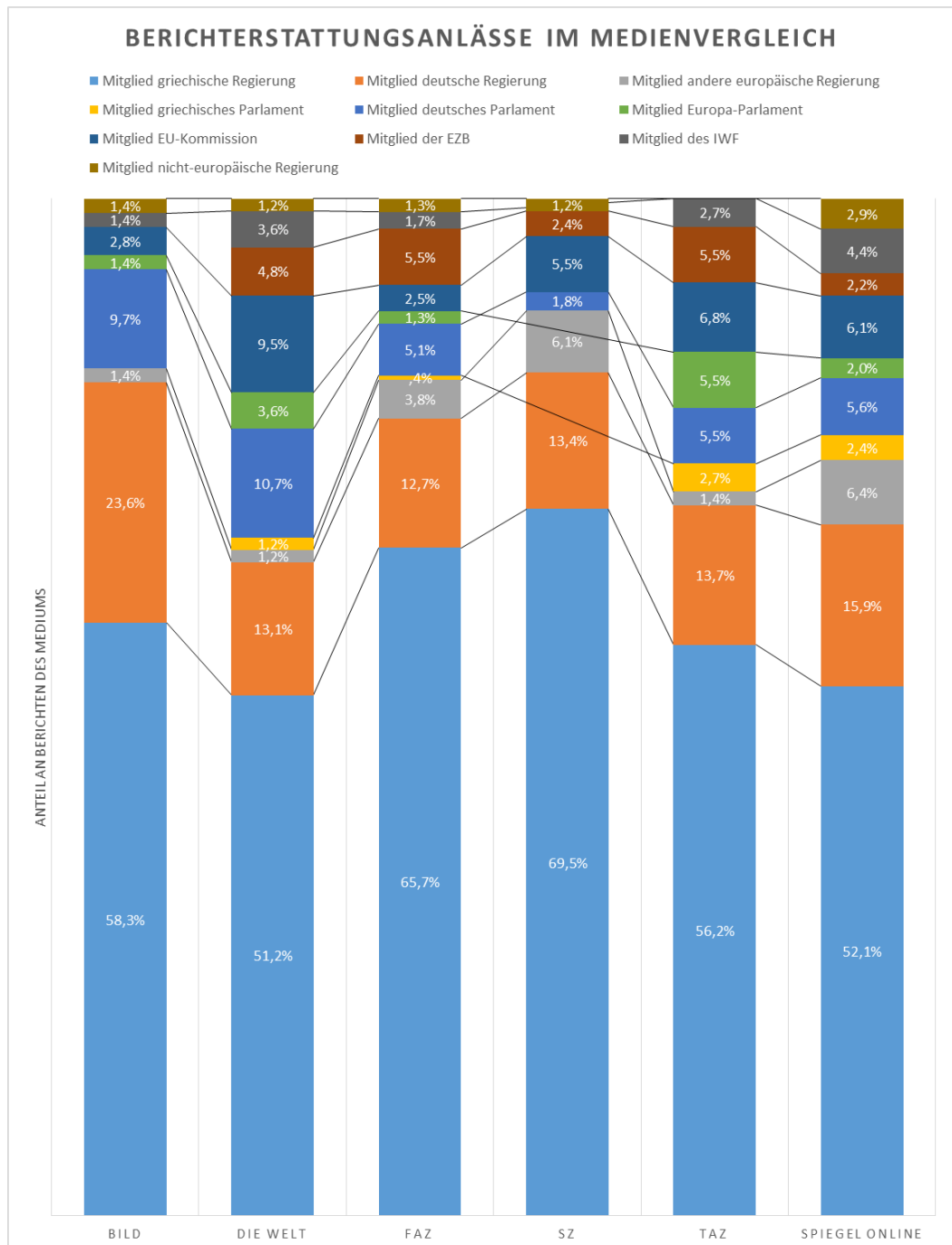


Abbildung 5: Berichterstattungsanlässe im Vergleich zwischen den Medien
 Prozentwerte jeweils für jedes Medium

Im zeitlichen Verlauf bewegten sich die Anteile, insbesondere der griechischen und der deutschen Regierung, weitestgehend homogen auf hohem Niveau. Insgesamt nahm der Anteil der griechischen Regierung als Anlass für die Berichterstattung leicht ab von mehr als 60 Prozent im Februar auf 50 Prozent im Juni 2015.

Der Anteil internationaler Akteure, insbesondere der EU-Kommission als Anlassgeber nahm im gleichen Zeitraum leicht zu bis auf 10 Prozent im Juni 2015 (vgl. Anhang 5). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass sich EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker ab Juni stärker in die Verhandlungen einbrachte, als diese ins Stocken gerieten und vor dem Sondertreffen der EU Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 zu vermitteln versuchte.

Auffällig ist auch, dass Mitglieder des Deutschen Bundestages nur in den Phasen eine größere Rolle als Anlassgeber für Berichterstattung spielten, in denen ein Parlamentsbeschluss des Deutschen Bundestages anstand. Das war Ende Februar 2015 der Fall und Ende Juni 2015, als eine Abstimmung des Bundestages über eine möglicherweise doch noch zustande kommende Einigung geplant war.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Aussagen der griechischen Regierung die Journalisten der untersuchten Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise am häufigsten zu einer Berichterstattung veranlassten. Auf ihr lag ein besonderes Augenmerk und nahezu jedwede Äußerung der griechischen Regierung wurde durch die Journalisten der Medien zur Diskussion gestellt. Es folgte eine Konfrontation zu deutschen Regierungsakteuren, wie in Kap. 7.2.4. vertieft erläutert wird. Aussagen europäischer Akteure, insbesondere des Europäischen Parlaments und seiner Mitglieder, wurden kaum beachtet und zum Anlass für Berichterstattung genommen. Aber auch die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank waren nur selten Anlass für die wirtschaftspolitische Berichterstattung. Dies spricht für ein geringes Ausmaß einer europäisierten Öffentlichkeit in der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise.

7.2.2. Akteursfokus in der Berichterstattung

Bei der Erhebung wurde erfasst, ob ein Artikel ein Sachthema oder einen Akteur in seinen Mittelpunkt stellte. Die Bewertung durch die Codierer erfolgte auf einer fünfstufigen Skala. Mit einer 1 wurde ein klares Sachthema und somit keine Personalisierung im Artikel gekennzeichnet, eine 5 wurde

einem ausschließlichen Akteursfokus mit sehr starker Personalisierung zugeordnet. Eine 3 bedeutet, dass der Artikel Akteurs- und Sachbezug gleichermaßen stark herstellte und somit nur eine mittlere Personalisierung festzustellen ist. Die Werte 2 und 4 sind Abstufungen der jeweiligen Extreme hin zur Mitte. An dieser Variable ist die Akteurs- oder Themenfokussierung der Berichterstattung ablesbar.

Die Mehrheit der Artikel wies ein klares Sachthema (27,1 Prozent) oder ein überwiegendes Sachthema (32,7 Prozent) auf. Fast 60 Prozent der Artikel personalisierten demnach gar nicht oder nur in geringem Ausmaß. Bei 21,8 Prozent der Artikel waren Sachthema- und Personalisierung im gleichen Rahmen thematisiert. Eine starke (12,8 Prozent) oder sehr starke Personalisierung (5,5 Prozent) fand sich insgesamt in unter 20 Prozent der Artikel.

Die Artikel mit einer sehr starken Personalisierung bezogen sich in den meisten Fällen auf den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis und am zweithäufigsten auf Ministerpräsident Alexis Tsipras. Es wurde das persönliche Verhalten in Verhandlungen analysiert und interpretiert, der Konflikt zwischen den Finanzministern Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble auf einer persönlichen, teils psychologischen Ebene beschrieben, oder persönliche Merkmale der Akteure vertieft dargestellt. Alexis Tsipras wurde beispielsweise in seiner Regierungsführung mit einer Sphinx verglichen, Yanis Varoufakis als doppelgesichtig, dreist, hochintelligent und stolz. In einigen dieser Artikel, die sehr stark auf Yanis Varoufakis personalisierten, geht es auch um eine Homestory und um ein Video, in dem er Deutschland den Mittelfinger gezeigt haben soll.

In anderen Artikeln mit starker Personalisierung wurde einzelne Akteure vorgestellt, teilweise porträtiert, und ihre Rolle im Konflikt spezifisch beschrieben. Das betrifft u.a. den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach, den Vorsitzenden der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem oder EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker.

Der Mittelwert auf dieser Skala von 1 (keine Personalisierung) bis 5 (sehr starke Personalisierung) liegt bei 2,37, der Median liegt bei 2, also einer geringen Personalisierung und einem Überwiegen des Sachbezugs.

Im Vergleich zwischen den Medien zeigen sich indes erhebliche Unterschiede. Eine starke bis sehr starke Personalisierung findet sich bei der „Bild“ in zusammen 29,4 Prozent der Artikel, bei der „Welt“ sogar bei 36,7 Prozent der Artikel. Bei allen anderen Medien lag der Anteil starker oder sehr starker Personalisierung zwischen 14,3 und 16,5 Prozent aller Artikel des Mediums. Der Vergleich der Mittelwerte und Mediane auf diese fünfstufigen Skala bestätigten diesen Trend: Bei der „Bild“ lag der Mittelwert bei 3,01 und bei der „Welt“ lag er bei 2,79. Am geringsten war er bei der „FAZ“ mit 2,20, es folgten die „taz“ mit 2,25, „Spiegel Online“ mit 2,30 und die „Süddeutsche Zeitung“ mit 2,47 (vgl. Anhang 6). Bei allen Zeitungen lag der Median bei 2, außer bei „Bild“ und „Welt“, hier lag er bei 3. In den stark

personalisierenden Artikeln der „Bild“ und der „Welt“ ging es mehrheitlich um den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis und den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras. Teilweise wurden auch die Verhandlungen aus der Perspektive deutscher Politiker (Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble oder Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel) personalisiert dargestellt.

Wie zu erwarten fand sich ein Akteursfokus mit einer starken oder sehr starken Personalisierung besonders stark ausgeprägt bei der untersuchten Boulevardzeitung „Bild“. Aber auch in der zum gleichen Verlag gehörende Qualitätszeitung „Die Welt“ fand sich eine sehr starke Personalisierung in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Andere untersuchte Qualitäts- und Onlinemedien setzten Personalisierung in ihrer Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise erheblich seltener ein. Das untersuchte Onlinemedium „Spiegel Online“ personalisierte ebenso zurückhaltend wie die Mehrzahl der Qualitätsmedien.

Im zeitlichen Verlauf fällt zudem auf, dass die Personalisierung besonders stark im März 2015 auftrat. Der prozentuale Anteil starker und ausschließlich personalisierender Artikel an der Gesamtberichterstattung lag hier bei 23,7 Prozent. In allen anderen untersuchten Monaten waren es unter 18 Prozent. Nach den Verhandlungen Ende Februar 2015 nahm in den deutschen Medien das Interesse an dem griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis erkennbar zu. Vielbeachtet und medial häufig aufgegriffen wurde sein Auftritt in der Sendung „Günther Jauch“ am 15.3.15, bei der eine Diskussion darüber entstand, ob Yanis Varoufakis Deutschland den Mittelfinger zeigte. Die Person Yanis Varoufakis geriet dabei zunehmend in den Mittelpunkt. Verstärkt wurde dies durch eine Homestory mit der französischen Illustrierten „Paris Match“ am 14.3.15, die private Fotos zeigte. Beide Medienereignisse waren erkennbar ursächlich für die erhöhte Personalisierung in Medienberichten im März 2015. Gleichzeitig wurde er mehrfach als Gegenmodell zum deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble dargestellt. Neben unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen wurden nun auch persönliche Merkmale verglichen. Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis wurde dabei als kultiger „Weltökonom“ beschrieben. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hingegen als „Schrebergärtner“.

Es kann zusammenfassend festgestellt werden, dass in den meisten untersuchten Artikeln kaum personalisiert wurde, „Bild“ und „Welt“ jedoch durch starke und sehr starke Personalisierungen aufgefallen sind. Sie verließen häufiger als die anderen untersuchten Medien die Sachebene. Im Fokus der Personalisierung standen die griechische Regierung und insbesondere der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Durch Interviews und Homestories verstärkte er diesen Trend zu einem verstärkten Interesse an seiner

Person. Der inhaltliche Konflikt zwischen dem deutschen und dem griechischen Finanzminister wurde auf persönlicher Ebene medial verarbeitet. Ein sachlicher Konflikt zwischen Deutschlands und Griechenlands Regierung wurde in der deutschen Medienöffentlichkeit, insbesondere in „Bild“ und „Welt“, zu einem persönlichen Konflikt umgedeutet. Dies verstellte den Blick für sachliche Lösungen in diesen Medien und der durch sie hergestellten Öffentlichkeit.

7.2.3. Bezüge auf griechische und deutsche Akteure

Die Erhebung erfasste, wie häufig innerhalb eines Artikels auf griechische, deutsche und andere Entscheidungsträger eingegangen wurde. Bezogen wurde sich hierbei auf die Häufigkeit der Nennung von Namen griechischer, deutscher oder anderer Entscheidungsträger innerhalb eines Artikels. Die Skala reichte von 1 (gar nicht) bis 5 (sehr häufig). Erfasst man die Summe der Werte, die in dieser Variable gemessen wurde und teilt sie durch die Anzahl der erfassten Artikel, so kann eine mittlere Berichterstattungshäufigkeit für jeden Akteur und jedes Medium angegeben werden. Je näher dieser Wert an die Zahl 1 heranreicht, umso seltener wurde über einen Akteur innerhalb eines Artikels Bezug genommen, je näher der Wert an der 5 ist, umso häufiger wurde innerhalb eines Artikels Bezug genommen.

Am intensivsten wurde auf griechische Entscheidungsträger (hauptsächlich auf den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras und den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis) Bezug genommen (Mittelwert 2,39). Es folgten andere Entscheidungsträger (Mittelwert 2,16). Hierzu wurden alle nicht-deutschen und nicht-griechischen Akteure gezählt. Die meisten dieser Artikel beziehen sich auf den Eurogruppen-Vorsitzenden, den EU-Kommissionspräsidenten und die IWF-Präsidentin. Einzelne Artikel hatten auch Bezüge zu anderen europäischen und internationalen Regierungsvertretern. Deutsche Entscheidungsträger wurden weniger intensiv dargestellt (Mittelwert 1,65). Die häufigsten Bezüge gab es hier auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

„Bild“ ist das Medium, bei dem am stärksten auf deutsche Entscheidungsträger Bezug genommen wurde (Mittelwert 2,02). Bei der „FAZ“ war das am seltensten der Fall (Mittelwert 1,55). Auf griechische Entscheidungsträger wurde bei der „Welt“ am häufigsten Bezug genommen (Mittelwert 2,65), es folgte die „taz“ (Mittelwert 2,62) (vgl. Anhang 7).

Wenn auf griechische Entscheidungsträger häufig oder sehr häufig innerhalb eines Artikels eingegangen wurde, fanden sich bei „Bild“ und „Welt“

vergleichsweise oft auch häufige oder sehr häufige Bezüge auf deutsche Akteure. Bei der „Bild“ trat dieses Phänomen in 7,2 Prozent der Artikel auf, bei der „Welt“ in fünf Prozent der Artikel, bei allen anderen Medien in unter 2,8 Prozent der Artikel. Bei der „Bild“ ergab sich zwischen der Häufigkeit der Berichterstattung über griechische und deutsche Entscheidungsträger ein höchst signifikanter mittlerer Zusammenhang. Es wurde ein Korrelationskoeffizient (nach Spearman) von $r=0,43$ gemessen (Signifikanz 0,000). Bei der „Welt“ war ein gemessener Zusammenhang von $r=0,28$ ebenfalls höchst signifikant. Bei allen anderen Medien wurden geringere oder keine signifikanten Zusammenhänge gemessen. „Bild“ und „Welt“ setzten demnach erkennbar auf eine bipolare Akteurskonstellation, in der griechischen Akteuren häufiger als in anderen Medien deutsche Akteure gegenübergestellt wurden. Je häufiger ein griechischer Akteur in einem Artikel genannt wurde, umso häufiger wurden in diesen Medien auch deutsche Akteure genannt. Bei anderen Medien ist eine solche Konstellation anhand der Nennungen nicht in diesem Maße ausgeprägt.

Die Artikel, in denen eine häufige Nennung griechischer und deutscher Akteure gleichzeitig auftreten, bezogen sich im Wesentlichen auf die Konfrontation zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras sowie den Konflikt zwischen den Finanzministern Wolfgang Schäuble und Yanis Varoufakis (vgl. auch Kap. 7.2.4.). In der „Bild“ wurden häufig aus der Perspektive von Bundeskanzlerin Angela Merkel Verhandlungstage und Treffen beschrieben, teilweise in Form von Protokollen. Dabei wurden die Akteure Deutschlands und Griechenlands häufig benannt und konfrontativ gegenübergestellt.

Es kann zusammenfassend festgestellt werden, dass griechische Akteure im Vergleich zu anderen Akteuren in der griechischen Staatsschuldenkrise am häufigsten und intensivsten in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung behandelt wurden. Deutsche Entscheidungsträger wurden insgesamt weniger intensiv dargestellt, in „Bild“ und „Welt“ wurden jedoch deutschen Akteuren besonders häufig griechischen Akteuren gegenübergestellt. Im Mittelpunkt der Berichterstattung der beiden Zeitungen standen der bipolare Akteurskonflikt zwischen deutscher und griechischer Regierung. Eine ausgewogene und vielfältige Darstellung von Akteuren fand so nicht statt. Europäische Akteure spielten kaum eine Rolle, sie wurden nur in geringer Intensität in der Berichterstattung dargestellt, was gegen eine erkennbar ausgeprägte europäisierte Medienöffentlichkeit in der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise spricht.

7.2.4. Attributionssender und -empfänger

In einem nächsten Schritt wurde erfasst, wer über wen in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise eine Aussage traf. Der Akteur, der die Aussage traf, wird als Attributionssender bezeichnet, der Akteur, über den gesprochen wurde, wird als Attributionsadressat bezeichnet. Aussagen werden hier nicht als wörtliche Zitate verstanden, sondern können auch indirekt im Text eines Artikels erfolgen (z.B. „Schäuble zeigte Unverständnis für Tsipras' Auftritt.“). Erfasst wurde dies für die Regierungschefs und Finanzminister der Länder Griechenland und Deutschland, Alexis Tsipras, Yanis Varoufakis, Angela Merkel und Wolfgang Schäuble jeweils durch eine eigene Variable sowie als Sammelvariable für alle übrigen Akteure.

Insgesamt traten andere Akteure 865-mal als Attributionssender und 618-mal als Attributionsadressaten auf. Die vier genannten Akteure aus deutschen und griechischen Regierung brachten es jedoch zusammen auf beachtliche 426 Nennungen als Attributionssender und wurden 907-mal adressiert. Sie wurden demnach also insgesamt erheblich häufiger adressiert, als sie selbst aussandten.

Am häufigsten wurde der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras adressiert. Über ihn wurden in 484 Artikeln Aussagen getroffen. Erheblich seltener, nämlich 138-mal, und damit immer noch am häufigsten unter den untersuchten Politikern, trat er als Sender auf. In der Mehrzahl dieser Artikel bezogen sich Aussagen auf andere Akteure (115-mal), 76-mal auf ihn selbst. Er adressierte häufiger an Bundeskanzlerin Angela Merkel (31-mal) als an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (11-mal). Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde in 209 Artikeln adressiert, sendete aber in nur 55 Artikeln. Die Aussagen Angela Merkels betrafen im Gegenzug am häufigsten den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras (43-mal) und am seltensten ihren eigenen Finanzminister (5-mal). Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble trat in deutschen Medien 124-mal als Attributionssender auf und damit mehr als doppelt so oft wie die Bundeskanzlerin. Er wurde als einziger Politiker seltener adressiert als er sendete. In Artikeln in denen er sendete, wurden Alexis Tsipras (77-mal) und Yanis Varoufakis (71-mal) ähnlich häufig adressiert. Der griechische Finanzminister traf am häufigsten Aussagen über seine eigene Regierung. Wurden Aussagen über deutsche Akteure getroffen, so betrafen sie eher Wolfgang Schäuble als Angela Merkel (vgl. Abbildung 6).

		Attributionssender					Gesamt
		Alexis Tsipras	Yanis Varoufakis	Angela Merkel	Wolfgang Schäuble	Andere	
Attributionsadressaten	Alexis Tsipras	76	38	43	77	434	484
	Yanis Varoufakis	21	52	9	71	181	209
	Angela Merkel	31	21	17	14	119	138
	Wolfgang Schäuble	11	30	5	34	64	76
	Andere	115	76	30	56	545	618
	Gesamt	138	109	55	124	865	997

Abbildung 6: Attributionssender und -empfänger Mehrfachantworten, beobachtete Häufigkeiten

Auch diese Daten zeigen, dass ein Konflikt zwischen den Finanzministern Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble in den untersuchten deutschen Medien aufgebaut wurde. Aussagen übereinander traten zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras in geringerem Umfang auf (74-mal) als zwischen Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble (101-mal). Der Konflikt zwischen den Finanzministern spielte in der deutschen Berichterstattung eine größere Rolle als Aussagen zwischen den Regierungschefs.

Die Akteursbeziehung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Alexis Tsipras wurde in den Artikeln weitestgehend harmonisch dargestellt. Denn die Bewertung der Regierungen Deutschlands und Griechenlands unterschied sich in den journalistischen Artikeln zwischen den dargestellten Akteurskonstellationen: Gab es gegenseitige Attribuierungen zwischen Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble wurde die griechische Regierung in 64,4 Prozent und die deutsche Regierung in 51,9 Prozent der Artikel negativ dargestellt. Bei gegenseitigen Attribuierungen zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras war die Bewertung der beiden Regierungen weit weniger negativ: Die griechische Regierung wurde nur in 58,1 Prozent der Artikel negativ dargestellt, die deutsche in nur 33,3 Prozent.

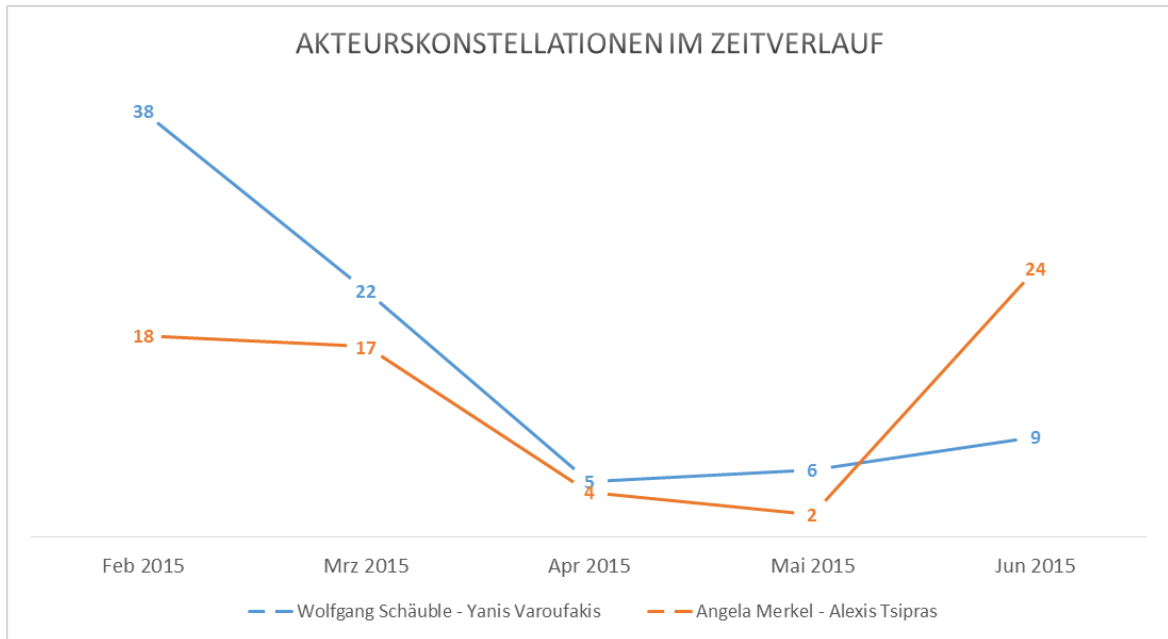


Abbildung 7: Akteurskonstellationen im Zeitverlauf
Beobachtete Häufigkeiten

Zwischen den Finanzministern wurde demnach also ein Konflikt dargestellt, der für kritische Berichterstattung über beide Regierungen herangezogen wurde. In der Akteurskonstellation zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras war dies erheblich seltener der Fall. Diese Beziehung wurde viel harmonischer dargestellt.

Im zeitlichen Verlauf ist erkennbar, dass der Konflikt zwischen Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble von Februar bis Mai 2015 die Berichterstattung dominierte. Erst im Juni 2015 wurde über diesen Konflikt weniger berichtet und die Konstellation Angela Merkel - Alexis Tsipras gewann in der Berichterstattung an Bedeutung. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Alexis Tsipras seinen Finanzminister Yanis Varoufakis nach dem Treffen der Eurogruppe in Riga am 24.4.2015 aus den weiteren Verhandlungen mit den Geldgebern abgezogen hat. Die wichtigen Verhandlungen wurden nun direkt zwischen den Regierungschefs geführt, weshalb die Konstellation Angela Merkel - Alexis Tsipras an Bedeutung gewonnen hat, wie sich auch in den Daten zeigt (vgl. Abbildung 7).

An den dargestellten Konstellationen von Attributionsendern und -empfängern sind zudem weitere Trends erkennbar:

1. Es wurden erheblich häufiger Aussagen über die griechische Regierung gemacht, als dass diese zu Wort kam.
2. Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras und der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis standen im Fokus der Berichterstattung.

3. Aussagen verliefen weitestgehend auf gleicher Hierarchieebene: Regierungschef/in zu Regierungschef/in, Finanzminister zu Finanzminister.
4. Andere Akteure konnten häufig Aussagen treffen, diese bezogen sich aber in den meisten Fällen auf die vier Hauptakteure Angela Merkel, Alexis Tsipras, Wolfgang Schäuble und Yanis Varoufakis.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Medien ist auffällig, dass Aussagen von Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis in Artikeln in „Bild“ und „Welt“ unterdurchschnittlich selten vorkamen. Nur 5,3 Prozent der Artikel in „Bild“ und 4,7 Prozent der Artikel in der „Welt“ beinhalteten Aussagen von Alexis Tsipras, 5,0 und 9,2 Prozent der Artikel beinhalteten Aussagen von Yanis Varoufakis. Bei anderen untersuchten Medien erreichten sie erheblich höhere Zahlen. Bei „Spiegel Online“ waren in 40 Prozent der Artikel Aussagen von Alexis Tsipras und in 55,8 Prozent der Artikel von Yanis Varoufakis enthalten. In „Bild“ und „Welt“ wurden jedoch in vielen Artikeln Aussagen über Alexis Tsipras getroffen – in so hohen Anteilen wie bei keinem anderen Medium. In der „Bild“ wurden in 53,5 Prozent der Artikel Aussagen über Alexis Tsipras getroffen, bei der „Welt“ sogar in 65,6 Prozent. Bei allen anderen Medien lagen die Werte unter 50 Prozent (vgl. Anhang 8).

Dem hohen Anteil der wirtschaftspolitischen Berichterstattung, in der Aussagen über die zentralen Politiker der griechischen Regierung gemacht wurden, standen bei den untersuchten Medien des Springer-Verlags demnach nur wenige Artikel gegenüber, in denen Aussagen der griechischen Regierung verbreitet wurden.

Zusammengefasst heißt das, dass in der untersuchten deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise auf wenige Akteure und Akteurskonstellationen fokussiert wurde. Die deutschen und griechischen Regierungschefs und Finanzminister standen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Zwischen den Finanzministern wurde ein Konflikt dargestellt, der im Ergebnis zu negativer Berichterstattung über beide Regierungen führte. Zwischen den Regierungschefs wurde eine harmonischere Konstellation dargestellt, die im Juni 2015 erheblich an Bedeutung gewann. In „Bild“ und „Welt“ wurde häufiger über Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis geschrieben und die Aussagen, die andere über sie trafen, als dass ihre Aussagen abgedruckt wurden. Diese Gegenüberstellung lässt erkennen, dass diese Akteure nicht gleich behandelt wurden und das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit teilweise nicht erfüllt wurde.

7.2.5. Zitatgeber

Neben Aussagen, die auch indirekt in einem journalistischen Text weitergegeben werden können, werden Positionen von Akteuren in der Regel durch wörtliche Rede in Zitaten weitergegeben. Zitate fanden in der untersuchten Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise jedoch nur selten in die journalistischen Artikel. In 41,7 Prozent der Artikel (599) kamen Akteure kaum oder gar nicht (23,2 Prozent, 333 Artikel) durch Zitate zu Wort. Hier gab es einen Zusammenhang mit den gewählten Darstellungsformen der Berichterstattung. Da Nachrichten und kurze Berichte sowie Kommentare in der Regel auf wörtliche Rede verzichten, konnte sie in einem großen Anteil der Artikel auch nicht aufgefunden werden. 505 Artikel (35,1 Prozent) enthielten mehrere Zitate, hier kamen Akteure also häufig oder sehr häufig zu Wort. In 26,7 Prozent der Artikel mit Zitaten kamen hauptsächlich Akteure griechischer Herkunft zu Wort, in 50 Prozent der Artikel waren es Akteure einer anderen Herkunft, die hauptsächlich zu Wort kamen. Nur in 23,4 Prozent der Artikel konnte ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Zitatgebern unterschiedlicher Herkunft vorgefunden werden (vgl. Anhang 9).

Im Medienvergleich setzte sich die oben bereits erkannte Tendenz zu einer besonders unausgewogenen Berichterstattung bei „Bild“ und „Welt“ fort. Eine ausgewogene Verteilung der Zitate fand bei „Bild“ nur in 16,2 Prozent der Artikel statt, bei der „Welt“ nur in 16,5 Prozent. Bei allen anderen Medien lagen die Werte hier über 22 Prozent. Bei der „Süddeutschen Zeitung“ wurde in 31,5 Prozent der Artikel ein ausgewogenes Verhältnis bei der Verteilung von Zitaten aufgefunden. Angesichts des vergleichsweise hohen Anteils einer ausgewogenen Verteilung, überraschte der geringe Anteil an einem Schwerpunkt griechischer Akteure bei den Zitaten in den Artikeln in der „Süddeutschen Zeitung“ auch nicht. Den geringsten Anteil der Artikel, in denen am häufigsten griechische Akteure zu Wort kommen, fand sich bei der „Bild“ mit 13,5 Prozent. Nach der „Süddeutschen Zeitung“ folgte hier die „Welt“ mit 19 Prozent. Bei „Bild“ und „Welt“ dominierten dafür am häufigsten andere Akteure mit Zitaten in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise (vgl. Abbildung 8).

Im Zusammenhang mit der oben aufgezeigten Verwendung von Akteuren als Attributionssender und -empfänger in der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise, verwundern die Ergebnisse nicht: Griechische Akteure kamen in der Berichterstattung nicht oder nur selten so oft zu Wort wie andere Akteure. Dementsprechend wurden erheblich häufiger Aussagen über sie verbreitet, als dass ihre Aussagen verbreitet wurden. Dieses Phänomen war besonders deutlich bei „Bild“ und „Welt“ zu beobachten.

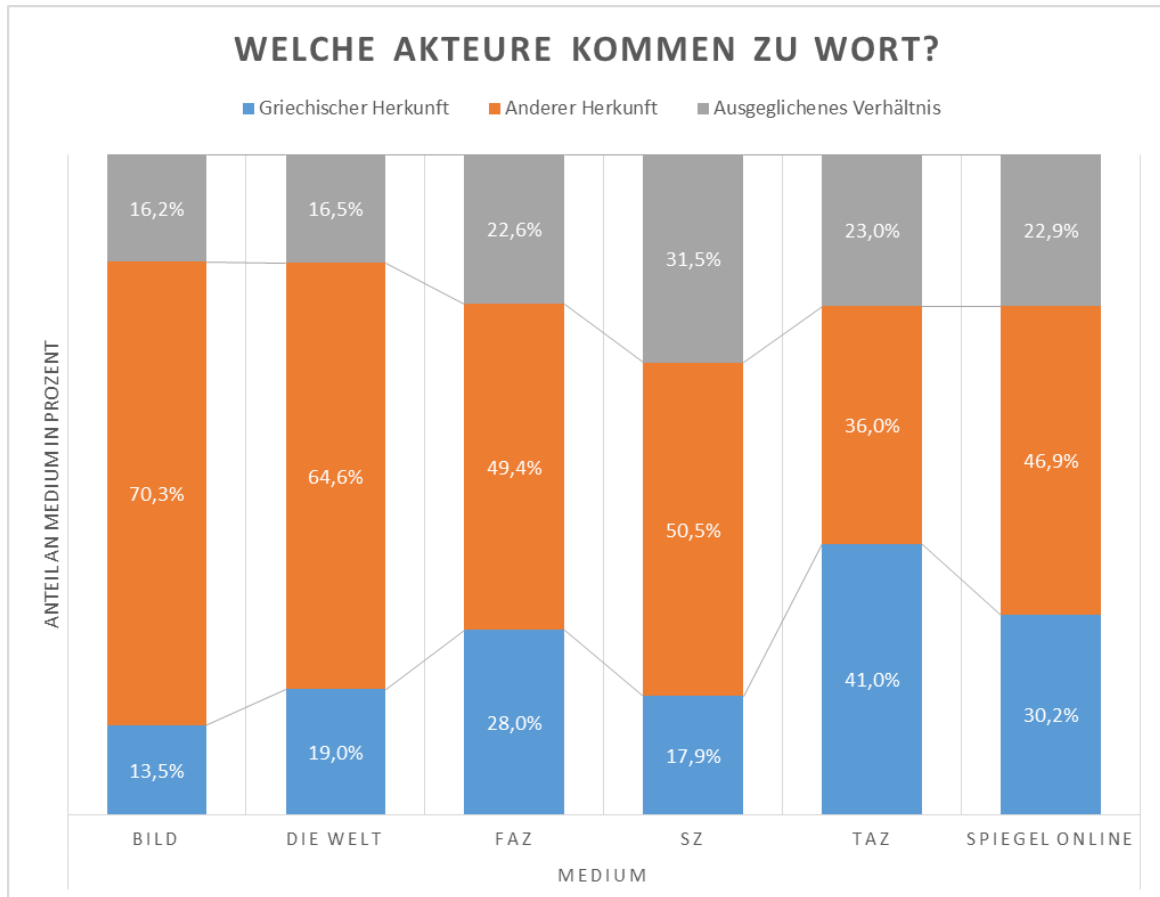


Abbildung 8: Zitatgeber im Vergleich zwischen den Medien
Relative Werte jeweils für jedes Medium

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass nur wenige Artikel ein ausgeglichenes Verhältnis von Zitatgebern aufwiesen. Die griechische Regierung wurde in der Berichterstattung, in der es um eine griechische Staatsschuldenkrise ging, medienübergreifend seltener zitiert als andere Akteure. Das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit wurde in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise bei der Auswahl von Zitatgebern daher nur in begrenztem Maße erfüllt. Die Medien „Bild“ und „Welt“ zitierten sehr unausgewogen. Andere Medien, wie „Süddeutsche Zeitung“, „taz“ und „Spiegel Online“ achteten häufiger auf ein ausgewogenes Verhältnis der zitierten Akteure und ließen auch häufiger griechische Akteure zu Wort kommen.

7.3. Meinungsorientierung der Berichterstattung

Die Meinungen und Bewertungen innerhalb der Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise gegenüber der griechischen, aber auch der deutschen Regierung werden in diesem Absatz näher beleuchtet. Dabei wird zunächst auf Wertungen gegenüber der griechischen und der deutschen Regierung eingegangen, danach werden diese Wertungen zwischen den untersuchten Medien, Darstellungsformen und mit den unterschiedlichen Berichterstattungsanlässen verglichen. Anschließend wird gezeigt, welche Wertungen von Zitatgebern in die Berichterstattung einfließen und ob sich die Artikel von diesen abgrenzen oder sie übernehmen. Schließlich wird gezeigt, wie häufig Journalisten selbst bewerten und ob sie dies nur in der dafür vorgesehen Darstellungsform Kommentar tun.

7.3.1. Wertungen der griechischen und der deutschen Regierung

Mit Negativismus ist in der politischen Berichterstattung eine überwiegend kritische Darstellung und Beurteilung von Sachverhalten, Vorgängen, Institutionen und Akteuren gemeint. Hierbei geht es vor allem um eine kritische Gesamttendenz eines journalistischen Artikels (vgl. Neller 1999: 45f.). Insgesamt weisen etwa ein Drittel aller Artikel (36,1 Prozent, 501) eine kritische Gesamttendenz auf. Der geringste Anteil negativer Berichterstattung lag bei „Spiegel Online“ vor. Hier waren 29,7 Prozent der Artikel in ihrer Gesamttendenz negativ. An zweiter Stelle steht die „FAZ“, bei der 34,2 Prozent der Artikel als negativ eingestuft wurden. Den stärksten Negativismus fanden wir bei „Bild“ vor, 57,6 Prozent und damit mehr als die Hälfte der Artikel waren in ihrer Gesamttendenz negativ geprägt. Es folgten „taz“ (47,5 Prozent) und „Welt“ (42,9 Prozent) (vgl. Anhang 10).

Bei „Bild“ wurde den negativen Artikeln zudem eine höhere Bedeutung zugemessen als anderen Artikeln. Sie standen im Durchschnitt auf Seite 2,10, während nicht-negative Artikel auf Seite 3,11 standen. Auch bei der „Welt“ war diese Tendenz stark ausgeprägt: Negative Artikel standen auf Position 8,77, während nicht-negative auf Position 10,38 standen. Auch bei der „Süddeutschen Zeitung“ waren negative Artikel (Position 6,86) prominenter positioniert als andere (Position 9,12). Bei „taz“ und „FAZ“ war es umgekehrt. Hier sind nicht-negative Artikel prominenter positioniert (vgl. Anhang 11).

Diese negative Gesamttendenz der Berichterstattung war in den meisten Fällen auf negative Bewertungen gegenüber Griechenlands Regierung zu-

rückzuführen. Es wurde ermittelt, in wie vielen Artikeln die griechische Regierung mehrheitlich durch positive oder negative Adjektive oder ausgewogen bewertet wurde. In 50,9 Prozent (306) der 601 Artikel mit Bewertung der griechischen Regierung durch Adjektive, war diese Bewertung negativ. In nur 16,6 Prozent (100) der Artikel war sie positiv und in 32,4 Prozent (195) ausgewogen.

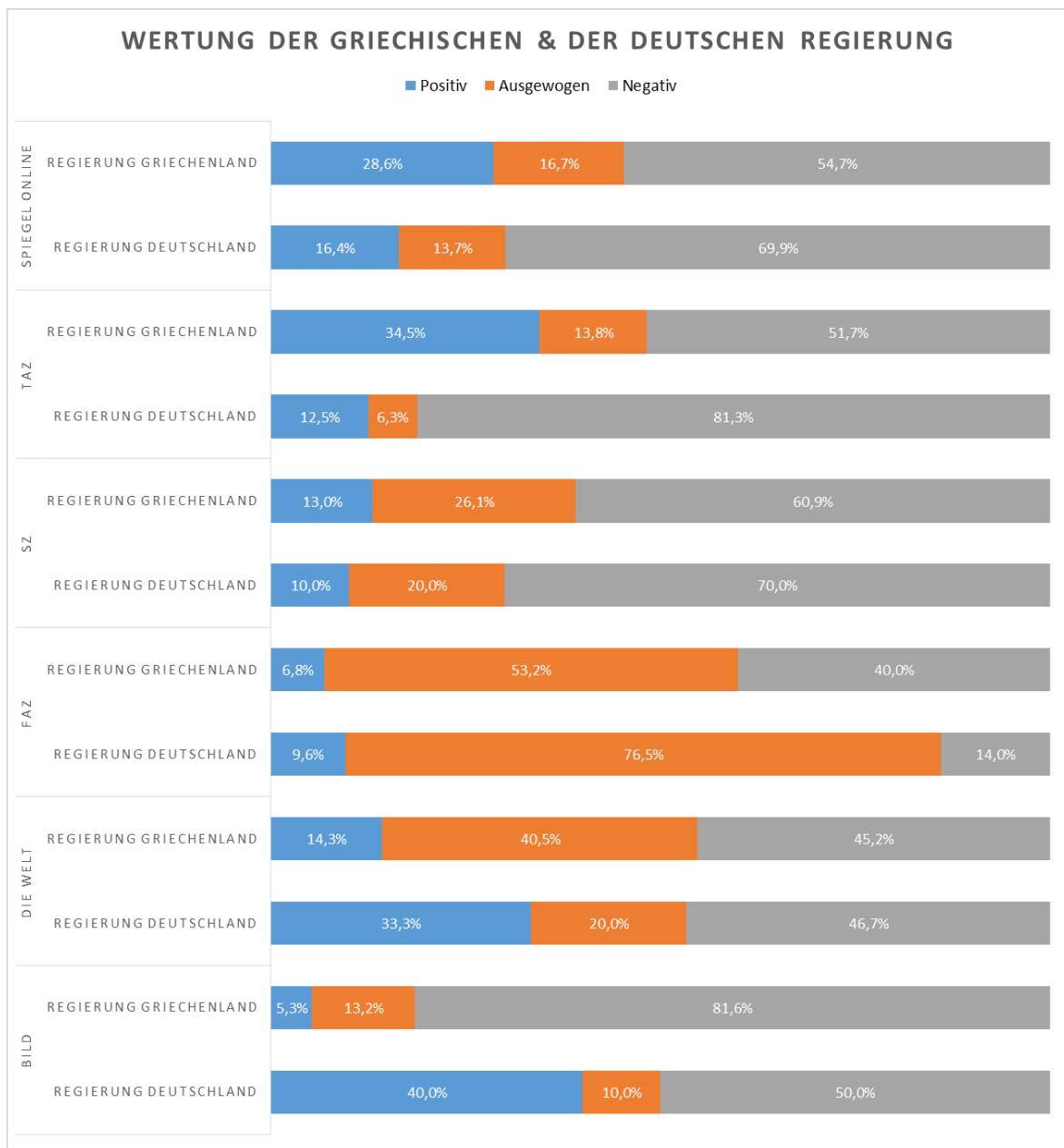


Abbildung 9: Wertung der griechischen und der deutschen Regierung im Vergleich zwischen den Medien
 Prozentwerte beziehen sich auf Medien, separat für Regierungen Griechenlands und Deutschlands

Betrachtet man demgegenüber die Bewertungen der deutschen Regierung durch Adjektive, können drei Besonderheiten festgestellt werden: Deutschlands Regierung wurde seltener bewertet (nur 270 Artikel), die Bewertungen waren mehrheitlich ausgewogen (45,6 Prozent, 123). Wenn sie nicht ausgewogen waren, dann waren sie aber eher negativ (40,4 Prozent, 123) als positiv (14,1 Prozent, 38). Über Griechenlands Regierung wurde also mehrheitlich negativ berichtet, die deutsche Regierung erfährt insgesamt viel stärker eine ausgewogene Berichterstattung.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Medien fällt auf, dass diese insgesamt medienübergreifende ausgewogene und positive Berichterstattung über die deutsche Regierung im Wesentlichen auf drei Medien zurückging: „Bild“, „Die Welt“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Es fällt auf, dass Deutschlands Regierung bei „Bild“, „Welt“ und „FAZ“ – alle drei Zeitungen sind als eher konservativ einzustufen – häufiger positiv bewertet wurde, als Griechenlands Regierung. Dies wurde besonders stark an der „Bild“ deutlich: 40,0 Prozent der Artikel mit Wertungen gegenüber der deutschen Regierung bewerteten die deutsche Regierung als positiv. Gegenüber Griechenlands Regierung waren es nur 5,3 Prozent positive Wertungen. Hier waren 81,6 Prozent der Artikel negativ wertend. Gegenüber der deutschen Regierung waren es nur 50,0 Prozent. Die anderen untersuchten Medien bewerteten die deutsche Position in der griechischen Staatsschuldenkrise häufiger als negativ als die griechische. Dies traf erkennbar auf „Spiegel Online“, „taz“ und „Süddeutsche Zeitung“ zu. Des Weiteren fällt auf, dass nur die wenigsten untersuchten Medien ausgewogen bewerteten. Allen untersuchten Medien gemein ist jedoch, dass sie sowohl die Regierungen Griechenlands als auch Deutschlands stärker negativ als positiv bewerteten (vgl. Abbildung 9).

Dies bestätigt die These, dass in der wirtschaftspolitische Berichterstattung eine Tendenz zum Negativismus zu beobachten ist.. Es werden mehrheitlich nicht vielfältige Positionen vertreten sondern einseitig negative.

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass die meisten negativ wertenden Artikel gegenüber der griechischen Regierung Anfang und Mitte Februar 2015 erschienen (124) und die negativen Bewertungen von März (63) bis Mai (22) nachließen. Erst im Juni gab es wieder einen Anstieg (67). Dies kann zurückgeführt werden auf den zeitlichen Verlauf der Berichterstattungsintensität generell (vgl. Kap. 7.1.), auf die schwierigen Verhandlungen, die Rücknahme von versprochenen Reformen und den personalisierten Konflikt zwischen den Finanzministern im Februar 2015 sowie die Steigerung der Berichterstattungsintensität, einer Zuspitzung durch das Auslaufen von Krediten und die Ankündigung eines Referendums im Juni 2015.

Darstellungsform		Wertung durch Adjektive Regierung Griechenlands				Wertung durch Adjektive Regierung Deutschlands			
		Positiv	Ausgewogen	Negativ	Keine Wertung	Positiv	Ausgewogen	Negativ	Keine Wertung
Nachricht/ Bericht	Anzahl	42	120	108	490	13	87	34	626
	%	5,5%	15,8%	14,2%	64,5%	1,7%	11,4%	4,5%	82,4%
Kommentar	Anzahl	15	17	55	94	8	12	30	131
	%	8,3%	9,4%	30,4%	51,9%	4,4%	6,6%	16,6%	72,4%
Interview	Anzahl	9	9	14	36	4	7	7	50
	%	13,2%	13,2%	20,6%	52,9%	5,9%	10,3%	10,3%	73,5%
Längerer Bericht/ Hintergrundbericht	Anzahl	15	13	57	116	7	6	18	170
	%	7,5%	6,5%	28,4%	57,7%	3,5%	3,0%	9,0%	84,6%
Reportage	Anzahl	18	33	68	102	6	9	19	187
	%	8,1%	14,9%	30,8%	46,2%	2,7%	4,1%	8,6%	84,6%

Abbildung 10: Wertungen in Darstellungsformen
Prozentwerte beziehen sich auf Darstellungsform, separat für Regierungen Griechenlands und Deutschlands.

Betrachtet man schließlich, wie häufig und in welchen Tendenzen Wertungen in den einzelnen Darstellungsformen vorkamen, so ist festzustellen, dass als wertungsfrei und nicht-meinungsorientiert bekannte Darstellungsformen wie Nachricht oder Bericht dennoch in erheblichem Maß Wertungen verbreiteten. Nur 64,5 Prozent der Nachrichten und kurzen Berichte und 52,9 Prozent der längeren Berichte und Hintergrundberichte waren wertungsfrei gegenüber Griechenlands Regierung. Wertungen gegenüber der deutschen Regierung traten seltener auf. In Nachrichten überwiegt knapp eine ausgewogene Wertungsverteilung, d.h. es wurden 120 Nachrichten mit einer ausgewogenen Wertung gegenüber der griechischen Regierung gezählt und 108 Artikel mit einer negativen Bewertung. In anderen Darstellungsformen fanden sich geringere Anteile ausgewogener Wertungen. Positive Wertungen gegenüber der griechischen Regierung fanden sich am stärksten in Interviews. In den klassischen meinungsorientierten Kommentaren fanden sich auch die meisten Wertungen, sowohl gegenüber Griechenlands als auch gegenüber Deutschlands Regierung. Die griechische Regierung wurde in Kommentaren erheblich häufiger negativ bewertet als positiv oder ausgewogen, auch Deutschlands Regierung erfuhr mehr negative als positive Bewertungen (vgl. Abbildung 10).

Wertungen einzelner Akteure wurden nicht gemessen. Es kann allerdings erfasst werden, wie die griechische und die deutsche Regierung in den Artikeln bewertet wurden, wenn bestimmte Akteure Anlass für einen Artikel

waren oder genannt wurden. Daran zeigt sich, wie Akteure Bewertungen stützten oder formierten. Differenziert man nach Berichterstattungsanlässen (vgl. Abbildung 11), so zeigt sich, dass die griechische Regierung bei nahezu allen Berichterstattungsanlässen mehrheitlich negativ bewertet wurde.



Abbildung 11: Wertung nach Berichterstattungsanlässen
 Prozentwerte beziehen sich auf Anlassgeber, separat für Griechenland und Deutschland

Einzig wenn die griechische Regierung selbst einen Anlass zur Berichterstattung gab, fiel die Bewertung mehrheitlich positiv oder ausgewogen aus. Die Bewertung der deutschen Regierung fiel lediglich in Artikeln, in denen Mitglieder des griechischen, des deutschen und des Europaparlaments Berichterstattungsanlass waren, negativ aus. Alle anderen Akteure waren Anlass für eine positive oder ausgewogene Berichterstattung gegenüber der deutschen Regierung. Hier wird ein Zusammenhang damit vermutet, dass häufig Akteure der parlamentarischen Opposition als Anlässe für Berichterstattung dienten und diese so eine regierungskritische Berichterstattung forcierten oder stützten. Auch die EU-Kommission war Berichterstattungsanlass bei kritischen Artikeln gegenüber Deutschlands Regierung. Gegenüber der griechischen Regierung waren Artikel, die auf die EU-Kommission als Anlassgeber rekurrierten, erkennbar positiver und ausgewogener. Die Ursache wird

darin gesehen, dass die EU-Kommission als Vertreterin aller EU-Staaten, auch Griechenlands, und ihr Präsident Jean Claude Juncker sich um eine neutrale und vermittelnde Position während der Verhandlungen bemühten.

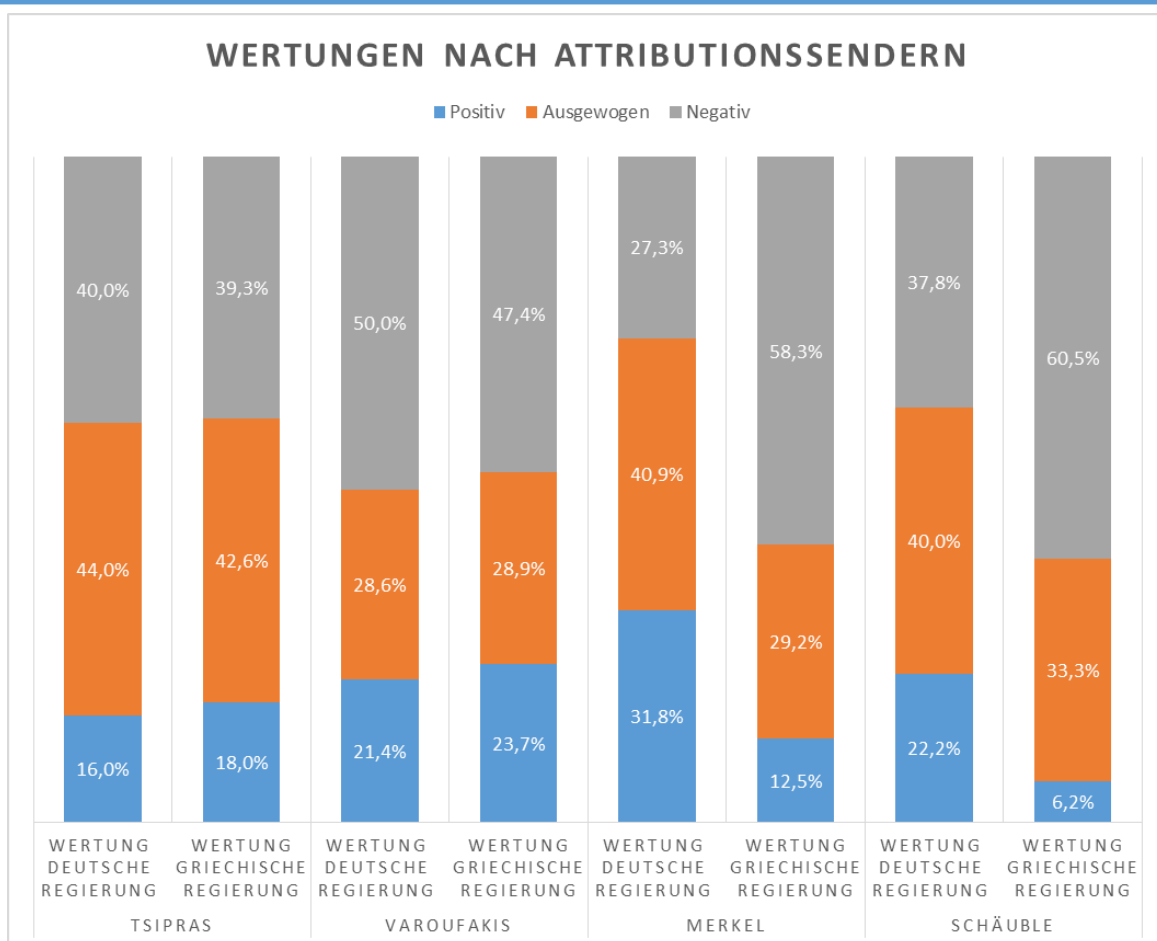


Abbildung 12: Wertungen nach Attributionssendern
 Prozentwerte beziehen sich auf Attributionssender, separat für Griechenland und Deutschland.

Differenziert man schließlich noch nach einzelnen Personen, so zeigt sich dass die Bewertungen der griechischen und der deutschen Regierung sich zwischen diesen Akteuren erkennbar unterscheiden (vgl. Abbildung 12). In Artikeln, in denen Bundeskanzlerin Angela Merkel als Attributionssenderin auftrat, wurde die griechische Regierung positiver und ausgewogener beurteilt als in Artikeln, in denen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auftrat. Wolfgang Schäuble wurde demnach herangezogen um kritische Berichterstattung gegenüber der griechischen Regierung zu stützen oder weil er sie forcierte. Bundeskanzlerin Angela Merkel stand im Gegensatz zu ihrem Finanzminister stärker für Ausgleich und Harmonie. In der griechischen Regierung war das Verhältnis zwischen Regierungschef und Finanzminister

ähnlich. Auch in Artikeln, in denen Yanis Varoufakis als Attributionssender auftrat, wurde die deutsche Regierung häufiger negativ bewertet als bei Ministerpräsident Alexis Tsipras. Diese Erkenntnis unterstützt die Interpretation, dass insbesondere die beiden Finanzminister Yanis Varoufakis und Wolfgang Schäuble für gegenseitige Kritik und Konflikt standen und für die Darstellung dieses Konflikts herangezogen und möglicherweise auch instrumentalisiert wurden.

Es kann festgehalten werden, dass Wertungen der griechischen und der deutschen Regierung in der untersuchten Medienberichterstattung häufig auftraten. Gegenüber Griechenlands Regierung fielen diese Wertungen mehrheitlich negativ aus, auch gegenüber der deutschen Regierung waren sie eher negativ als positiv. Die angenommene Tendenz zum Negativismus im Wirtschaftsjournalismus bestätigte sich daher in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise. Die dargestellten Meinungen waren vielfach einseitig und nicht vielfältig und gegenüber Griechenland selten ausgewogen. Es sind also Defizite hinsichtlich der Qualitätskriterien Vielfalt und Ausgewogenheit ersichtlich. Wertungen fanden sich auch in erheblichem Umfang in Darstellungsformen die frei von Wertungen sein sollten, also Nachricht, Bericht und Hintergrundbericht. Dies hat Einfluss auf die Neutralität der Berichterstattung – eines der untersuchten Qualitätskriterien. Mit Neutralität ist hier die Trennung von Nachricht und Meinung gemeint. Indem Meinungen auch in den Darstellungsformen Nachricht, Bericht und Hintergrundbericht veröffentlicht wurden und sich nicht auf Kommentare beschränkten, wurde hier das Qualitätskriterium der Neutralität nicht erfüllt.

7.3.2. Bewertungen durch Akteure

Wurden Akteure in Artikeln direkt zitiert, waren die Wertungen durch diese Akteure gegenüber Griechenlands Regierung in den meisten Fällen ausgewogen (545). Dies trifft auf alle untersuchten Medien zu. In der Mehrheit der Artikel aller Medien fanden sich ausgewogene Positionen in Zitaten. Insgesamt war in 284 Artikeln die Bewertung durch Akteure negativ gegenüber der Regierung Griechenlands, in nur 205 Artikeln war sie positiv. Diese Positionen der Akteure, die von den untersuchten Medien als Zitatgeber herangezogen wurden, unterschieden sich zwischen den Medien. In „Bild“, „Welt“, „FAZ“ und „Süddeutscher Zeitung“ überwogen negative Bewertungen durch Zitatgeber positiven Positionen. In der „Welt“ waren 38,0 Prozent der Positionen von Zitatgebern negativ gegenüber der griechischen Regie-

rung, in der „Bild“ waren es 34,3 Prozent, bei der „FAZ“ waren es 28,2 Prozent. In der „FAZ“ fand sich auch der geringste Anteil an positiven Bewertungen durch herangezogene Zitatgeber mit 13,5 Prozent, es folgte „Bild“ mit nur 15,7 Prozent positiv gegenüber Griechenlands Regierung positionierten Zitatgebern. „Spiegel Online“ und „taz“ zitierten nahezu gleichviele positive wie negative Positionen (vgl. Anhang 12).

Die ausgewählten Zitatgeber repräsentierten somit erkennbar mehrheitlich eher negative als positive Positionen gegenüber Griechenlands Regierung. Eine Vielfalt an Meinungen und Positionen wurde durch die Auswahl der Zitatgeber in vielen untersuchten Medien nicht deutlich. Auch das Qualitätsmerkmal der Ausgewogenheit wurde bei den als Zitatgeber herangezogenen Akteuren nicht beachtet.

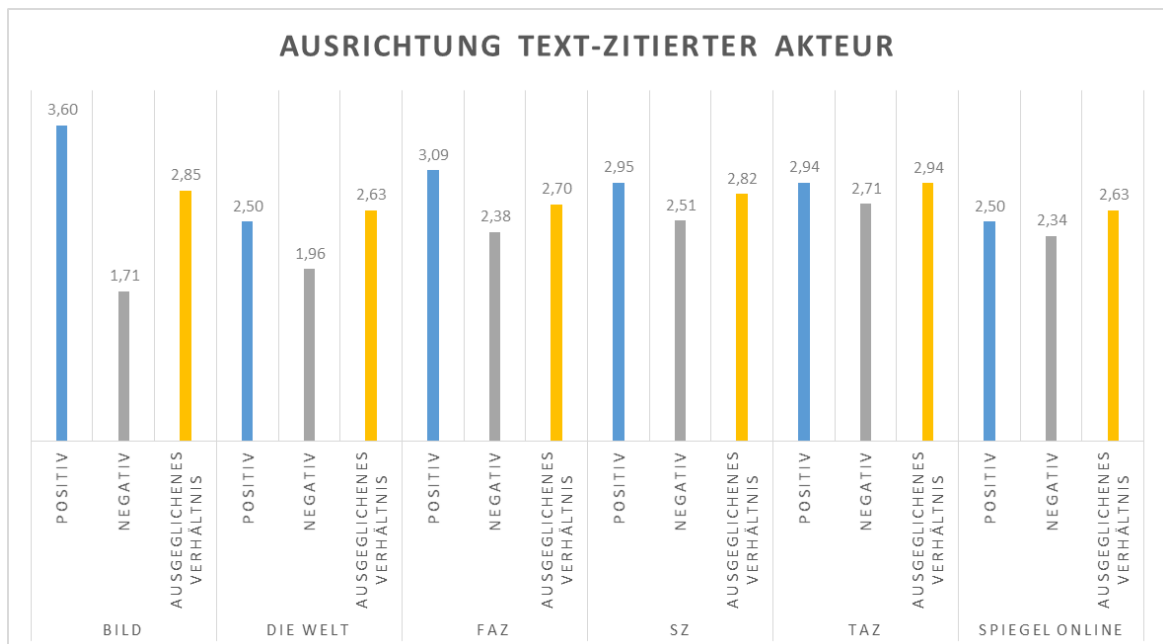


Abbildung 13: Ausrichtung von Text und zitierten Akteuren
Unterschieden nach Bewertung der griechischen Regierung durch Akteure

Erfasst wurde darüber hinaus, wie stark sich die Artikel an den Positionen der Zitatgeber orientierten. Die Ausrichtung von Text und zitierten Akteuren wurde in einer Skala von 1 (deckungsgleich) bis 5 (gegensätzlich) erfasst. Insgesamt zeigte die Mehrheit der Artikel (586) ein ausgewogenes Verhältnis von Text und Akteuren, nur 78 Artikel wiesen eine niedrige oder gar keine Übereinstimmung auf, während 433 eine hohe Übereinstimmung aufwiesen oder gänzlich deckungsgleich waren.

Das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen Text und Akteur kann schließlich auch zwischen den Positionen der zitierten Akteure und den untersuchten Medien verglichen werden. Dabei wird die Ausrichtung durch einen Mittelwert zwischen 1 und 5 angegeben. Je höher dieser Wert ist, umso geringer ist die Übereinstimmungen zwischen Text und zitiertem Akteur, umso niedriger der Wert ist, desto größer sind die Übereinstimmungen.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Medien fällt auf, dass die Übereinstimmung von Text und Akteuren bei einer positiven Positionierung der zitierten Akteure gegenüber Griechenlands Regierung geringer war, als wenn sich diese Akteure negativ äußerten. Am stärksten ist dieser Unterschied bei der „Bild“ erkennbar. Positiven Positionen von Akteuren gegenüber Griechenlands Regierung wurde im Text häufig widersprochen, auf der Übereinstimmungsskala wurde ein Wert von 3,6 erreicht. Positionen von Akteuren die sich negativ gegenüber der griechischen Regierung äußerten, wurden bei „Bild“ besonders häufig übernommen. Text und Akteursposition stimmten stärker überein, es wurde ein Wert von 1,71 gemessen. Bei keinem anderen Medium stimmten negativ positionierte Akteure und journalistischer Artikel so stark überein wie bei der „Bild“. Es folgte an zweiter Stelle die „Welt“ mit einem Wert von 1,96. Die Übereinstimmung mit positiven Akteurspositionen war bei „Spiegel Online“ am größten, hier liegt der Übereinstimmungswert bei 2,50 (vgl. Abbildung 13).

So kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Zitatgeber in den meisten Fällen herangezogen wurden, um die Positionen eines Mediums zu stützen, wie die Ausrichtung von Text und Akteur zeigte. Dies wird insbesondere bei der „Bild“ deutlich. Zitatgeber wurden als „opportune Zeugen“ instrumentalisiert, um negative Meinung zu unterstützen. Dies spricht für mangelnde Meinungsvielfalt und geringe Neutralität in den betreffenden Medien.

7.3.3. Wertungen durch Journalisten

Im vorhergehenden Kapitel wurde gezeigt, wie häufig Akteure andere Akteure mit Aussagen trafen. In der Erhebung wurde auch erfasst, wie häufig die Autoren der Artikel selbst Aussagen tätigten und die Journalisten somit selbst als Attributionssender auftreten. Dies ist in insgesamt 382 Artikeln der Fall. Am häufigsten traten Journalisten in der „Bild“ als Attributionssender auf (41,2 Prozent der Artikel in „Bild“), es folgte die „taz“ mit 38,4 Prozent der Artikel und die „FAZ“ mit 37,7 Prozent der Artikel. Am seltensten trafen die Journalisten bei „Spiegel Online“ selbst Aussagen (vgl. Anhang 13).

Aussagen der Journalisten bezogen sich in den meisten Fällen auf den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras, den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis, Bundeskanzlerin Angela Merkel oder Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (zusammen 287) und in nur 216 Artikeln auf andere Akteure. Unter diesen vier politischen Akteuren wurde am häufigsten Alexis Tsipras adressiert (135), es folgten Yanis Varoufakis (66), Angela Merkel (59) und Wolfgang Schäuble (27) (vgl. Anhang 14).

Journalisten positionierten sich in den meisten Fällen gegen die griechischen Regierungsmitglieder (44,6 Prozent), nur 16,4 Prozent äußerten sich positiv gegenüber der griechischen Regierung, 39,0 Prozent äußerten sich neutral. Eine positive Positionierung eines Journalisten gegenüber Griechenlands Regierung fand sich bei „Bild“ in keinem einzigen Artikel. In 100 Prozent der Artikel, in denen Journalisten eine Position einnahmen, war diese Position bei „Bild“ gegen Griechenlands Regierung. Bei der „Welt“ waren es 60 Prozent der Artikel, bei der „Süddeutschen Zeitung“ 48,9 Prozent der Artikel, bei „Spiegel Online“ 35,3 Prozent und bei der „FAZ“ 32,6 Prozent. Die „taz“ war die einzige untersuchte Zeitung, in der sich die Journalisten im gleichen Ausmaß positiv wie negativ (je 23,9 Prozent) gegenüber der griechischen Regierung positionierten. Bei der „FAZ“ positionierten sich Journalisten in den meisten Artikeln neutral (62,4 Prozent) (vgl. Anhang 15).

Journalisten nahmen auch in nicht meinungsorientierten Darstellungsformen eine Position ein und sendeten Aussagen. Dies war in 28,4 Prozent der untersuchten Nachrichten und Kurzberichten der Fall und in 9,5 Prozent der Hintergrundberichte.

Es kann festgehalten werden, dass Journalisten durch Wertungen in nicht-meinungsorientierten Darstellungsformen – wie Nachricht, Bericht und Hintergrundbericht – das Qualitätskriterium der Neutralität durch die fehlende Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise mehrfach missachteten. Sie positionierten sich vielfach sehr stark negativ gegenüber der griechischen Regierung, in der „Bild“ sogar ausschließlich. Die Qualitätskriterien der Vielfalt und der Ausgewogenheit wurden durch eine derart einseitige Positionierung von einzelnen Medien in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nicht erfüllt.

7.4. Die Reformagenda in der Berichterstattung

Neben der Berichterstattungsintensität, Akteursfokussierung und Meinungsorientierung steht die Befassung mit der griechischen Reformpolitik im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Dabei geht es zum einen darum, welche Politikfelder der Reformagenda wie intensiv von den Journalisten in den untersuchten Medien aufgegriffen wurden und zum zweiten, wie stark auf

einzelne konkrete Reformvorschläge eingegangen wurde. Die so festgestellte Berichterstattungsintensität soll Aufschluss über das Qualitätsmerkmal der Hintergrundberichterstattung geben. Schließlich soll in diesem Kapitel die Befassung mit allgemeinen und reformfremden Themen analysiert werden.

7.4.1. Befassung mit Politikfeldern der griechischen Reformpolitik

In diesem Abschnitt geht es darum herauszufinden, wie intensiv die deutschen Medien in ihrer Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise auf welche Politikfelder der griechischen Reformpolitik eingingen. Dafür wurden zunächst aus der Reformliste der griechischen Regierung vom 24.02.2015, dem griechischen Regierungsprogramm und dem Fortschrittsbericht der EU zu den Reformen in Griechenland die Reformen einzelnen Politikfeldern zugeordnet (vgl. Kap. 6.4.).

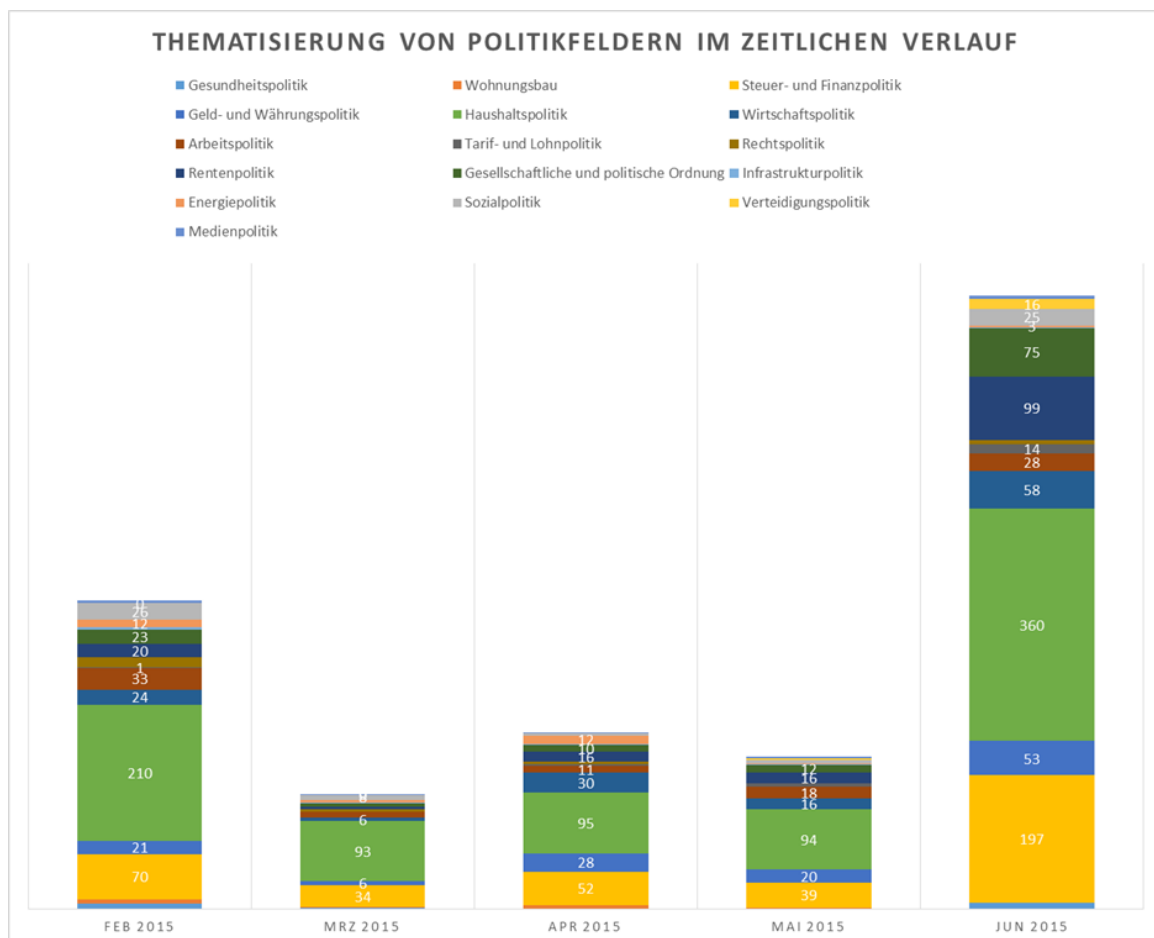


Abbildung 14: Thematisierung von Politikfeldern im zeitlichen Verlauf
Mehrfachantworten

Es wurden dabei Reformvorschläge in den Politikfeldern Gesundheitspolitik, Wohnungsbau, Steuer- und Finanzpolitik, Geld- und Währungspolitik, Haushaltspolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Tarif- und Lohnpolitik, Justiz, Rentenpolitik, gesellschaftliche und politische Ordnung, Infrastrukturpolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik, Verteidigungspolitik und Medienpolitik ermittelt.

Die deutschen Medien fokussierten sich nur auf sehr wenige dieser Politikfelder in ihrer Berichterstattung. Das mit Abstand am stärksten beachtete Politikfeld war die Haushaltspolitik. Sie wurde in 852 Artikeln thematisiert. Mit großem Abstand folgte als zweitwichtigstes Politikfeld die Steuer- und Finanzpolitik (292 Artikel). An dritter Stelle fand sich bereits die Rentenpolitik (155 Artikel), es folgten Wirtschaftspolitik (134 Artikel), Geld- und Währungspolitik (128 Artikel), die gesellschaftliche und politische Ordnung (124 Artikel) und die Arbeitsmarktpolitik (99). In nur 68 Artikeln von den untersuchten 1442 ging es um die sozialpolitischen Reformen, noch erheblich seltener um die Energiepolitik (32), die Justiz (30), die Tarif- und Lohnpolitik (23) und die Gesundheitspolitik (23). Am seltensten wurden Verteidigungspolitik (18), Medienpolitik (14), Wohnungsbau (13) und Infrastrukturpolitik (10) thematisiert.

Im Medienvergleich fällt hierzu auf, dass bei allen untersuchten Medien die Haushaltspolitik mit großem Abstand das zentrale Politikfeld der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise war. Es folgte auch bei allen untersuchten Medien die Steuer- und Finanzpolitik als zweitwichtigstes Thema mit großem Abstand hinter der Haushaltspolitik. Unterschiede zwischen den Medien zeigten sich insbesondere in der Behandlung der weniger zentralen Themen. So konnte bei der „Bild“ eine sehr starke Fokussierung auf die Haushaltspolitik, die Steuer- und Finanzpolitik, die Rentenpolitik und die Arbeitsmarktpolitik festgestellt werden. Andere Politikfelder, wie Sozialpolitik, Gesundheitspolitik oder Justiz fanden nahezu gar nicht statt und traten nur vereinzelt in einer sehr geringen Zahl an Artikeln im gesamten Untersuchungszeitraum auf (0-2). Bei den untersuchten Qualitätsmedien war dies so nicht der Fall. Auch sie hatten einen starken Fokus auf Haushaltspolitik und Steuer- und Finanzpolitik, vernachlässigen andere Politikfelder der griechischen Reformpolitik aber nicht komplett (Anhang 16).

Ein Blick auf den zeitlichen Verlauf (vgl. Abbildung 14) offenbart, dass die Haushaltspolitik in allen Phasen der Berichterstattung innerhalb des Untersuchungszeitraums das wichtigste Thema war und Steigerungen der Berichterstattungsintensität ganz wesentlich auf dieses Politikfeld zurückzuführen waren. Auffällig ist im Vergleich zwischen den untersuchten Monaten, dass die Berichterstattung zur Steuer- und Finanzpolitik im Juni 2015 stark zunahm.

Noch viel stärker ist eine solche Zunahme beim Thema Rentenpolitik zu finden. Die Rentenpolitik wurde im Februar 2015 von der griechischen Regierung noch von weiteren Kürzungen ausgeklammert. Im Juni 2015 drängten die Euro-Finanzminister darauf, weitere Rentenreformen umzusetzen. Die griechische Regierung lehnte das mehrfach ab, weshalb die Renten ein Hauptstreitpunkt bei den zahlreichen Verhandlungen im Juni 2015 waren und dementsprechend oft von den politischen Akteuren und den Medien thematisiert wurden. Die Geldgeber forderten ein Auslaufen von Frühverrentungen und eine Anhebung des Rentenalters. Die griechische Regierung sah darin eine Rentenkürzung, die sie unter allen Umständen vermeiden wollte. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras argumentierte, dass bereits 45 Prozent der Senioren in Griechenland eine Rente unterhalb der Armutsschwelle bekämen. Weitere Rentenkürzungen seien der griechischen Bevölkerung nicht zumutbar. Waren es im Februar 2015 gerade einmal 20 Artikel zu diesem Politikfeld und in den Folgemonaten jeweils noch weniger, so stieg die Anzahl der Artikel zur Rentenpolitik im Juni 2015 auf 99 an. Die griechische Rentenpolitik geriet demnach speziell im Juni 2015 kurzfristig in den Fokus der deutschen Berichterstattung. Vorher spielte sie kaum eine Rolle.

Auch die Verteidigungspolitik wurde erst im Juni 2015 in die deutsche Berichterstattung einbezogen. Erst in einem Reformvorschlag der Regierung Alexis Tsipras zum Treffen der Euro-Finanzminister am 18.6.15 fanden sich Senkungen der Militärausgaben als Sparmaßnahme wieder. 200 Millionen Euro jährlich sollten nun durch Schließung von Militärstandorten und anderen Maßnahmen eingespart werden. Zuvor lehnte die griechische Regierung diese ab, da sie nach starken Einsparungen zwischen 2009 und 2014 kein Potential für weitere Ausgabensenkungen beim Militär sah. Lagen die griechischen Militärausgaben 2009 noch bei 7,6 Milliarden Euro, sind sie auf rund vier Milliarden im Jahr 2014 gesunken – eine Kürzung um 47,7 Prozent. Die Energiepolitik wurde lediglich im Februar und April 2015 kurz thematisiert. Im Mittelpunkt dieser Berichte stand ein gemeinsames Pipeline-Projekt zwischen Russland und Griechenland, das von Russland finanziert wurde. Durch die Pipeline „Turkish Stream“ sollte an der Ukraine vorbei über Griechenland russisches Gas nach Europa transportiert werden. Die Regierungen Griechenlands und Russlands vereinbarten mit dem Bau der Pipeline 2016 zu beginnen. Griechenland erhielt dafür einen russischen Kredit.

So kann festgehalten werden, dass bestimmte Politikfelder, wie die Haushaltspolitik und die Steuer- und Finanzpolitik, die deutsche Berichterstattung über die griechische Reformpolitik über den gesamten Untersuchungszeitraum bestimmten. Einzelne Politikfelder, wie die Rentenpolitik, die Energiepolitik, die Gesundheits- und die Sozialpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Verteidigungspolitik wurden nur kurzfristig, in geringem Umfang und zeitlich begrenzt thematisiert.

7.4.2. Befassung mit konkreten Reformvorschlägen

Betrachtet man spezifischer einzelne konkrete Reformvorschläge und Maßnahmen, so fällt zunächst auf, dass diese erheblich seltener aufgegriffen wurden, als allgemeine Politikfelder der Reformpolitik. 558 von 1442 Artikeln der untersuchten deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise griffen keinen einzigen spezifischen Reformvorschlag auf. Die Journalisten in den untersuchten Medien bewegten sich bei der Befassung mit der griechischen Reformpolitik größtenteils an der Oberfläche. 311 Artikel befassten sich mit einem einzigen Reformvorschlag, 203 Artikel mit zwei spezifischen Reformvorschlägen (innerhalb eines Artikels) und 122 Artikel mit drei Reformvorschlägen. 248 Artikel beziehen sich auf vier oder mehr spezifische Reformvorschläge.

Mit Abstand am häufigsten wurde der Erlass eines Teiles der Staatsschulden thematisiert. Er führt mit 217 Nennungen die genannten spezifischen Reformvorschläge an. Ein Schuldenschnitt war eines der Ziele, mit dem Alexis Tsipras im Januar 2015 zur Wahl angetreten ist. Er brachte es mehrfach in die Verhandlungen ein. Die Eurogruppe lehnte ein Schuldenschnitt für Griechenland ab. Mit großem Abstand ging es in 96 Artikeln um eine Lockerung der Bedingungen der sogenannten Troika bzw. der Institutionen. Unter dieser Variable wurden übergreifend Vorschläge zur Lockerung der Vorgaben der sogenannten Troika von EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) angegeben. Die Vorgaben wurden dabei nicht konkretisiert. Einzelne dieser Vorgaben, z.B. Etatziele, fanden sich auch in anderen Reformvorschlägen. Unter den zehn meistgenannten spezifischen Reformvorschlägen fand sich auch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung (88 Artikel), eine Rekapitalisierung der Banken (85), eine allgemeine Mehrwertsteuerreform (83), die Verbesserung des Schulden- und Liquiditätsmanagements (68), Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (67), die Vorgabe eines festgelegten Haushaltsüberschusses (64), die allgemeine Reform des Rentensystems (64) und Verfahren zur Prüfung internationaler Steuerhinterziehung (61).

Am seltensten mit jeweils nur einer Erwähnung wurden eine Reform des Insolvenzrechts, eine progressive Erhöhung der Finanzausstattung der Kommunen, die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen, die Einführung einer Großgrundsteuer, erhöhte Steuern für Banken, eine Steuererhöhung für Infrastrukturunternehmen, der Abbau von Steuerrabatten/Subventionen für Landwirte, eine Privatisierung staatlicher Fährunternehmen, Arbeitsmarktprogramme zur Schulung von Langzeitarbeitslosen, ein Aufheben der Steuerimmunität für bestimmte Berufsgruppen (wie Landwirte, die bisher teilweise von der Einkommenssteuer befreit waren), eine Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags auf Renten, eine Neuregelung der Parteienfinan-

zierung, die Liberalisierung des Gasmarkts, die Einführung einer Sonderkarte zur kostenfreien Beförderung von Arbeitslosen und Menschen unterhalb der Armutsgrenze in öffentlichen Verkehrsmitteln und ein gesetzliches Verbot des Verkaufs oder der Abtretung von Rechten aus Darlehensverträgen thematisiert.

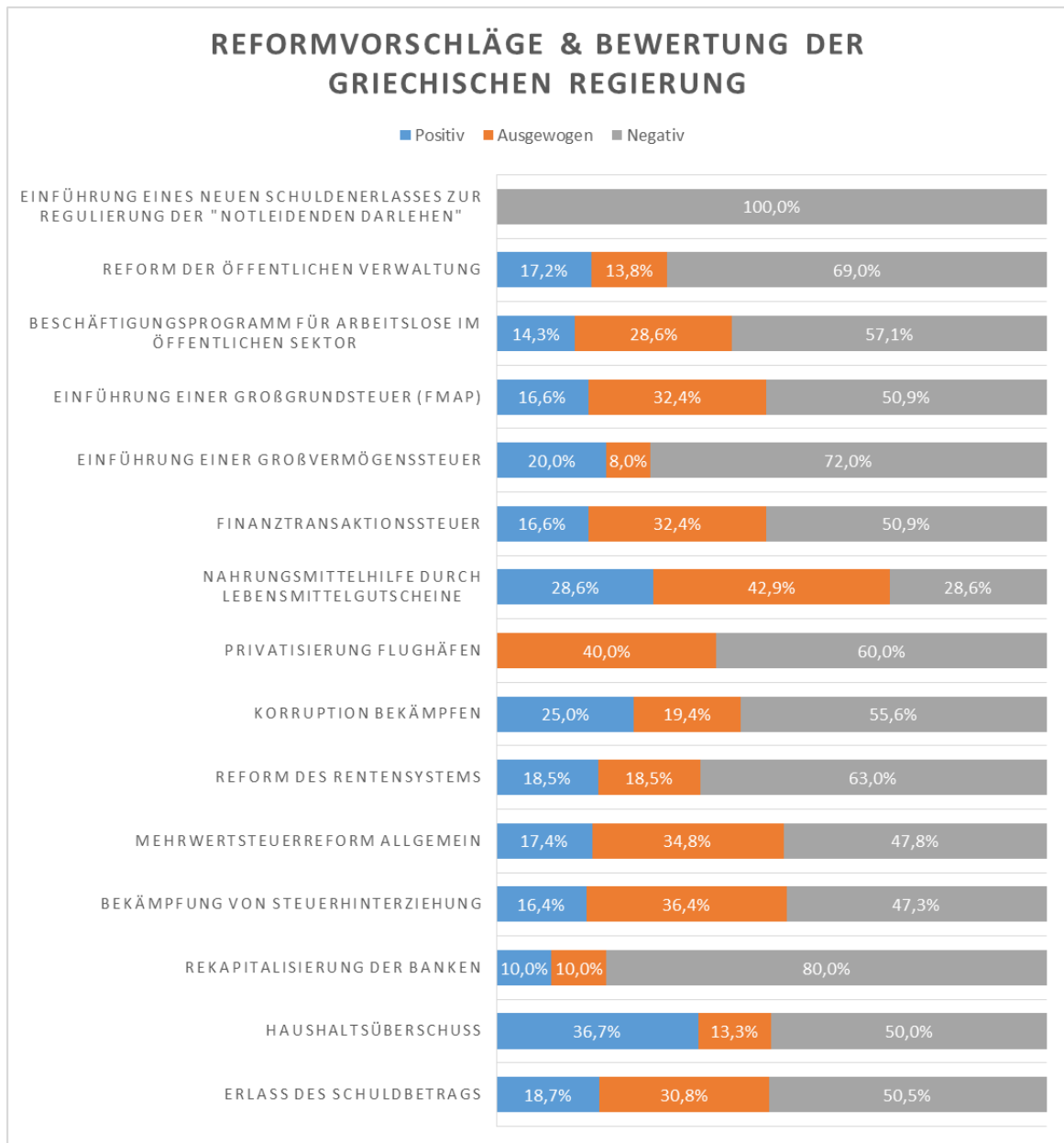


Abbildung 15: Reformvorschläge und Bewertung der griechischen Regierung
 Prozentwerte beziehen sich jeweils auf Artikel pro Reformvorschlag mit Wertung

Die untersuchten Medien haben einzelne Reformen ausgewählt und thematisiert (vgl. Anhang 17). Im Folgenden sollen einige auffällige Fälle und Reformvorschläge aufgegriffen werden:

Es fällt beispielsweise auf, dass in der „taz“ die Reform der Finanzverwaltung, Steuerverwaltung und Zollverwaltung sowie das Einfordern von Steuerrückständen der griechischen Bevölkerung gar keine Rolle spielten, während sie in allen anderen untersuchten Medien zumindest mit einigen wenigen Artikeln präsent waren.

Die Bekämpfung der Korruption wurde in Artikeln der „Bild“ zum Beispiel gar nicht thematisiert. Auffällig ist zudem, dass sich „Bild“ mit einigen wenigen Reformvorschlägen erheblich intensiver auseinandersetzte, als es andere untersuchte Medien der Häufigkeit der Berichterstattung nach taten. Dazu zählte die Einführung einer Großvermögenssteuer, eine Anhebung des Mindestlohns, die Reform des Rentensystems und speziell das Renteneintrittsalter. Demgegenüber standen 73 spezifische Reformvorschläge, die in „Bild“ gar nicht thematisiert wurden. Bei keinem anderen Medium war diese Zahl so hoch. Bei der „Welt“ waren es 51 nicht thematisierte Reformvorschläge, bei der „FAZ“ 32, bei der „Süddeutschen Zeitung“ 49, bei der „taz“ 68 und bei „Spiegel Online“ 21 Reformvorschläge.

Die untersuchten Medien selektierten die Reformvorschläge, mit denen sie sich befassten, unterschiedlich. Einzelne Medien, wie „Bild“ und „taz“ thematisierten in ihrer Berichterstattung viele Reformvorschläge gar nicht. Andere Medien, wie „FAZ“ und „Spiegel Online“ gingen in der Berichterstattung auf sehr viele Reformvorschläge ein.

Im zeitlichen Verlauf ist zudem erkennbar, dass einzelne Reformvorschläge nur über einen kurzen Zeitraum in den Medien präsent waren und keine langfristige mediale Begleitung dieser Reformvorhaben stattfand. Deutlich wird das beispielsweise an der Modernisierung der Steuerverwaltung, die im Februar 2015 in 22 Artikeln thematisiert wurde, danach jedoch im März nur noch in sieben, im April in fünf, im Mai in zwei und im Juni in acht Artikeln. Ähnlich, nur in umgekehrter Richtung verhält es sich zum Beispiel mit der Mehrwertsteuerreform, die im Juni 2015 in 50 Artikeln erwähnt wurde, in den Vormonaten aber immer bei oder unter 12 Artikeln pro Monat blieb. Es wird davon ausgegangen, dass dies damit zusammenhängt, dass eine Mehrwertsteuerreform zuvor nicht von der griechischen Regierung vorgeschlagen wurde. Die Regierung von Alexis Tsipras hatte sich lange dagegen gestemmt, weil Verbrauchssteuern sozial schwache Bürger überproportional belasten. Erst nach einem Treffen in Brüssel am 1.5.2015 zeigte sich die griechische Regierung bereit, auch über eine Reform der Mehrwertsteuer zu verhandeln. Auch die Artikel über die Einführung einer Steuerfreigrenze, die Schaffung einer Vermögensdatenbank, die Bekämpfung des Schwarzhandels, ein Direktverkauf von Staatsanleihen, Privatisierungen der Häfen

und der Eisenbahn, die Verkürzung von Kündigungsfristen, Arbeitsmarktprogramme, Reformen des Zivilrechts, der Zivilprozessordnung und des Insolvenzrechtes waren im Wesentlichen auf den Februar 2015 beschränkt. Eine konstante, langlebigere Befassung über mehrere Monate im Untersuchungszeitraum gab es mit der Privatisierung von Flughäfen, der Wirtschaftsförderung, dem Erlass von Schulden, der Rekapitalisierung von Banken und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Für die am häufigsten in der Berichterstattung genannten Reformen und einige ausgewählte weniger häufig genannte Reformvorschläge soll nun noch erfasst werden, wie sich die Befassung mit diesen Reformen auf die Bewertung der griechischen Regierung auswirkt. Daran soll sich zeigen, ob es Reformvorschläge gibt, bei denen die untersuchten Medien zu positiven Bewertungen der griechischen Regierung tendieren und welche Reformvorschläge im Zusammenhang mit negativen Bewertungen stehen.

Dabei fällt zunächst auf, dass keiner der diskutierten Reformvorschläge zu einer mehrheitlich positiven Bewertung der griechischen Regierung führte (vgl. Abbildung 15). Eine mögliche Rekapitalisierung der Banken und die Einführung eines Schuldenerlasses für ärmere Bevölkerungsschichten wurden besonders häufig mit einer negativen Bewertung der griechischen Regierung verbunden. Ein zu erwirtschaftender griechischer Haushaltsüberschuss, die Bekämpfung von Korruption und die Ausgabe von Nahrungsmittelgutscheinen, die insgesamt vergleichsweise selten thematisiert wurde, wurden häufiger als andere Reformvorschläge im Zusammenhang mit positiven Bewertungen der griechischen Regierung in die Berichterstattung aufgenommen. Initiativen, die speziell vermögende griechische Bevölkerungsgruppen belasten sollten, wie die Einführung einer Großvermögenssteuer und einer Großgrundsteuer, wurden in der untersuchten deutschen Berichterstattung ebenfalls mit einer mehrheitlich negativen Beurteilung der griechischen Regierung verbunden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass in den untersuchten Medien nur wenige Reformvorschläge thematisiert wurden. Relevant für die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise wurden sie häufig nur dann, wenn es einen Konflikt in Verhandlungen über diese Reformvorschläge gab. Das heißt, dass auch die Reformvorschläge in der Berichterstattung nach Kriterien herangezogen wurden, die den Konflikt zwischen griechischer Regierung und Geldgebern verdeutlichten oder verstärkten. Das ist auch daran erkennbar, dass die dargestellten Reformvorschläge größtenteils in einem Zusammenhang mit einer negativen Bewertung der griechischen Regierung standen.

7.4.3. Befassung mit allgemeinen und reform-fremden Themen

Wenn es auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise und vor und während der Präsentation neuer Reformvorschläge durch die griechische Regierung in der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nicht um diese Reformvorschläge ging, stellt sich die Frage, womit sich die Medien stattdessen befassten.

In 47,6 Prozent der Artikel ging es allgemein um Hilfsprogramme und dabei hauptsächlich um Fragen des Auslaufens, der Zusammensetzung, der Raten, der Zustimmung und Ablehnung. In den 558 Artikeln, in denen kein konkreter Reformvorschlag thematisiert wurde, ging in 372 Artikeln (66,7 Prozent) allgemein um Hilfsprogramme. Die meisten Artikel, in denen es nicht um konkrete Reformvorschläge ging, befassten sich also im weitesten Sinn mit Hilfsprogrammen.

In 40,3 Prozent der Artikel (569) wurde eine andere Thematik in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt. Hilfsprogramme wurden dann zwar teilweise noch erwähnt, der Artikel befasste sich aber im Wesentlichen nicht mit der griechischen Staatsschuldenkrise und griechischen Reforminitiativen, sondern verfolgte ein komplett anderes Thema (vgl. Anhang 18). Das waren hauptsächlich machtpolitische Fragestellungen zu einzelnen Regierungsmitgliedern oder der Europäischen Union, teilweise ging es auch um Treffen und Verhandlungen zwischen einzelnen Regierungen, bei denen das Thema Griechenland nur kurz gestreift wurde, wie z.B. das G7-Treffen in Elmau, ein Treffen zwischen griechischer und russischer Regierung, oder auch Einschätzungen zu anderen Themen, z.B. zu europäischen Konfliktherden oder zur Rolle Griechenlands in der Nato, bei denen die griechische Staatsschuldenkrise nur kurz Erwähnung fand.

Ein spezielles Thema beschäftigte die deutsche Berichterstattung über weite Teile des Untersuchungszeitraums: Forderungen nach Reparationszahlungen Deutschlands für Schäden, die Griechenland im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden. Griechenland hatte von Deutschland bereits mehrfach in den Jahren zuvor Entschädigungen wegen der Nazi-Kriegsverbrechen gefordert. Die Bundesregierung bestand jedoch stets darauf, dass die Frage der Reparationen im November 1945 durch internationale Abkommen geregelt worden sei. Die Diskussion kam im Februar 2014 wieder in Griechenland auf und wurde bei einem Staatsbesuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Athen am 6. März 2015 erneut offiziell an die deutsche Regierung herangetragen. Am 9. April 2015 nannte die griechische Regierung erstmals eine genaue Summe: 278,7 Milliarden Euro. Deutsche Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich für eine Zahlung aus.

Der Konflikt entwickelte sich zu einem Nebenschauplatz, auf dem nicht Griechenland Deutschland Geld schuldet, sondern Deutschland Griechenland. 74 Artikel befassten sich mit diesem Thema. Das sind mehr als mit der Bekämpfung von Korruption, der Reform des Rentensystems, Wirtschaftsförderung oder Verwaltungsreform. Seinen Höhepunkt erlebte das Thema im März 2015 mit 28 Artikeln, im Februar waren es noch 14, im April 17 Artikel und dann ebte das Thema Reparationen ab auf zehn Artikel im Mai und fünf im Juni 2015 (vgl. Anhang 19). Im Anschluss an die Berichterstattung zu den Verhandlungen um Reformvorschläge im Februar 2015 wurde das Thema Reparationen sehr intensiv im März 2015 verfolgt und trat in der Berichterstattung häufiger auf als irgendein spezifischer Reformvorschlag.

In einigen Artikeln wurde auch das Privatleben von Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis thematisiert. Die untersuchte Berichterstattung fokussierte sich besonders auf den Akteur Yanis Varoufakis, der durch eine Homestory am 13. März 2015 sein Privatleben in die Öffentlichkeit brachte. Insgesamt 86 Artikel thematisierten Privates der beiden Akteure Yanis Varoufakis und Alexis Tsipras. Überraschend ist, dass die meisten dieser Artikel (38) bei „Spiegel Online“ zu finden waren. Allerdings nahmen sie aufgrund der hohen Fallzahl nur einen geringen Anteil von 6,8 Prozent an der Berichterstattung ein. Den größten Anteil nahmen Artikel, die das Privatleben von Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis thematisierten, an der Berichterstattung der „Welt“ ein (13 Artikel, 22,8 Prozent), es folgte die „taz“ (11 Artikel, 7,9 Prozent) und erst an dritter Stelle fand sich die „Bild“ mit 6 Artikeln und 7,1 Prozent der Berichterstattung (vgl. Anhang 20). Eine Boulevardisierung in diesem Bereich war also nicht nur bei der „Bild“-Zeitung zu konstatieren, sondern auch bei anderen Zeitungen.

Betrachtet man die Wertungen der griechischen und der deutschen Regierung bei der Befassung mit diesen drei reformfremden Themen, so zeigt sich, dass bei der Befassung mit dem Privatleben von Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis die Bewertung der griechischen Regierung in noch geringerem Maße ausgewogen war. Sie war mehrheitlich, zu 49,3 Prozent negativ ausgerichtet. Dies spricht dafür, dass das Privatleben der Akteure zur Polarisierung genutzt wurde. Befassten sich Artikel mit den geforderten Reparationszahlungen, so wurde die griechische Regierung erheblich positiver bewertet (30,8 Prozent) und die deutsche Regierung häufiger negativ (57,9 Prozent) (vgl. Anhang 24).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass reformfremde Themen eine große Rolle in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise spielten. Teilweise wurde die griechische Staatsschuldenkrise mit anderen Aspekten, z.B. der europäischen Außenpolitik, verknüpft, teilweise wurden auch Nebenschauplätze aufgemacht. Dies war insbesondere beim Thema Reparationen aber auch beim Privatleben der Mitglieder der griechischen Regierung der Fall. Beide Themen standen in keinem Zusammenhang

mit der Reformpolitik und widersprachen damit dem Qualitätskriterium einer differenzierten Hintergrundberichterstattung. Durch ihren Einsatz wurden Bewertungen gegenüber der griechischen und der deutschen Regierung gesetzt oder verstärkt. Sie polarisierten und verstärkten so den Konflikt zwischen den Akteuren in der Medienöffentlichkeit.

7.4.4. Der Grexit als Folgeszenario

Bei der Analyse der deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise fiel zudem auf, dass in vielen Artikeln die Inhalte und Reformziele, über die gestritten wurde zwischen Griechenland und den Institutionen, nicht benannt wurden, dafür jedoch sehr oft eine mögliche Konsequenz des Scheiterns von Verhandlungen: Der Grexit. Der Begriff setzt sich aus den Wörtern Griechenland und Exit zusammen und meint einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion und somit ein Verlassen der Währung „Euro“.

Insgesamt wurde ein Euro-Austritt Griechenlands in 494 Artikeln thematisiert, das sind 34,3 Prozent aller Artikel. Auf einen so hohen Anteil kam kein einziges Politikfeld und auch keine spezifische Reform in der Berichterstattung.

Die beiden Springer-Medien „Bild“ und „Welt“ befassten sich deutlich häufiger mit einem Grexit als andere untersuchte Medien. Bei „Bild“ thematisierten 44,7 Prozent der Artikel (38) dieses Szenario, bei der „Welt“ waren es 44,6 Prozent (45). An dritter Stelle folgte mit etwas Abstand die „Süddeutsche Zeitung“ (39,4 Prozent, 82 Artikel) und an vierter Stelle die „FAZ“ (37 Prozent, 131 Artikel). Am seltensten wurde ein möglicher Euro-Austritt Griechenlands bei „Spiegel Online“ (29,2 Prozent, 162 Artikel) und bei der „taz“ (25,9 Prozent, 36 Artikel) thematisiert (vgl. Anhang 21).

In der griechischen Staatsschuldenkrise wurde ein Euro-Austritt Griechenlands von (fast) allen Seiten als Worst-Case-Szenario, also den schlechtesten anzunehmenden Ausgang, dargestellt. Die intensive Thematisierung eines Euro-Austritts Griechenlands in „Bild“ und „Welt“ korrespondierte mit der bei diesen beiden Medien festgestellten Tendenz zum Negativismus. Die Journalisten der Zeitungen „Bild“ und „Welt“ dramatisierten offenbar mit dem Folgeszenario Grexit, um den Negativismus in ihrer Berichterstattung zu verstärken. Die negative Darstellung wurde durch einen besonders schlechten Entwurf eines Ausgangs der Staatsschuldenkrise untermauert.

Im zeitlichen Verlauf ist erkennbar, dass das Thema Euro-Austritt durchgängig auf niedrigem Niveau bei etwa zwei bis fünf Artikeln täglich thematisiert

wurde. Die Berichterstattung war in der zweiten Februarhälfte, als eine Einigung erstmals in Frage gestellt wurde, sprunghaft angestiegen auf mehr als 10 Artikel täglich. Unter den gleichen Bedingungen, während der Verhandlungen um die letzte Tranche des zweiten Hilfspakets Mitte Juni 2015 und dem Scheitern der Verhandlungen Ende Juni, nahm die Berichterstattung mit einem Verweis auf das Folgeszenario Grexit erneut sehr stark zu und erreichte mit 38 Artikeln am 30. Juni 2015 ihren Höhepunkt (vgl. Abbildung 16).

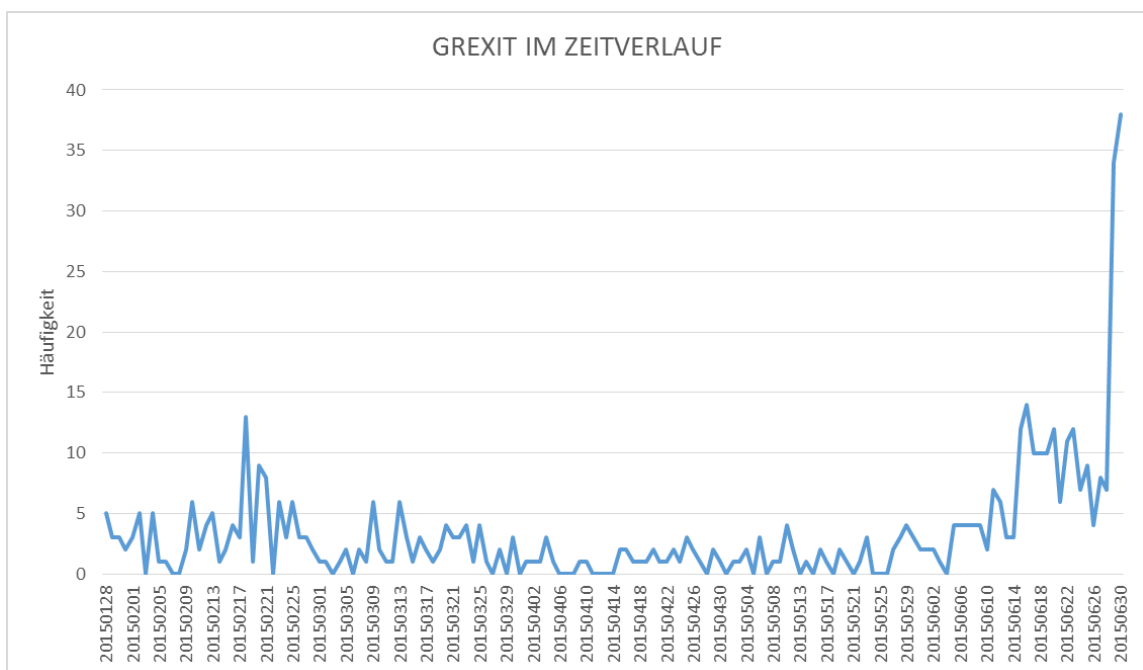


Abbildung 16: Thematisierung eines Grexit

Die Diskussion in der Berichterstattung über einen Grexit wurde demnach insbesondere dann verstärkt geführt, wenn Verhandlungen zu scheitern drohten.

Vergleicht man die Thematisierung eines Euro-Austritts zwischen verschiedenen Berichterstattungsanlässen, so zeigt sich, dass einzelne Akteure, wenn sie Anlass zur Berichterstattung waren, die Grexit-Diskussion befeuerten (vgl. Anhang 22). Waren Aussagen oder Aktionen der griechischen Regierung Anlass der Berichterstattung, so befassten sich nur 26,3 Prozent der Artikel (160) mit einem möglichen Grexit. Bei Mitgliedern der deutschen Regierung als Anlass der Berichterstattung waren es 42,6 Prozent der Artikel (66), die einen Euro-Austritt thematisierten. Mitglieder der EU-Kommission waren in 40 Prozent der Fälle (22) Anlassgeber für einen Artikel, der sich mit

einem Euro-Austritt befasste, bei Mitgliedern des Europaparlaments waren es sogar 57,9 Prozent der Artikel (11).

Vergleicht man die Bewertung der griechischen Regierung in Artikeln, in denen das Szenario eines Grexits aufgezeigt wurde, mit den Artikeln, in denen das nicht der Fall war, so ist erkennbar, dass die griechische Regierung bei Befassung mit einem Grexit erheblich schlechter bewertet wurde. Sie wurde in 59,4 Prozent der Artikel mit Thematisierung des Grexits negativ bewertet. Ohne Thematisierung des Grexits waren nur 46,3 Prozent der Artikel negativ konnotiert (vgl. Anhang 25).

Daraus lässt sich zusammenfassend ableiten, dass bei Artikeln, die Äußerungen von Mitgliedern der deutschen Regierung zum Anlass hatten, besonders häufig über einen möglichen Euro-Austritt Griechenlands in den untersuchten Medien berichtet wurde. In diesem Zusammenhang wurde die griechische Regierung stärker negativ dargestellt. Einzelne individuelle und kollektive Akteure haben demnach durch ihre Äußerungen oder Ereignisse eine Berichterstattung, die sich mit einem Euro-Austritt als Folge der Staatsschuldenkrise befasst und die griechische Regierung negativ darstellt, forciert oder zumindest gestützt.

7.5. Entkopplung

Als letzter Mechanismus des Wirtschaftsjournalismus in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise soll eine mögliche Entkopplung untersucht werden. Damit ist die fokussierte Darstellung einzelner Aspekte, z.B. Zahlen zum Renteneintrittsalter oder Höhe der Staatsverschuldung, ohne deren Einordnung in einen kausalen Zusammenhang oder eine sachliche Erklärung gemeint.

Medienübergreifend konnte nur ein geringer Anteil an Artikeln mit Entkopplungen festgestellt werden. Nur 128 Artikel, das entspricht 8,9 Prozent, entkoppelten einzelne Aspekte von wichtigen Zusammenhängen. Dieser Mechanismus trat jedoch bei „Bild“ und „Welt“ enorm häufig auf. Bei der „Welt“ fanden sich in 44,2 Prozent der Artikel (34) Entkopplungen, bei der „Bild“ in 32,9 Prozent der Artikel (28). Bei allen anderen untersuchten Medien waren es unter zehn Prozent der Artikel (vgl. Anhang 23).

Auch in dieser Hinsicht folgten die Journalisten der beiden Zeitungen vom Springer-Verlag einer Linie und entkoppelten einzelne (zumeist negative) Aspekte von Gesamtzusammenhängen. Dadurch wurde in der Tendenz eine negative Berichterstattung fokussiert.

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass insgesamt in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nur ein geringer Anteil an Artikeln mit Entkopplungen auftraten. Einzig in den beiden Zeitungen

„Bild“ und „Welt“ wurde ein hohes Ausmaß an entkoppelnden Artikeln in der Berichterstattung festgestellt. Das spricht dafür, dass komplexe Zusammenhänge der griechischen Staatsschuldenkrise und der Diskussion um Reformen nicht ausführlich dargestellt wurden. Stattdessen wurde über einzelne Aspekte ohne eine kausale Einordnung berichtet. Das Qualitätskriterium der Hintergrundberichterstattung, das eine differenzierte Einordnung von Zusammenhängen, Ursachen und Wirkungen in der Zeitungsberichterstattung fordert, wurde so nicht erfüllt.

8. Fazit

Qualitätsjournalismus gewinnt in Zeiten globaler Märkte und zunehmender Komplexität in den Wirtschaftssystemen in der Wirtschaftsberichterstattung stark an Bedeutung. Am Beispiel der griechischen Staatsschuldenkrise sind die hohe Anzahl an nationalen, europäischen und internationalen Akteuren, die von der Krise betroffen und an ihrer Lösung beteiligt sind, und damit die Komplexität wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf europäischer Ebene erkennbar. Bei diesen Entscheidungen geht es um Milliardenbeträge aus Steuergeldern der europäischen Bevölkerung. Die umfassende Information der Bevölkerung über die Entwicklungen und Entscheidungen in dieser Staatsschuldenkrise ist Aufgabe des Wirtschaftsjournalismus'. Journalistische Qualität und eine europäische Perspektive durch die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit sind hier gefordert, damit die komplexen Zusammenhänge, Folgen und Entwicklungen auch sachgerecht dargestellt werden. Fehlende Qualität im Wirtschaftsjournalismus und eine fehlende europäische Öffentlichkeit können das Verständnis der Bevölkerung für Ursachen und Lösungen der Staatsschuldenkrise und der Rolle von politischen Akteuren negativ beeinflussen und die Legitimität politischer Lösungen in der Bevölkerung verringern.

Daher ging diese Studie zwei zentralen Fragen nach: Erfüllt der Wirtschaftsjournalismus in der griechischen Staatsschuldenkrise an ihn gestellte Qualitätskriterien? Und wird eine europäische Öffentlichkeit durch die deutsche Wirtschaftsberichterstattung in der griechischen Staatsschuldenkrise hergestellt?

Hierfür wurden 1442 Artikel mit einem Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise in den Medien „Die Welt“, „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), „Süddeutsche Zeitung“, „Die Tageszeitung“ („taz“) und „Spiegel Online“ zwischen dem 28. Januar 2015 und dem 30. Juni 2015 mittels quantitativer Inhaltsanalyse untersucht.

Mit dieser Studie konnte gezeigt werden, dass es gemeinsame Trends in der Berichterstattung überregionaler deutscher Tageszeitungen und des Online-Portals „Spiegel Online“ zur griechischen Staatsschuldenkrise – aber in einigen Fragen auch erkennbare Unterschiede – gibt. Eine differenzierte Betrachtung der Berichterstattung ist daher dringend geboten.

Die zentralen Ergebnisse sollen orientiert an den aufgestellten Fragestellungen zusammengefasst und diese damit beantwortet werden:

1. Insgesamt wurde in 1442 Artikeln über die griechische Staatsschuldenkrise berichtet. Die Berichterstattung war insbesondere dann sehr intensiv, wenn Kreditraten fällig wurden, Verhandlungen über die Verlängerung des zweiten Hilfspaketes anstanden und europäi-

sche Gipfeltreffen stattfanden. Es wurde also in hoher Intensität, jedoch ereignisabhängig, über die griechische Staatsschuldenkrise berichtet.

Die Reformagenda selbst wurde in dieser Berichterstattung jedoch nur teilweise aufgegriffen und die Berichterstattungsintensität zu konkreten griechischen Reformvorschlägen und Reformzielen war gemessen an der Gesamtberichterstattung begrenzt. 558 von 1442 Artikeln der untersuchten deutschen Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise griffen keinen einzigen spezifischen Reformvorschlag auf. Die Reformagenda, einzelne Reformvorschläge und ihre Umsetzung spielten demnach in der Mehrheit der Berichte in den untersuchten Medien keine große Rolle.

2. Europäische Akteure, insbesondere EU-Kommission, Europäisches Parlament und Europäische Zentralbank, spielten in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Sie waren selten Anlass der Berichterstattung und kamen auch nur selten zu Wort. Die Berichterstattung stellte eine Konfliktlinie zwischen deutscher und griechischer Regierung dar, andere Akteure kamen selten vor.
3. Die aufgestellte These, die Berichterstattung orientiere sich stark an den handelnden Akteuren und weniger stark an den inhaltlichen Themen, konnte zumindest für die Mehrheit der journalistischen Artikel nicht bestätigt werden. Fast 60 Prozent der Artikel wiesen nur eine schwache oder gar keine Personalisierung auf, sie bezogen sich überwiegend auf ein Sachthema. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Nachrichten und kurze Berichte. 18 Prozent aller Artikel zeigten eine starke oder sehr starke Personalisierung und fokussierten damit in erheblichem Maß auf bestimmte Akteure. Allerdings zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten Medien. Bei „Bild“ und „Welt“ wurde deutlich intensiver personalisiert, fast 30 bzw. über 30 Prozent der Artikel wiesen eine starke oder sehr starke Personalisierung auf. In den meisten untersuchten Medien fand mehrheitlich keine starke Akteursfokussierung statt – in den beiden Springer-Medien „Bild“ und „Welt“ jedoch schon.
4. Im Fokus der Berichterstattung standen mit weitem Abstand griechische Akteure. Mitglieder der griechischen Regierung waren häufigster Anlass zur Berichterstattung. 58,6 Prozent der Artikel mit einem erkennbaren Berichterstattungsanlass bezogen sich auf die griechische Regierung. Zudem wurden sie am intensivsten mit Attributen adressiert. 69,3 Prozent aller in den untersuchten Artikeln kommunizierten Aussagen bezogen sich auf Ministerpräsident Alexis Tsipras oder Finanzminister Yanis Varoufakis. Sie standen erkennbar im Fokus der Berichterstattung. Auffällig war jedoch, dass sie seltener zu Wort gekommen sind als andere Akteure. Ihre Aussagen wurden in Artikeln seltener aufgegriffen und Zitate von ihnen wurden seltener eingesetzt, als bei anderen Akteuren. Mitglieder der griechischen

Regierung waren also Berichterstattungsanlass, wurden häufig genannt und es wurden häufig Aussagen über sie getroffen – sie selbst kamen aber kaum zu Wort. Es wurden häufiger Aussagen über sie verbreitet, als dass ihre Aussagen verbreitet wurden.

5. Deutsche und griechische Regierungsmitglieder wurden in der Berichterstattung gegenübergestellt. Bei „Bild“ und „Welt“ fand die Darstellung dieses Konflikts besonders intensiv statt, hier wurde ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Intensität der Berichterstattung über deutsche und über griechische Regierungsmitglieder gemessen. Je intensiver über griechische Regierungsmitglieder berichtet wurde, umso intensiver wurde auch über deutsche Regierungsmitglieder berichtet. Die beiden Medien stellten beide Akteure also erkennbar gegenüber und konzentrierten ihre Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise stärker als andere Medien auf eine bipolare Akteurskonstellation. Auch bei den Aussagen von Akteuren über Akteure, die in den Artikeln veröffentlicht wurden, ist von deutscher Seite eine Bipolarität erkennbar. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich in 78 Prozent ihrer Aussagen zu dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras. Bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wurde in 57 Prozent der dargestellten Aussagen eine Äußerung über den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis getroffen. Die Journalisten der untersuchten Medien fokussierten demnach erkennbar auf einen Konflikt zwischen deutscher und griechischer Regierung. Auffällig war zudem, dass sich die von den Medien selektierten Aussagen auf der gleichen Hierarchieebene bewegten. Es wurden also die Konfliktlinien Angela Merkel - Alexis Tsipras, bzw. deutsche Regierungschefin zu griechischem Regierungschef, und Wolfgang Schäuble - Yanis Varoufakis, bzw. deutscher Finanzminister zu griechischem Finanzminister, aufgebaut.
6. Es wurde insgesamt eine mehrheitlich meinungsorientierte und wertende Berichterstattung vorgefunden. Meinungen und Wertungen wurden auf unterschiedlichen Wegen in die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise eingebunden: In 26 Prozent der Artikel gingen Meinungen und Wertungen direkt und offensichtlich von Journalisten aus, die die Artikel verfassten. Sie bezogen sich in den meisten Fällen auf Akteure der griechischen Regierung. In 28,4 Prozent der Fälle traf das auch auf Nachrichten zu, wodurch das Qualitätskriterium der Neutralität verletzt wurde. In 72 Prozent der Artikel wurden Wertungen von Akteuren in der Berichterstattung zu griechischen Staatsschuldenkrise weitergegeben. Auffällig war, dass sich die Texte in ihrer Positionierung teilweise an diesen Wertungen orientierten, in Abhängigkeit von deren Tonalität. Akteure wurden demnach mehrheitlich zitiert, um Wertungen der Journalisten zu stützen oder zu forcieren. Sie wurden im Sinne Hagens (1992) als „opportune Zeugen“ eingesetzt.

In 35 Prozent der Nachrichten und kürzeren Berichte und in 47 Prozent der längeren Berichte wurden Wertungen gegenüber Griechenlands Regierung veröffentlicht. In 28 Prozent der untersuchten Nachrichten und kürzeren Berichten konnte zudem festgestellt werden, dass die Journalisten selbst eine Position einnahmen und attribuierten. Als objektive Darstellungsformen sollten Nachrichten und Berichte frei von Meinungen der Journalisten sein. Die Ergebnisse sprechen für eine Auflösung der berufsethischen Trennungsnorm von Nachricht und Meinung in einer Vielzahl an Artikeln zur griechischen Staatsschuldenkrise. Dass die wirtschaftspolitische Berichterstattung in Deutschland grundsätzlich meinungs- und akteursorientierter wird, hat sich in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 zwar nicht für die Mehrheit der untersuchten Artikel, jedoch für einen erheblichen Anteil bestätigt.

7. Die Tonalität der meinungsorientierten Berichterstattung unterschied sich zwischen den untersuchten Medien. Betrachtet man diese übergreifend, so war nur etwa ein Drittel der Artikel in ihrer Gesamttendenz negativ. Medienübergreifend konnte festgestellt werden, dass, wenn Akteure der griechischen Regierung durch Adjektive im Text bewertet wurden, diese Wertungen mehrheitlich negativ und äußerst selten positiv waren. Auch die Bewertungen durch Akteure waren bei der griechischen Regierung, wenn sie nicht ausgewogen waren, mehrheitlich negativ. Bei allen untersuchten Medien konnte festgestellt werden, dass Text und Akteurswertung dann besonders stark übereinstimmten, wenn Akteure die griechische Regierung negativ bewerteten. Positiven Positionen von Akteuren wurde in Texten häufiger widersprochen als negativen. Auch die von Journalisten eingenommenen Positionen in den untersuchten Berichten waren mehrheitlich gegen Akteure der griechischen Regierung gerichtet, nur 16 Prozent äußerten sich positiv gegenüber Akteuren der griechischen Regierung.
8. Über die beiden gegenüberstehenden Positionen einer angebotsorientierten und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik in der griechischen Staatsschuldenkrise und die diese Positionen vertretenden Akteure – die griechische und die deutsche Regierung – wurde nicht gleichgewichtig berichtet. Die Berichterstattung über die zentralen Positionen und Akteure war nicht ausgewogen. Über Mitglieder der griechischen Regierung wurde mehrheitlich negativ berichtet. 50,9 Prozent der untersuchten journalistischen Artikel stellten die griechische Regierung negativ dar, nur 16,9 Prozent wiesen eine positive Wertung auf. Deutsche Regierungsmitglieder erfuhren viel stärker eine ausgewogene Berichterstattung als die griechische Regierung. Akteure, die sich ausgewogen oder positiv gegenüber Griechenlands Regierung äußerten, kamen zwar häufig zu

Wort, ihrer Position wurde jedoch im Text bei den meisten Medien häufiger widersprochen als bei Akteuren, die sich negativ gegenüber der griechischen Regierung äußerten.

9. Es gab deutlich wahrnehmbare Unterschiede zwischen Boulevard-, Qualitäts- und Onlinemedien. Im Boulevardmedium „Bild“ war der Anteil an akteursorientierter und meinungsorientierter Berichterstattung höher als bei anderen Medien. „Bild“ berichtete in 81,6 Prozent der Artikel und damit am stärksten negativ über die griechische Regierung, setzte am intensivsten auf Negativismus, war im geringsten Umfang ausgleichend zwischen verschiedenen Positionen, setzte gezielt Akteure mit negativen Positionen gegenüber der Regierung Griechenlands als Zitatgeber ein und stimmte dann in Artikeln am stärksten mit diesen überein. Die Reformagenda wurde zudem bei der Boulevardzeitung „Bild“ im geringsten Umfang thematisiert. Es wurde sich nur auf sehr wenige Reformziele konzentriert, wie z.B. die Einführung einer Großvermögenssteuer, die Reform des Rentensystems oder eine Mehrwertsteuerreform. 73 spezifische Reformen wurden hingegen komplett ausgelassen, soviel wie bei keinem anderen Medium.

Vergleicht man zu den Eigenschaften von „Bild“ die Berichterstattungstendenzen der anderen untersuchten Medien, so fällt zunächst auf, dass sich das Onlinemedium „Spiegel Online“ kaum von den untersuchten Qualitätszeitungen unterschied. Die Berichterstattung war intensiver, jedoch nicht meinungsorientierter und befasste sich sogar mit den meisten spezifischen Reformzielen. Dies wird auch auf den hohen Anteil an Nachrichten in der Berichterstattung zurückgeführt. Zudem war auffällig, dass sich die Qualitäts- und Onlinemedien in den oben genannten Punkten weitestgehend vom Boulevardmedium „Bild“ absetzten und in geringerem Umfang meinungsorientiert negativ über Griechenlands Regierung und akteursfokussiert berichteten.

Eine Ausnahme bildete die „Welt“, die in der Berichterstattung in mehreren Punkten mit „Bild“ übereinstimmte. In der „Welt“ kamen die meisten Zitate mit negativen Positionen zur griechischen Regierung vor, wurde neben „Bild“ am stärksten personalisiert, positionierten sich die meisten Journalisten contra Griechenlands Regierung und wurde am häufigsten nach der „Bild“ ein Euro-Austritt ins Spiel gebracht. Zudem fanden sich in „Bild“ und „Welt“ die häufigsten Entkopplungen von Wirtschaftszahlen. Dies spricht für mehrfache Verletzungen der untersuchten Qualitätskriterien der Vielfalt und Ausgewogenheit.

10. Die Journalisten selektierten und konzentrierten sich in ihrer Berichterstattung auf sehr wenige Politikfelder griechischer Reformpolitik. Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen die Haushaltspo-

litik und die Steuer- und Finanzpolitik. Sozialpolitik, Infrastrukturpolitik und Tarifpolitik u.a. spielten eine geringe Rolle. Die Rentenpolitik geriet erst im Juni 2015 in einen stärkeren Fokus der Berichterstattung und wurde vorher kaum beachtet.

Spezifische Reformvorschläge und -ziele wurden selten aufgegriffen. Die Journalisten der untersuchten Medien blieben bei der Befassung mit der griechischen Reformpolitik größtenteils an der Oberfläche. Nur eine geringe Anzahl an Artikeln bezog sich auf wenige konkrete Reformvorhaben. Am häufigsten wurde ein möglicher Schuldenerlass thematisiert. Die Liste der gar nicht oder kaum thematisierten Reformvorhaben war indes lang. „Bild“ bezog sich bspw. auf 73 Reformzielen gar nicht, auch alle anderen Medien erwähnten jeweils über 20 konkrete Reformvorhaben nicht. Es konnte festgestellt werden, dass sich die Auswahl einzelner Reformen als Berichterstattungsthemen und die Berichterstattungstiefe zu spezifischen Reformen zwischen den Medien unterschieden.

In der griechischen Staatsschuldenkrise zeigte sich die Komplexität europäischer Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsjournalismus muss diese komplexen und vernetzten Zusammenhänge erklären und dabei Kriterien journalistische Qualität einhalten, damit in dieser europäischen Staatsschuldenkrise in der Bevölkerung keine Verunsicherung entsteht, die diese Krisen und Konflikte verschärft. War zu Beginn des Jahres noch eine Mehrheit der Bevölkerung für einen Verbleib Griechenlands im Euro, so sprach sich im Juni 2015 eine Mehrheit gegen einen Verbleib Griechenlands im Euro aus und eine deutliche Mehrheit gegen weitere Zugeständnisse an Griechenland. Das notwendige Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die griechische Regierung schwand im ersten Halbjahr 2015 jedoch erkennbar, die Verunsicherung nahm zu. Der Wirtschaftsjournalismus war hier gefordert, umfassend, ausgewogen, hintergründig, vielfältig und neutral über relevante Aspekte und Vorgänge zu informieren, um seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen.

Diese Studie zeigt, dass die Journalisten in Deutschland in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise diese Qualitätskriterien zu wenig beachtet haben. Die Berichterstattung war in ihrer Gesamtheit nicht ausgewogen zwischen unterschiedlichen Positionen und Meinungen. Auch über die Gesamtheit der untersuchten Medien und über das gesamte politische Spektrum kann eine unausgewogene Berichterstattung postuliert werden. Sie erfüllte auch in vielen Artikeln das Qualitätskriterium der Neutralität nicht, weil Journalisten ihre Meinung in Nachrichten einbrachten. Journalisten bezogen eigene Positionen auch außerhalb von meinungsorientierten Darstellungsformen. Bei der Auswahl von direkt und indirekt zitierten Akteuren wurde das Qualitätskriterium der Vielfalt in zahlreichen untersuchten Artikeln nicht gewahrt. Es fiel auf, dass einige der untersuchten Medien nur

Akteure zitierten, die die Meinung des Blattes vertraten. Vielfach fand eine differenzierte Hintergrundberichterstattung zu den Reformvorhaben der griechischen Regierung nicht statt. Die Reformvorschläge wurden nur oberflächlich und nicht ausführlich behandelt. Die untersuchte deutsche Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise erfüllte demnach die untersuchten Qualitätsmerkmale der Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Hintergrundberichterstattung nur sehr begrenzt.

Für die journalistische Praxis ergeben sich aus der Auflösung der Trennung von Nachricht und Meinung, einer zunehmenden Akteursorientierung und einer Politisierung des Wirtschaftsjournalismus Gefahren für dieses Ressort. Die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise hat gezeigt, dass es nur in sehr wenigen Artikeln noch um sachliche Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und über das Für und Wider bestimmter Reformen ging. Stattdessen ging es um politische Entscheidungsträger und ihre Entscheidungen. Wenn sich der Wirtschaftsjournalismus den Regeln des Politikjournalismus unterordnet, verliert er an originären Eigenschaften, erfüllt seine Funktionen nicht mehr und verliert somit auch seine Existenzberechtigung.

Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem, dass bei der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise auch kaum von einer europäisierten nationalen Öffentlichkeit in Deutschland gesprochen werden kann. Der europäische Konflikt wurde in der deutschen Medienöffentlichkeit zu einem bi-nationalen Konflikt. Zwar bildeten europäische Ereignisse, wie Krisen-Gipfel oder Finanzministertreffen, Anlässe zur Berichterstattung und steigerten die Berichterstattungsintensität, sie waren jedoch selten Gegenstand der Berichterstattung. So zeigte sich an der Berichterstattung über diese europäische Staatsschuldenkrise auch, dass die deutsche Medienöffentlichkeit noch weit von einer Europäisierung entfernt ist. Das festgestellte europäische Öffentlichkeitsdefizit schafft Misstrauen bei der Bevölkerung und birgt so die Gefahr, die Legitimation europäischer Entscheidungen, Institutionen und Akteure zu verringern. Diese ist jedoch erforderlich, schließlich werden bereits 80 Prozent aller wirtschaftspolitischen Gesetze auf europäischer Ebene entschieden. Durch ihren fehlenden Bezug zu europäischen Akteuren trägt die deutsche Berichterstattung dazu bei, dass gegenseitiges Vertrauen der europäischen Bevölkerung in Staaten, Regierungen und europäische Institutionen fehlt, welches angesichts der politischen Herausforderung gegenseitiger finanzieller Haftung erforderlich gewesen wäre. Allein Deutschland würde bei einem Zahlungsausfall der sechs Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Zypern mit 533 Milliarden Euro haften, Frankreich mit 409 Milliarden und Österreich mit 57 Milliarden Euro. Angesichts dieser hohen Haftungssummen ist ein europäisches Verständnis für

Zusammenhänge, Hintergründe, Anstrengungen und Entwicklungen geboten.

Die gewonnenen Erkenntnisse bieten an vielen Stellen Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsfragen. Um die deutsche Medienöffentlichkeit komplett abbilden zu können, wäre neben den untersuchten Print- und Onlinemedien eine Analyse der Fernsehberichterstattung erforderlich. Diese könnte auf Unterschiede zu den hier gewonnenen Ergebnissen der Berichterstattung in Print- und Onlinemedien hin untersucht werden. Darüber hinaus bietet diese Analyse Anknüpfungspunkte für qualitative Forschung. Einzelne Artikel, die beispielsweise durch eine besonders negative Tonalität aufgefallen sind, könnten auf die genutzten sprachlichen Mittel oder den Grad der Emotionalisierung und ihre sprachliche Umsetzung in der Boulevard-Berichterstattung hin untersucht werden. Auch könnten durch Diskursanalysen genutzte Frames, Narrative oder Mythen in Kommentaren oder Interviews erfasst werden.

9. Literatur

- Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2010): Krisenerlebnisse und Lernprozesse des Wirtschaftsjournalismus, in: *Forschungsjournal NSB* 3/2010, S. 35-43.
- Arnold, Klaus (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept, in: *Publizistik* 4/2008, S. 488-508.
- Arnold, Klaus (2009): *Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum*, Konstanz: UVK.
- Arnold, Klaus (2012): Qualität im Journalismus, in: Meier, Klaus/Neuberger, Christoph (Hrsg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 77-88.
- Bach, Thomas/Weber, Mathias/Quiring, Oliver (2012): Das Framing der Finanzkrise Deutungsmuster und Inter-Media Frame Transfer im Krisenherbst 2008, in: *SCM*, 2/2012, S. 193-224.
- Beck, Klaus/Berghofer, Simone/Dogruel, Leyla/Greyer, Janine (2012): *Wirtschaftsberichterstattung in der Boulevardpresse*, Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesministerium der Finanzen (2015): Europäische Finanzhilfen: EFSF und EFSM, in: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Zahlen_und_Fakten/europaeische-finanzhilfen-efsf-efsm.html?view=renderPrint, eingesehen am 08.10.2015.
- Castendyk, Oliver/Wellbrock, Christian (2013): Die Wirtschaft im Spiegel der Medien, in: [http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Namensartikel-Die-Wirtschaft-im-Spiegel-der-Medien.pdf/\\$file/Namensartikel-Die-Wirtschaft-im-Spiegel-der-Medien.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Namensartikel-Die-Wirtschaft-im-Spiegel-der-Medien.pdf/$file/Namensartikel-Die-Wirtschaft-im-Spiegel-der-Medien.pdf), eingesehen am 28.07.2015.
- Deutscher Bundestag (2015): Unterrichtung, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804093.pdf>, eingesehen am 18.06.2015.
- Deutscher Journalistenverband (DJV) (2015): Sofortiger Stopp gefordert, in: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemitteilungen/detail/article/sofortiger-stopp-gefordert.html>, eingesehen am 14.09.2015.
- Donsbach, Wolfgang/Büttner, Katrin (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnachrichten, in: *Publizistik*, 1/2005, S. 21-38.
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. in: *Berliner Journal für Soziologie*, 10, S. 167-184.

- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (1998): Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß - Themen und Meinungen in Pressekommentaren, in: Discussion Paper FS III 98-107. Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).
- Eilders, Christiane/Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Zeitungen, in: Medien- und Kommunikationswissenschaft 51(2), S. 250–270.
- Ernst, Cornelia (2015): Eine Alternative ist möglich - SYRIZA für Griechenland, In: <http://www.cornelia-ernst.de/2015/06/interessantes-zu-griechenland/>, eingesehen am 19.06.2015.
- Esser, Frank (1999): Tabloidization of News. A Comparative Analyses of Anglo-American and German Press Journalism. In: European Journal of Communication, 14. Jg., S. 291-324.
- Fabris, Heinz/Renger, Rudi (2003): Vom Ethik- zum Qualitätsdiskurs. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.) (2003): Qualität im Journalismus. Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle. Opladen u. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 79-81.
- Fährnich, Birte/Seiffert, Jens (2013): Strategische Kommunikation in der europäischen Öffentlichkeit. Eine Analyse der Kommunikationsstrategie der deutschen Bundesregierung im Kontext der europäischen „Staatsschuldenkrise“, in: Filzmaier, Peter/Plaikner, Peter /Duffek, Karl/Hainzl, Christina/Ingruber, Daniela (Hrsg.). Wir sind Europa. Edition netPOL, Bd. 4, Wien: Facultas Verlag, S. 82-105.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2015): Politbarometer Juni 2015, in: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Juni_2015/, eingesehen am 18.06.2015.
- Gerhards, Jürgen/Roose, Jochen/Offerhaus, Anke (2004): AttrEU: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung, in: userpage.fu-berlin.de/~gerhards/attribution/AttrEU_Codebuch.pdf, eingesehen am 30.07.2015.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien, in: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt: Campus. S. 135-158.

- Häusermann, Jürg (1996): Im Dialog mit dem Akteur, in: Biere, Bernd Ulrich/Hoberg, Rudolf (Hrsg.): Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Fernsehen, Tübingen: Narr, S. 81-100.
- Häusermann, Jürg (2005): Journalistisches Texten. Sprachliche Grundlagen für professionelles Informieren. Konstanz.
- Hagen, Lutz M. (1992): Die opportunen Zeugen : Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik 4/1992, S. 444-460.
- Heinrich, Jürgen/Moss, Christoph (2006): Wirtschaftsjournalistik. Grundlagen und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag.
- Holsti, Ole R. (1969): Content analysis for the social sciences and humanities, Reading, MA: Addison-Wesley.
- Imhof, Kurt (2009): Empörungskommunikation. Zum moralischen Diktat über Wirtschaft und Gesellschaft, in: Institut für Kommunikationsmanagement (Hrsg.): Lingener Lektüren. Lingen/Ems: Institut für Kommunikationsmanagement, S. 4-21.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW) (2015): Ausweisung, in: <http://www.ivw.eu/>, eingesehen am 30.07.2015.
- Infratest Dimap (2015): Wenig Vertrauen in Berichterstattung, in: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/wenig-vertrauen-in-medienberichterstattung/>, eingesehen am 14.08.2015.
- Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. (1987): News that Matters, Chicago: Chicago University Press.
- Iyengar, Shanto (1991): Is anyone responsible? How television frames political issues, Chicago: University of Chicago Press.
- Jäckel, Michael (1999): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung und die Bedeutung der Medien, in: Ders.: Medienwirkungen, Ein Studienbuch zur Einführung, Wiesbaden, S.215-248.
- Kepplinger, Hans Mathias (1994): Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 214-233.
- Koopmans, Ruud/Erbe, Jessica (2003): Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication, Discussion Paper SP IV 2003-403, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Koopmans, Ruud (2010): Europa wird erwachsen, in: WZB Mitteilungen 130/2010, S. 18-21.

- Kotios, Angelos (2015): Griechenland nach den Wahlen, in: Wirtschaftsdienst 2/2015, S. 82-83.
- Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Lauf, Edmund/ Peter, Jochen (2004): EU-Repräsentanten in Fernsehnachrichten. Eine Analyse ihrer Präsenz in 13 EU-Mitgliedsstaaten vor der Europawahl 1999, in: Hagen, Lutz (Hrsg.) Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess, Köln: Halem, S. 162-177.
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lünenborg, Margreth (2009): Politik auf dem Boulevard? Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft, Bielefeld: transkript.
- Machill, Marcel/Beiler, Markus/Fischer, Corinna (2006): Europe-topics in Europe's media. The debate about the European public sphere: a meta-analysis of media content analyses, in: European Journal of Communication 1/2006, S. 57-88.
- Mast, Claudia (2012): Neuorientierung im Wirtschaftsjournalismus. Redaktionelle Strategien und Publikumserwartungen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neller, Katja (1999): Lokale Kommunikation. Politikberichterstattung in Tageszeitungen. Wiesbaden: DUV.
- Neuberger, Christoph (2013): Qualität im Journalismus – Was ist Qualität? Und wie wird sie gemessen und gesichert?, in: Neuberger, Christoph/Kapern, Peter (Hrsg.): Grundlagen des Journalismus, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 114-145.
- Offerhaus, Anke (2008): Transparenz und massenmediale Öffentlichkeit als Voraussetzung demokratischer Legitimation : Informationsquellen und ihre Zugänglichkeit aus der Sicht von EU-Korrespondenten, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft, Frankfurt a. M.: Campus, S. 4052-4065.
- Otto, Kim (2001): Thematisierungsstrategie in den Massenmedien und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger, In: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/2965/1/otto.pdf>, eingesehen am 18.09.2015.
- Pöttker, Horst (2000): Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe. in: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 375-390.

- Pürer, Heinz (2014): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 2. Aufl., Konstanz/München: UVK.
- Quiring, Oliver (2003): Die Fernsehberichterstattung über die Arbeitslosigkeit und ihr Einfluss auf wahlrelevante Vorstellungen der Bevölkerung – eine Zeitreihenanalyse 1994-1998, in: Publizistik 48 (1), S. 1-24.
- Raupp, Juliane (2007): Politische Meinungsforschung. Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation, Konstanz: UVK.
- Renger, Rudi (2008): Populärer Journalismus, in: Hepp, Andreas; Winter, Rainer (Hrsg.): Kultur - Medien - Macht. Cultural Studies und Medienanalyse. 4. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 269–283.
- Risse, Thomas (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit, in: Berliner Debatte Initial, 5/6, S. 15-23.
- Ruß-Mohl, Stefan (1992): Am eigenen Schopfe. Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche, in: Publizistik. 01/1992, S. 83-96.
- Scharkow, Michael (2005): Operationalisierung und Messung europäischer Öffentlichkeit – eine Bestandsaufnahme, in: <http://underused.org/docs/europub.pdf>, eingesehen am 28.7.15.
- Schatz, Heribert/Schulz, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem, in: Media Perspektiven. 11/1992. S. 690-712.
- Schlosser, Simone (2013): „Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Pleitegriechen.“ Die Darstellung Griechenlands in ausgewählten deutschen Medien während der Euro-Krise und ihr Einfluss auf die Meinung der deutschen Öffentlichkeit, in: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA) 4/2013.
- Schranz, Mario/Eisenegger, Marc (2012): The Media Construction of the Financial Crisis in a Comparative Perspective, in: Swiss Journal of Sociology 2/2012, S. 241–258.
- Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag.
- Sehl, Annika/Steinbrecher, Michael (2014): Der Bürger als Programmacher - der Journalist als Ratgeber, in: Wiebke Loosen/Marco Dohle (Hrsg.): Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 171-190.
- Seiffert, Jens/Fährnich, Birte (2012): Mehr als nur Rhetorik? Die strategische Kommunikation der deutschen Bundesregierung in der Euro-Krise, in: Fröhlich, Romy/Koch, Thomas (Hrsg.): Politik - PR - Persuasion, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 261-284.

Wellbrock, Christian-Matthias/Klein, Konstantin (2014): Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode, in: Publizistik 4/2014, S. 387-410.

10. Anhang

Anhang 1: Artikel in den untersuchten Medien

	Häufigkeit	Prozent
Bild	85	5,9
Die Welt	101	7,0
FAZ	354	24,5
Gültig SZ	208	14,4
taz	139	9,6
Spiegel Online	555	38,5
Gesamt	1442	100,0

Anhang 2: Darstellungsformen in den untersuchten Medien

Medium * Darstellungsform Kreuztabelle

		Darstellungsform					Gesamt
		Nachricht/Bericht	Kommentar	Interview	Längerer Bericht/Hintergrundbericht	Reportage	
Bild	Anzahl	35	8	16	15	11	85
	% innerhalb von Medium	41,2%	9,4%	18,8%	17,6%	12,9%	100,0%
Die Welt	Anzahl	32	11	14	19	25	101
	% innerhalb von Medium	31,7%	10,9%	13,9%	18,8%	24,8%	100,0%
FAZ	Anzahl	205	46	9	50	39	349
	% innerhalb von Medium	58,7%	13,2%	2,6%	14,3%	11,2%	100,0%
SZ	Anzahl	101	34	5	16	52	208
	% innerhalb von Medium	48,6%	16,3%	2,4%	7,7%	25,0%	100,0%
taz	Anzahl	67	25	10	13	22	137
	% innerhalb von Medium	48,9%	18,2%	7,3%	9,5%	16,1%	100,0%
Spiegel Online	Anzahl	320	57	14	88	72	551
	% innerhalb von Medium	58,1%	10,3%	2,5%	16,0%	13,1%	100,0%
Gesamt	Anzahl	760	181	68	201	221	1431
	% innerhalb von Medium	53,1%	12,6%	4,8%	14,0%	15,4%	100,0%

Anhang 3: Länge der Artikel in den untersuchten Medien (Mittelwerte)

Mittelwert

Medium	Länge in Wörtern
Bild	714,57
Die Welt	1009,45
FAZ	765,51
SZ	811,80
taz	604,67
Spiegel Online	549,20
Insgesamt	679,15

Anhang 4: Position der Artikel in den untersuchten Medien (Mittelwerte Seitenzahl)

Mittelwert

Medium	Position
Bild	2,53
Die Welt	9,23
FAZ	12,14
SZ	8,26
taz	6,34
Insgesamt	9,07

Anhang 5: Berichterstattungsanlässe in den untersuchten Monaten

Anzahl

Anlass	Datum(Klassiert)					Gesamt
	Feb 2015	Mrz 2015	Apr 2015	Mai 2015	Jun 2015	
Mitglied griechische Regierung	231	151	69	46	111	608
Mitglied deutsche Regierung	48	25	11	18	53	155
Mitglied andere europäische Regierung	27	2	5	2	12	48
Mitglied griechisches Parlament	3	3	2	3	3	14
Mitglied deutsches Parlament	26	11	3	2	16	58
Mitglied Europa-Parlament	7	3	2	2	5	19
Mitglied EU-Kommission	10	6	3	6	30	55
Mitglied der EZB	13	9	2	0	10	34
Mitglied des IWF	1	3	6	10	8	28
Mitglied nicht-europäische Regierung	5	1	4	2	7	19

Anhang 6: Sach- oder Akteursfokus in den untersuchten Monaten

Medium * Themenfokus: Sach- oder Akteursthema Kreuztabelle

		Themenfokus: Sach- oder Akteursthema					Gesamt
		Klares Sachthema/ keine Personalisierung	Überwiegend Sachthema/ geringe Personalisierung	Sach- und Akteursthema gleichermäßen/ mittlere Personalisierung	Überwiegend Akteursthema/ starke Personalisierung	Ausschließliches Akteursthema/ sehr starke Personalisierung	
Bild	Anzahl	8	20	32	13	12	85
	%	9,4%	23,5%	37,6%	15,3%	14,1%	100,0%
Die Welt	Anzahl	23	27	14	22	15	101
	%	22,8%	26,7%	13,9%	21,8%	14,9%	100,0%
FAZ	Anzahl	134	93	67	38	20	352
	%	38,1%	26,4%	19,0%	10,8%	5,7%	100,0%
SZ	Anzahl	43	71	60	22	12	208
	%	20,7%	34,1%	28,8%	10,6%	5,8%	100,0%
taz	Anzahl	33	60	26	18	2	139
	%	23,7%	43,2%	18,7%	12,9%	1,4%	100,0%
Spiegel Online	Anzahl	149	200	115	71	20	555
	%	26,8%	36,0%	20,7%	12,8%	3,6%	100,0%
Gesamt	Anzahl	390	471	314	184	81	1440
	%	27,1%	32,7%	21,8%	12,8%	5,6%	100,0%

% innerhalb von Medium

Anhang 7: Nennungen griechischer und deutscher Entscheidungsträger

Mittelwert

Medium	Personenbezogene Berichterstattung: Griechische Entscheidungsträger	Personenbezogene Berichterstattung: Deutsche Entscheidungsträger
Bild	2,55	2,02
Die Welt	2,65	1,89
FAZ	2,44	1,55
SZ	2,44	1,64
taz	2,62	1,65
Spiegel Online	2,22	1,63
Insgesamt	2,39	1,65

Anhang 8: Attributionssender und -empfänger

Attributionssender ^a		Medium						Gesamt
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online	
Alexis Tsipras	Anzahl	8	7	26	37	12	60	150
	%	11,4%	11,5%	11,2%	21,1%	11,5%	14,3%	
Yanis Varoufakis	Anzahl	6	11	18	18	0	67	120
	%	8,6%	18,0%	7,7%	10,3%	0,0%	16,0%	
Angela Merkel	Anzahl	8	5	11	9	1	26	60
	%	11,4%	8,2%	4,7%	5,1%	1,0%	6,2%	
Wolfgang Schäuble	Anzahl	10	8	36	14	3	61	132
	%	14,3%	13,1%	15,5%	8,0%	2,9%	14,5%	
Andere	Anzahl	62	53	190	167	94	344	910
	%	88,6%	86,9%	81,5%	95,4%	90,4%	81,9%	
Gesamt	Anzahl	70	61	233	175	104	420	1063

Prozentsätze beziehen sich auf Medien.

a. Dichotomie-Gruppe tabellarisch dargestellt bei Wert 1. Mehrfachantworten.

Attributionsadressaten ^a		Medium						Gesamt
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online	
Alexis Tsipras	Anzahl	38	40	100	86	40	197	501
	%	53,5%	65,6%	44,8%	49,1%	37,7%	49,0%	
Yanis Varoufakis	Anzahl	15	18	57	41	4	83	218
	%	21,1%	29,5%	25,6%	23,4%	3,8%	20,6%	
Angela Merkel	Anzahl	14	14	18	23	15	64	148
	%	19,7%	23,0%	8,1%	13,1%	14,2%	15,9%	
Wolfgang Schäuble	Anzahl	7	6	11	16	10	29	79
	%	9,9%	9,8%	4,9%	9,1%	9,4%	7,2%	
Andere	Anzahl	53	26	126	136	73	223	637
	%	74,6%	42,6%	56,5%	77,7%	68,9%	55,5%	
Gesamt	Anzahl	71	61	223	175	106	402	1038

Prozentsätze beziehen sich auf Medien.

a. Dichotomie-Gruppe tabellarisch dargestellt bei Wert 1. Mehrfachantworten.

Anhang 9: Akteure kommen zu Wort

	Häufigkeit	Gültige Prozente
Sehr häufig (stehen im Mittelpunkt des Artikels)	153	10,6
Häufig (werden mehrfach im Artikel erwähnt)	352	24,5
Kaum (werden im Artikel kurz erwähnt)	599	41,7
Gar nicht (finden im Artikel keine Erwähnung)	333	23,2
Gesamt	1437	100,0

Anhang 10: Negativismus in den Medien

			Negativismus		Gesamt
			Ja	Nein	
Bild	Anzahl		49	36	85
	%		57,6%	42,4%	100,0%
Die Welt	Anzahl		30	40	70
	%		42,9%	57,1%	100,0%
FAZ	Anzahl		121	233	354
	%		34,2%	65,8%	100,0%
SZ	Anzahl		79	129	208
	%		38,0%	62,0%	100,0%
taz	Anzahl		66	73	139
	%		47,5%	52,5%	100,0%
Spiegel Online	Anzahl		165	390	555
	%		29,7%	70,3%	100,0%
Gesamt	Anzahl		510	901	1411
	%		36,1%	63,9%	100,0%

% innerhalb von Medium

Anhang 11: Positionierung Negativismus in den Medien

Mittelwert

Medium	Negativismus	Position
Bild	Ja	2,10
	Nein	3,11
	Insgesamt	2,53
Die Welt	Ja	8,77
	Nein	10,38
	Insgesamt	9,69
FAZ	Ja	12,15
	Nein	12,13
	Insgesamt	12,14
SZ	Ja	6,86
	Nein	9,12
	Insgesamt	8,26
taz	Ja	6,61
	Nein	6,10
	Insgesamt	6,34
Insgesamt	Ja	8,16
	Nein	9,73
	Insgesamt	9,10

Anhang 12: Position zitierter Akteure gegenüber Griechenland

Position der zu Wort kommenden Akteure gegenüber Griechenland		Medium						Gesamt
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online	
Positiv	Anzahl	11	14	34	20	18	108	205
	%	15,7%	19,7%	13,5%	14,1%	18,0%	27,1%	19,8%
Negativ	Anzahl	24	27	71	35	17	110	284
	%	34,3%	38,0%	28,2%	24,6%	17,0%	27,6%	27,5%
Ausgeglichenes Verhältnis	Anzahl	35	30	147	87	65	181	545
	%	50,0%	42,3%	58,3%	61,3%	65,0%	45,4%	52,7%

% innerhalb von Medium

Anhang 13: Journalisten als Attributionssender

Journalisten als Attributionssender		Medium						Gesamt
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online	
Ja	Anzahl	35	21	103	52	53	118	382
	%	41,2%	21,4%	37,7%	25,1%	38,7%	21,3%	28,2%
Nein	Anzahl	50	77	170	155	84	436	972
	%	58,8%	78,6%	62,3%	74,9%	61,3%	78,7%	71,8%

% innerhalb von Medium

Anhang 14: Adressaten von Journalisten als Attributionssendern

Adressaten ^a	Anzahl
Alexis Tsipras	135
Yanis Varoufakis	66
Angela Merkel	59
Wolfgang Schäuble	27
Andere	216

Mehrfachantworten

Anhang 15: Positionen von Journalisten als Attributionssendern

Journalisten Position		Medium						Gesamt
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online	
Pro Regierung Griechenland	Anzahl	0	2	9	9	11	27	58
	%	0,0%	10,0%	5,0%	19,1%	23,9%	22,7%	13,0%
Contra Regierung Griechenland	Anzahl	34	12	59	23	11	42	181
	%	100,0%	60,0%	32,6%	48,9%	23,9%	35,3%	40,5%
Neutral	Anzahl	0	6	113	15	24	50	208
	%	0,0%	30,0%	62,4%	31,9%	52,2%	42,0%	46,5%

% innerhalb von Medium

Anhang 16: Politikfelder in den Medien

Politikfelder ^a	Anzahl in Medium						Gesamt
	Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel On-line	
Gesundheitspolitik	0	3	2	7	5	6	23
Wohnungsbau	0	0	6	3	3	1	13
Geld- und Währungspolitik	0	17	53	21	3	34	128
Haushaltspolitik	34	69	227	158	84	280	852
Wirtschaftspolitik	2	4	42	22	15	49	134
Arbeitspolitik	5	10	18	18	16	32	99
Tarif- und Lohnpolitik	0	0	5	1	4	13	23
Rechtspolitik	0	5	12	5	1	7	30
Rentenpolitik	12	8	29	19	19	68	155
Gesellschaftliche und politische Ordnung	0	8	39	23	6	48	124
Infrastrukturpolitik	0	4	1	0	0	5	10
Energiepolitik	0	2	7	5	5	13	32
Sozialpolitik	0	9	11	15	14	19	68
Verteidigungspolitik	0	0	1	5	2	10	18
Medienpolitik	0	0	2	3	1	8	14
Steuer- und Finanzpolitik	14	33	105	51	30	159	392

a. Dichotomie-Gruppe tabellarisch dargestellt bei Wert 1. Mehrfachantworten.

Anhang 17: Ranking der spezifischen Reformziele nach Häufigkeit ihrer Nennung

Platzierung	Reformziel/-aspekt	Häufigkeit
1	Erlass des Schuldbetrags	217
2	Referendum über Reformvorschläge	104
3	Lockerung der Bedingungen, die Troika stellt	96
4	Bekämpfung von Steuerhinterziehung	88
5	Rekapitalisierung der Banken	85
6	Mehrwertsteuerreform	83
7	Verbesserung des Schulden- und Liquiditätsmanagements	68
8	Korruption bekämpfen	67
9	Haushaltsüberschuss	64
10	Reform des Rentensystems	64
11	Prüfen internationale Steuerhinterziehung	61
12	Privatisierung Hafenkonzessionen	58
13	Programm zur Bewältigung der humanitären Krise	54
14	Reform der öffentlichen Verwaltung	49
15	Einführung einer Großvermögenssteuer	45
16	Modernisierung der Steuerverwaltung	44
17	Direktverkauf von Staatsanleihen durch die EZB	43
18	Wirtschaftsförderung	42
19	Mindestlohn anheben	37
20	Kampf gegen Korruption in der öffentlichen Verwaltung	37
21	Gesetzgebung zur Rückzahlung von Steuern	31
22	Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre	31
23	Bekämpfung von Schwarzhandel/Schmuggel	27
24	Rückgabe der aus dem EFSF gehaltenen Anleihen	27
25	Beschäftigungsprogramm für Arbeitslose im öffentlichen Sektor	24
26	Privatisierung Flughäfen	21
27	Reform des Bankensektors	19
28	Privatisierung Eisenbahnbetriebe	17
29	Kostenfreie Stromversorgung für 300.000 Haushalte	17
30	Besteuerung griechische Reeder, Tonnagesteuer	16
31	Ausnahmen von Mehrwertsteuererhöhungen für Inseln	15
32	Abschaffung von Vorruhestandsrechten	15
33	Nahrungsmittelhilfe durch Lebensmittelgutscheine	15
34	Einführung eines neuen Schuldenerlasses zur Regulierung der "notleidenden Darlehen"	15

35	Entlastung von Arbeitslosen, Niedriglohnempfängern, Niedrigrentnern, Kleineigentümern, Kleinaktionären und kleinen Anleihegläubigern	14
36	Programm zur Sicherung von Wohnraum	13
37	Privatisierung Stromerzeuger	13
38	Militärausgaben senken	13
39	Ausnahmen von Mehrwertsteuererhöhungen für Essen, Hotelgewerbe, Wasser, Strom	12
40	Einführung der einheitlichen Immobiliensteuer (ENFIA)	12
41	Reform der Gehaltsstrukturen im öffentlichen Sektor	12
42	Kostenfreie medizinische Versorgung	11
43	Errichtung einer Finanzverwaltungsbehörde	11
44	Mehr Ressourcen für die Steuerverwaltung	11
45	Unternehmenssteuerreform	11
46	Progressive Erhöhung der Renten	11
47	Privatisierung Telekommunikationsgesellschaft	10
48	Beseitigung von Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt	10
49	Investitionen für Wachstum	9
50	Reform des Rechtsrahmens für Massenentlassungen	9
51	Reform der Sozialversicherungssysteme	8
52	Modernisierung der Zollverwaltung	8
53	Steuerfreigrenze 12.000 EUR	8
54	Privatisierung der Staatslotterie	8
55	Ausnahmen von Mehrwertsteuererhöhungen für Bücher, Medikamente, Theater	7
56	Reform des Haushaltsrahmengesetzes	7
57	Reform der Wettbewerbsbedingungen	7
58	Ausnahme des Programms öffentlicher Investitionen von den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes	6
59	Zusatzrente deckeln	6
60	Anzahl der Ministerien auf 10 reduzieren	6
61	Gehaltszusätze der Minister, Parlamentarier und hoher Offizieller verringern	6
62	Landnutzung, Raumordnung, Verbesserte Flächennutzung, Katasterwesen	6
63	Reform des Energiemarkts	6
64	Umverteilung der Ressourcen für die Steuerverwaltung	5
65	Beschäftigungsanreize für kleine und mittelständische Unternehmen	5
66	Reform des Zivilrechts	5
67	Aussetzung der Versteigerung von Hauptwohnungen	4
68	Einmalsteuer für Unternehmen	4
69	Gründung einer Entwicklungsbank	4
70	Dezentrale Tarifverhandlungen auf Betriebsebene	4
71	Reform der Zusatzaltersvorsorge	4

72	Konsolidierung aller Pensionsfonds	4
73	Abschaffung der Solidaritätsrente (Ekas)	4
74	Anzahl der Sonderberater der Regierung reduzieren	4
75	Gesundheitsausgaben kontrollieren	3
76	Umverteilung der Ressourcen für die Finanzverwaltung	3
77	Einkommenssteuerreform	3
78	Liberalisierung Güterverkehr und Personenbeförderung	3
79	Erweiterung der Möglichkeit zu befristeten Arbeitsverträgen	3
80	Reform reglementierter Berufe	3
81	Reform der Zivilprozessordnung	3
82	Pfändungsregelungen ändern	3
83	Einführung einer Basisrente	3
84	Beitrag für Zusatzrente erhöhen	3
85	Vereinheitlichung aller Pensionsfonds	3
86	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung erhöhen	3
87	Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung erhöhen	3
88	Lizenzen für TV- und Radiofrequenzen versteigern	3
89	Gesundheitsausgaben begrenzen	2
90	Mehr Ressourcen für die Finanzverwaltung	2
91	Grundsteuerreform	2
92	Schaffung einer Vermögensdatenbank	2
93	Steuererhöhung für Glücksspiel und Lotterie	2
94	Steuerrabatte/Subventionen für Heizöl	2
95	Modernisierung der Bankrottgesetze	2
96	Elektronischen Zahlungsverkehr ausbauen	2
97	Verkürzung von Kündigungsfristen	2
98	Schwarzarbeit bekämpfen	2
99	Gestaffelte Einführung gemeinschaftlicher Tarifverhandlungen	2
100	Reform der Insolvenz	2
101	Progressive Erhöhung der Ressourcen der Kommunen	2
102	Mobilfunkfrequenzen versteigern	2
103	Einführung einer Großgrundsteuer (FMAP)	1
104	Erhöhte Steuern für Banken	1
105	Erhöhung der Gewinnbesteuerung von Betreiberunternehmen von Flughäfen, Brücken, Straßen, ...	1
106	Steuerrabatte/Subventionen für Landwirte (Diesel)	1
107	Privatisierung Fährbranche	1
108	Arbeitsmarktprogramme zur Schulung von Langzeitarbeitslosen	1
109	Auflösung der Steuerimmunität	1
110	Gesundheitsbeitrag für Rentner erhöhen	1
111	Parteienfinanzierung klarer regeln	1

112	Rechtsreform zur Liberalisierung des Gasmarkts	1
113	Sonderkarte zur kostenfreien Beförderung	1
114	Gesetzliches Verbot des Verkaufs oder der Abtretung von Rechten aus Darlehensverträgen und dringlichen Sicherheiten an nicht anerkannte Kreditinstitute oder Unternehmen	1

Anhang 18: Hilfsprogramme allgemein in der Berichterstattung

Hilfsprogramme allgemein		Medium					Gesamt	
		Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz		Spiegel Online
Ja	Anzahl	56	44	173	108	51	255	687
	%	65,9%	43,6%	48,9%	51,9%	36,7%	45,9%	47,6%
Nein	Anzahl	29	57	181	100	88	300	755
	%	34,1%	56,4%	51,1%	48,1%	63,3%	54,1%	52,4%

% innerhalb von Medium

Anhang 19: Berichterstattung über Reparationszahlungen

Anzahl

	Monate					Gesamt
	Feb 2015	Mrz 2015	Apr 2015	Mai 2015	Jun 2015	
Reparationszahlungen	12	23	17	10	5	67

Anhang 20: Privates in der Berichterstattung

Privates über Akteure	Medium						Gesamt	
	Bild	Die Welt	FAZ	SZ	taz	Spiegel Online		
Ja	Anzahl	6	13	11	7	11	38	86
	%	7,1%	22,8%	3,1%	3,4%	7,9%	6,8%	6,2%
Nein	Anzahl	79	44	343	201	128	517	1312
	%	92,9%	77,2%	96,9%	96,6%	92,1%	93,2%	93,8%

% innerhalb von Medium

Anhang 21: Grexit im Vergleich zwischen untersuchten Medien

Medium * Austritt aus dem Euro Kreuztabelle

			Austritt aus dem Euro		Gesamt
			Ja	Nein	
Bild	Anzahl		38	47	85
	% innerhalb von Medium		44,7%	55,3%	100,0%
Die Welt	Anzahl		45	56	101
	% innerhalb von Medium		44,6%	55,4%	100,0%
FAZ	Anzahl		131	223	354
	% innerhalb von Medium		37,0%	63,0%	100,0%
SZ	Anzahl		82	126	208
	% innerhalb von Medium		39,4%	60,6%	100,0%
taz	Anzahl		36	103	139
	% innerhalb von Medium		25,9%	74,1%	100,0%
Spiegel Online	Anzahl		162	393	555
	% innerhalb von Medium		29,2%	70,8%	100,0%
Gesamt	Anzahl		494	948	1442
	% innerhalb von Medium		34,3%	65,7%	100,0%

Anhang 22: Grexit und Berichterstattungsanlässe

Anlass * Austritt aus dem Euro Kreuztabelle

		Austritt aus dem Euro		Gesamt	
		Ja	Nein		
Anlass	Mitglied griechische Regierung	Anzahl	160	448	608
		% innerhalb von Anlass	26,3%	73,7%	100,0%
	Mitglied deutsche Regierung	Anzahl	66	89	155
		% innerhalb von Anlass	42,6%	57,4%	100,0%
	Mitglied andere europäische Regierung	Anzahl	18	30	48
		% innerhalb von Anlass	37,5%	62,5%	100,0%
	Mitglied griechisches Parlament	Anzahl	3	11	14
		% innerhalb von Anlass	21,4%	78,6%	100,0%
	Mitglied deutsches Parlament	Anzahl	21	37	58
		% innerhalb von Anlass	36,2%	63,8%	100,0%
	Mitglied Europa-Parlament	Anzahl	11	8	19
		% innerhalb von Anlass	57,9%	42,1%	100,0%
	Mitglied EU-Kommission	Anzahl	22	33	55
		% innerhalb von Anlass	40,0%	60,0%	100,0%
	Mitglied der EZB	Anzahl	13	21	34
		% innerhalb von Anlass	38,2%	61,8%	100,0%
Mitglied des IWF	Anzahl	10	18	28	
	% innerhalb von Anlass	35,7%	64,3%	100,0%	
Mitglied nicht-europäische Regierung	Anzahl	4	15	19	
	% innerhalb von Anlass	21,1%	78,9%	100,0%	
Gesamt	Anzahl	328	710	1038	
	% innerhalb von Anlass	31,6%	68,4%	100,0%	

Anhang 23: Entkopplung

Medium * Entkopplung Kreuztabelle

			Entkopplung		Gesamt
			Ja	Nein	
Medium	Bild	Anzahl	28	57	85
		% innerhalb von Medium	32,9%	67,1%	100,0%
	Die Welt	Anzahl	34	43	77
		% innerhalb von Medium	44,2%	55,8%	100,0%
	FAZ	Anzahl	18	336	354
		% innerhalb von Medium	5,1%	94,9%	100,0%
	SZ	Anzahl	0	208	208
		% innerhalb von Medium	0,0%	100,0%	100,0%
	taz	Anzahl	13	126	139
		% innerhalb von Medium	9,4%	90,6%	100,0%
	Spiegel Online	Anzahl	35	519	554
		% innerhalb von Medium	6,3%	93,7%	100,0%
	Gesamt	Anzahl	128	1289	1417
		% innerhalb von Medium	9,0%	91,0%	100,0%

Anhang 24: Bewertungen bei reformfremden Themen

		Wertung durch Adjektive griechische Regierung			Wertung durch Adjektive deutsche Regierung		
		Positiv	Ausgewogen	Negativ	Positiv	Ausgewogen	Negativ
Privates über griechische Regierung	Anzahl	17	17	33	5	3	10
	% innerhalb Thema	25,4%	25,4%	49,3%	27,8%	16,7%	55,6%
Reparationszahlungen	Anzahl	8	7	11	3	5	11
	% innerhalb Thema	30,8%	26,9%	42,3%	15,8%	26,3%	57,9%
Andere Thematik im Mittelpunkt	Anzahl	47	97	97	17	69	53
	% innerhalb Thema	19,5%	40,2%	40,2%	12,2%	49,6%	38,1%

Anhang 25: Bewertungen bei Thematisierung eines Euro-Austritts

			Wertung durch Adjektive griechische Regierung			Wertung durch Adjektive deutsche Regierung		
			Positiv	Ausgewogen	Negativ	Positiv	Ausgewogen	Negativ
Austritt aus dem Euro	Ja	Anzahl	26	60	126	12	38	43
		% innerhalb Thema	12,3%	28,3%	59,4%	12,9%	40,9%	46,2%
	Nein	Anzahl	74	135	180	26	85	66
		% innerhalb Thema	19,0%	34,7%	46,3%	14,7%	48,0%	37,3%

Publisher: Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Germany
Phone: +49-211-7778-331, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

IMK Study is an online publication series available at:
http://www.boeckler.de/imk_5023.htm

ISSN: 1861-2180

The views expressed in this paper do not necessarily reflect those of the IMK or the Hans-Böckler-Foundation.

All rights reserved. Reproduction for educational and non-commercial purposes is permitted provided that the source is acknowledged.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.
